

25X1

Page Denied

Monatsbericht über die Entwicklung in der sowjetischen Besatzungs-
zone im F e b r u a r 1955

	<u>Seite:</u>
<u>Einleitung</u>	I
<u>I. Die politische Entwicklung</u>	1
1. Die Entwicklung in der SED	1
a) Pazifistische und andere oppositionelle Stimmungen in der SED	1
b) Schwierigkeiten bei der Neuwahl der Parteileitungen	5
c) Mißerfolge bei der Neuwahl der BGL	6
d) Mißerfolge bei den Schöffenwahlen	9
e) Ständiger Rückgang an Arbeitermitgliedern	10
f) Kaderabteilungen mit Parteiverfahren überlastet	13
g) Konferenz der Staatsfunktionäre	13
h) Vorbereitungen für das Studium des Buches "Politische Ökonomie"	15
i) Säuberungsaktionen in der IG Wismut	16
2. Einschätzungen der Massenstimmung in der Sowjetzone zur Frage der Wiedervereinigung	17
3. Bericht über die Massenstimmung in Dörfern der Sowjetzone	31
4. Kampagnen gegen die SPD	33
a) Fortsetzung der Vortäuschung einer Übereinstimmung mit der SPD	33
b) Erneuter offener Brief an den Parteivorsitzenden der SPD	34
c) Beginnende Kritik an der Führung der Volksbewegung	35
d) Hetze gegen die sogenannte amerikanische Fraktion	38
5. Propaganda mit der Molotow-Rede vom 8.2.	39
6. Propaganda mit weiteren sowjetischen Er-	

Seite:Zu 6

a) Interview mit USA-Journalisten	47
b) Austausch von Parlaments-Delegationen	48
c) Erklärung der Sowjetregierung über Welt- abrüstungskonferenz	49
d) Ausführliche Berichte über die Tagung des Obersten Sowjets	50
e) Erklärung der "Istwestija" zur deut- schen Frage	50
7. Warschauer und Prager Erklärungen über Be- endigung des Kriegszustandes	52
8. Europäische Konferenz gegen Wiederaufrü- stung Westdeutschlands	52
9. Aktionen gegen die Ratifizierung	53
10. Veranstaltungen zum Jahrestag der Zer- störung Dresdens	57
11. Infiltration in Westdeutschland	59
a) Volksbefragung	59
b) Delegationen zu den Betriebsrätewahlen	59
c) Gesamtberliner Arbeiterkonferenz	60
d) Offene Briefe und Einladungen	60
e) Gesamtdeutsche Offizierstagung	61
12. Erklärung des SED-ZK zum "Schillerjahr 1955"	63
13. Tag der Sowjetarmee	65
14. Neue Maßnahmen zur Gewinnung und Ausnut- zung der Jugend im "Jugendförderungsplan"	69
15. Herabsetzung der Stipendien für Studenten	73
16. Aktivierung der Gesellschaft für Sport und Technik	74
17. Sportorganisationen im Dienst der Milita- risierung und Infiltration	76
18. F D J	77
a) Erneuerung der Leitungen in den Grund-	

Seite:Zu 18

- | | |
|--|----|
| b) Konferenz der FDJ mit den kommunistischen Jugendorganisationen Polens und der CSR | 79 |
| c) Konferenz der FDJ-Gruppen in den Handelsbetrieben | 80 |
| d) Vorbereitung für Verhandlungen FDJ-Bundesjugendring | 80 |
| e) Ergebnisse des "Produktionsaufgebotes" | 81 |

II. Wirtschaft

- | | |
|--|----|
| <u>II. Wirtschaft</u> | 82 |
| 1. Der Planerfüllungsbericht des Regimes für 1954 | 82 |
| a) Industrie | 82 |
| b) Bauwirtschaft | 85 |
| c) Arbeitskräfte, Löhne, Produktivität und Kosten | 86 |
| d) Transport | 87 |
| e) Handel | 87 |
| f) Landwirtschaft | 89 |
| g) Kultur- und Gesundheitswesen | 90 |
| 2. Leipziger Frühjahrsmesse | 91 |
| 3. Konferenz der Planungsfunktionäre | 95 |
| 4. Verkehrskonferenz im Zeichen der Transportschwierigkeiten | 96 |

III. Die Flüchtlingsbewegung aus der Sowjetzone 98Anhang: Statistiken zur Flüchtlingsbewegung

Einleitung

In der Sowjetzone haben im Februar die Nachrichten über die Kundgebungen in der Frankfurter Paulskirche, die Volksbewegung für die Wiedervereinigung und über die Auseinandersetzungen im Bundestag einen tiefen Eindruck gemacht.

Die sozialdemokratische Forderung nach sofortigen Viererverhandlungen fand eine ständig wachsende Zustimmung. Sie gewann auch unter den bisherigen Befürwortern einer vorhergehenden Ratifizierung erheblich an Boden. Ein Teil der Bevölkerung, der noch immer eine westdeutsche Wiederaufrüstung für notwendig hält, näherte sich dem sozialdemokratischen Standpunkt bereits soweit, dass auch er nun zumindest gleichzeitig neben der Durchführung der Pariser Verträge sofortige Verhandlungen forderte.

Der fortgesetzte Versuch der SED, eine Übereinstimmung mit der SPD und dem DGB im Kampf gegen die Pariser Verträge und für die Wiedervereinigung vorzutäuschen, wirkte sich gegen das Regime aus.

Unter Berufung auf die entsprechenden Erklärungen in den Reden und artikeln der SED, bekannten sich viele Menschen offen zum Standpunkt der SPD.

In z.T. offenen Stellungnahmen bedienten sich die Menschen in der Sowjetzone sozialdemokratischer Argumente und lehnten eine Aufrüstung sowohl in der Sowjetzone wie auch in Westdeutschland ab. Das SED/ZK sah sich gezwungen, in diesem Zusammenhang eine weite Verbreitung "pazifistischer Stimmungen" zuzugeben. Es musste auch eingestehen, dass dieser "Pazifismus" unter der Einwirkung der Massenstimmung auch tief in den Kadern der Partei- und Staatsfunktionäre verbreitet ist.

Alle Bemühungen des SED-Regimes, eine Übereinstimmung mit der SPD vorzutäuschen und sich selbst als Vorkämpfer für die Wiedervereinigung aufzuspielen und auf diese Weise die Flut des Hasses abzuschwächen, die ihm ständig aus der Bevölkerung entgegenschlägt, blieben ohne Erfolg, wengleich gelegentlich eine Irritierung über diese neue seit einiger Zeit praktizierte SED-Taktik zu vernorcken war. Die Misstimmung und Empörung der Bevölkerung verschärfte sich jedoch im Berichtsmonat durch die kommunistische Propaganda für eine koordinierte Aufrüstung der DDR mit Polen und der CSR, durch die ausbeuterischen Methoden des "Sparsamkeitsregimes"

- II -

und weiterer Verschlechterungen in der Versorgung erheblich. Dafür sind die im vorliegenden Monatsbericht wiedergegebenen Stimmungsberichte aus vielen Orten und Betrieben der Sowjetzone eine klare Bestätigung.

Besondere Beachtung verdienen auch die Angaben des SED/ZK über den stetigen Rückgang des Arbeiteranteils am Mitgliederbestand der SED - vor allem in Ostberlin und den Industriezentren - sowie das Fernbleiben selbst der Kleinbauern, LPG-Mitglieder und Arbeiter der VEG und MTS.

Wie sehr die inneren parteilichen Schwierigkeiten der SED zugenommen haben, zeigte sich im Februar auch deutlich bei den Wahlen zu den unteren Leitungen der Partei und des FDGB.

Die Entwicklung im Monat Februar bestätigte erneut, dass zwischen der gesamten Bevölkerung der Sowjetzone, einschliesslich der Jugend, und dem Pankower Regime nach wie vor ein unüberbrückbarer Gegensatz besteht und keine Anzeichen dafür vorhanden sind, dass sich dieses Regime jemals eine Massenbasis schaffen könnte.

- 1 -

I. Die politische Entwicklung

1) Die Entwicklung in der SED

Im Februar zeigte sich erneut eine weitgehende Zersetzung und Lähmung der Kader der SED. Unter dem Druck der Massenstimmung gegen die vom SED-Regime propagierte Aufrüstung und gegen das "Sparsamkeitsregime" konnte sich der kleine Prozentsatz linientreuer Funktionäre in den Organisationen und Betrieben nicht durchsetzen. Das zeigte sich besonders deutlich bei der angesetzten Neuwahl der unteren Parteileitungen und der BGL.

a) Pazifistische und andere oppositionelle Stimmungen in der SED

Es gelang dem SED/ZK nicht, in der Parteiorganisation eine zustimmende Haltung der Mitglieder und der Kader in ihrer Gesamtheit zu den Kampagnen gegen die Pariser Verträge, für die Festigung des Diktaturregimes und die Aufrüstung in der Sowjetzone herbeizuführen. Viele Mitglieder und Funktionäre sprachen sich gegen die Aufrüstung in der Sowjetzone aus und bedienten sich dabei geschickt sozialdemokratischer Argumente.

Im Funktionärsorgan der SED "Neuer Weg", das zu Beginn des Monats als Doppelheft zur Vorbereitung der Neuwahlen zu den Parteileitungen erschien, war folgendes indirektes Eingeständnis einer weitgehenden ideologischen Zersetzung in der Partei enthalten:

"Die Neuwahlen der Parteileitungen werden die Parteiorganisationen nur dann genügend stärken und aktivieren, wenn sie in ihrem Ergebnis volle Klarheit über die gegenwärtige Lage und über die notwendigen Konsequenzen, die sich für die Parteimitglieder ergeben, erzielen. Wir können noch nicht sagen, dass der Ernst der neuen Lage der durch die Pariser Verträge heraufbeschworen wurde, überall begriffen wird. Der Ernst der Lage darf aber nicht zu Kleinmütigkeit führen. Wir müssen in der Partei bei jedem Genossen die klare Erkenntnis stärken, dass der Weg zur friedlichen Vereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage im Kampf gegen die Durchführung der Pariser Verträge, gegen die Aufrüstung des Militarismus mit der Arbeiterklasse an der Spitze von den Volksmassen in Deutschland durchgesetzt werden kann.

- 2 -

Alle Kraft für die Stärkung unserer Republik, die den Volksmassen ganz Deutschlands zeigt, wie sich das Leben in einem demokratischen und friedliebenden Staat entwickelt? Das ist die erste Konsequenz für jedes Parteimitglied und sie ist verbunden mit vielen Pflichten in der Produktion, in der Agitation unter den Massen und in der eigenen Weiterbildung.

Damit die Partei ihre ganze Kraft für die Erziehung der Volksmassen zur Verteidigungsbereitschaft einsetzen kann, ist es notwendig, innerhalb der Partei jegliche pazifistische Stimmungen zu überwinden, die Parteimitglieder zur Kampfbereitschaft und vollen Ergebenheit für die Sache des Arbeiter- und Bauern-Staates zu erziehen. In der Auseinandersetzung mit Erscheinungen der Resignation sind die Überlegenheit, die Kraft und Stärke sowie die Geschlossenheit der Staaten des Friedenslagers zu erklären, die heute grösser sind denn je.

Nur wenn die Neuwahlen der Parteileitungen mit einer gründlichen ideologischen Arbeit innerhalb der Partei verbunden werden, können sie helfen, die ideologische Erziehung der Massen durch die Partei zu verbessern. Es darf in der Partei kein Zurückweichen und kein Versöhnertum gegenüber ideologischen Unklarheiten geben.

In der DDR befinden wir uns gegenwärtig in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Die Lösung aller ökonomischen Aufgaben hängt entscheidend davon ab, wie es die Parteiorganisationen verstehen, eine enge und feste Verbindung durch ihre Mitglieder und Kandidaten zur Arbeiterklasse und allen Werktätigen herzustellen, wie die Mitglieder in der Produktion richtig verteilt sind und die Initiative ergreifen, um in den Brigaden, Abteilungen, Schichten um die raschere und bessere Lösung der ökonomischen Aufgaben zu kämpfen."

Eine Bestätigung der Zersetzung unter den Kadern war auch der Verlauf der Konferenz der Staatsfunktionäre der Kreise und Bezirke, die am 8. Februar in Ostberlin stattfand. Der SED-Staatssekretär HEGEN sagte dort über die Massnahmen, die zur Aktivierung der Kader

- 3 -

für notwendig gehalten werden, u.a. folgendes:

"Bei der Erziehung der Kader ist besonders Wert darauf zu legen, dass bei Auftreten von ideologischen Unklarheiten eine geduldige und beharrliche Überzeugungsarbeit geleistet wird. Unklarheiten dürfen weder verschwiegen noch übergangen werden.

Das Wesen der Staatspolitischen Schulung besteht darin, alle Mitarbeiter zu befähigen, die aktuellen Fragen unserer Politik, Gesetze und Verordnungen unserer Regierung richtig zu verstehen und allen Werktätigen richtig erklären zu können, um damit unseren Arbeiter- und Bauern-Staat festigen zu helfen.

Sie muss die Mitarbeiter zu glühenden Verteidigern unseres Staates erziehen und alle Erscheinungen des Pazifismus in ihrer ganzen Schädlichkeit entlarven."

Auch hier wurde also vor allem das Vorhandensein pazifistischer Stimmungen, die sich in Stellungnahmen gegen jede Aufzüstung in der Sowjetzone und in Westdeutschland äussern, besonders hervorgehoben.

Um diesen Stimmungen entgegenzuwirken, ordnete das ZK u.a. an, am 14. Februar in allen Veranstaltungen des Parteischuljahres die Rede MOLOTOWs vor dem Obersten Sowjet vom 8. Februar in einem zweistündigen Seminar zu behandeln. In den Anweisungen des ZK an die Propagandisten für die Durchführung des Seminars hiess es u.a.:

"Dabei soll vor allen Dingen hervorgehoben werden, dass im Zusammenhang mit den eingetretenen Veränderungen in der Weltlage das Kräfteverhältnis zwischen den Gesellschaftsordnungen, besonders im letzten Jahrzehnt, sich eindeutig zugunsten des Sozialismus geändert hat.

Der Propagandist soll besonders hervorheben, dass das Neue im erbitterten Kampf mit dem alten zur Welt kommt, dass der Sozialismus in dem einen oder anderen Land nicht anders siegen kann als durch Zurückschlagen und Überwindung des Widerstandes des Imperialismus und dessen Agentur.

- 4 -

Es muss klar gemacht werden, dass die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie, gegen welche die Pariser Verträge gerichtet sind, nicht umhin können, dem Rechnung zu tragen und entsprechende Massnahmen zur weiteren Festigung und Sicherheit und zur Gewährleistung des Friedens in Europa ergreifen müssen.

Der Propagandist soll ausser der Rede von W.M. MOLOTOW auch die Rede des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, N.A. BULGANIN, auf der Schlußsitzung des Obersten Sowjets sowie die Unterredung N.S. CHRUSCHTSCHEWs mit Randolph HEARST, Kingsbury Smith und Frank S. CONNIFF über die SU und die USA und die Erklärung vom Ministerpräsidenten O. GROT-EWOHL zur Rede W.M. MOLOTOWs hinzuziehen. Er soll dabei hervorheben, dass die Hauptaufgabe der friedlichen und demokratischen Kräfte jetzt darin besteht, die Ratifizierung der Pariser Verträge und damit eine Verschärfung der Lage zu verhindern."

Es ist zu beachten, was hier nach dieser Anweisung den Teilnehmern des Parteilehrjahres "klar gemacht" werden soll. Damit wird zugegeben, dass die Mitglieder mit den seit Monaten vom ZK in der Öffentlichkeit propagierten Parolen noch immer nicht übereinstimmen.

Weiter richtete sich die Kritik des ZK an den Funktionären und Mitgliedern im Februar erneut gegen deren Untätigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber den Beschlüssen der 21. ZK-Tagung über die Durchführung des "Sparsamkeitsregimes". In der ZK-Zeitschrift "Einheit" vom Februar, wurde in diesem Zusammenhang ausgeführt:

"Manche leitenden Wirtschaftsfunktionäre unterschätzen aber noch immer die Kraft der Arbeiterklasse und ihrer Rolle in der Produktion. Es gibt auch Parteileitungen, die im Kampf um die Planerfüllung vorwiegend die technische Seite sehen. Dabei vernachlässigen sie nur zu oft die politische Überzeugungsarbeit unter den Massen, von denen STALIN sagte, dass sie die Realität des Planes darstellen."

Dazu wurde weiter geschrieben, die Funktionäre seien den "rückständigen Auffassungen über die Löhne" und der "imperialistischen Hetze" gegen das Normensystem nicht genügend entgegengetreten und hätten den Arbeitern noch nicht klar gemacht, dass sich ihre "Arbeitszurück-

- 5 -

haltung" gegen ihre eigenen Interessen richten, weil die Arbeiterklasse die Macht habe.

b) Schwierigkeiten bei der Neuwahl der Parteileitungen

Nach dem Parteistatut erfolgt gegenwärtig die Neuwahl der Parteileitungen in den Grundorganisationen, Kreisen und Bezirken. Dabei liegt das Schwergewicht auf dem Bemühen, in den Grundorganisationen Leitungen zu schaffen, die tatsächlich aktiv und auf der Linie des ZK arbeiten. Für die Neuwahl wurden Richtlinien gegeben, in denen gefordert wird, daß nur Mitglieder gewählt werden sollen, die sich ohne Vorbehalt für die Parolen des ZK einsetzen und sich bereits durch Aktivität in der Frage der Arbeitsnormen, in der Bekämpfung pazifistischer und anderer Abweichungen sowie durch aggressive Haltung gegenüber dem Widerstandskampf der Bevölkerung "bewährt" haben.

Im Funktionärsorgan "Neuer Weg" wurde gefordert, daß der Neuwahl eine kritische Prüfung der Kandidaten, ihres bisherigen Verhaltens innerhalb der Partei sowie im Privatleben vorausgehen soll und dazu weiter ausgeführt:

"In den Mitgliederversammlungen zur Vorbereitung der Neuwahlen müssen deshalb alle Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß sich die Schwächen und Mängel, die sich bei den Neuwahlen im vergangenen Jahr zeigten, nicht wiederholen. Diese Mängel bestanden vor allem darin, daß die Kreisleitungen die Grundorganisationen zu wenig auf die politisch-ideologische Vorbereitung der Wahlversammlungen hinlenkten.

Die Genossen gingen in den Diskussionen nicht immer auf die Hauptfragen der Politik unserer Partei und Regierung ein, und meistens fehlte die kämpferische Auseinandersetzung, das kritische und selbstkritische Einschätzen der Arbeit jedes einzelnen Genossen

Das wirkte sich dann in den betreffenden Grundorganisationen auch auf die Wahl der Leitungen aus. Es wurden nicht immer die besten, politisch und fachlich gut geschulten, mit den Massen am engsten verbundenen Parteimitglieder in die Leitungen gewählt. Demzufolge mußten in solchen Leitungen schon kurz nach der Wahl personelle Veränderungen vorgenommen werden."

- 6 -

Trotz dieser Mahnung zeigten sich im Februar in den Grundorganisationen die gleichen Erscheinungen wie im Vorjahr. Die Mitgliederversammlungen waren allgemein sehr schwach besucht und die Mitglieder zeigten wenig Neigung, Funktionen zu übernehmen. Wo sogenannte "kämpferische Auseinandersetzungen" stattfanden, entwickelten sie sich in den meisten Fällen keineswegs im Sinne der Parteilinie, sondern offenbarten die weitgehende ideologische Zersetzung.

c) Mißerfolge bei der Neuwahl der BGL +)

Die Passivität und Zersetzung unter den SED-Kadern zeigte sich auch bei den Neuwahlen zu den Abteilungs-Gewerkschaftsleitungen (AGL) und Betriebs-Gewerkschaftsleitungen (BGL) sowie bei den Vorbereitungen zu den Delegierten-Konferenzen für die Wahl der Kreisleitungen und Bezirksleitungen des FDGB. Das ZK hatte angeordnet, daß sich die Parteimitglieder darum bemühen sollten, in die BGL gewählt zu werden, und daß sie vor allem für die Wahl linientreuer Parteimitglieder eintreten.

In den BPO gelang es den Sekretären nur unter größten Schwierigkeiten, von Parteimitgliedern die Zustimmung zur Aufstellung als Kandidaten zu erlangen. In vielen BPO waren überhaupt keine Parteimitglieder aufzutreiben, die den Anforderungen des ZK an die Kandidaten entsprachen. Schließlich soll die Neuwahl der Leitungen dazu dienen, den betrieblichen und mittleren Funktionärsapparat des FDGB zu erneuern, zu aktivieren und auf die Durchführung des Sparsamkeitsregimes auszurichten.

Im Zentralorgan der SED vom 6. Februar wurde im Leitartikel gefordert, daß Funktionäre gewählt werden, die sich am 17. Juni 1953 dem Arbeiteraufstand entgegenstellten und sich für die Erhöhung der Arbeitsnormen einsetzten. Dazu wurde ausgeführt:

+)

AGL = Abteilungsgewerkschaftsleitung

BGL = Betriebsgewerkschaftsleitung

BPO = Betriebsparteiorganisation

- 7 -

"Bei der Neuwahl der Gewerkschaftsleitungen für die Betriebe kommt es auch darauf an, solche Kollegen in diese Funktionen zu wählen, die gegen die Tendenzen der Gleichmacherei in der Entlohnung und Prämierung oder gegen ungesetzliche Forderungen entschieden auftreten, und die Werktätigen davon überzeugen, daß diese Tendenzen der Arbeiterklasse schaden.

Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zu den Betriebsgewerkschaftsleitungen dürfen von den Parteileitungen nicht dem Selbstlauf überlassen werden. Es ist vielmehr unerlässlich, daß sie sich ständig darum kümmern und den Genossen, die in den Gewerkschaften arbeiten, jede Hilfe geben. Sie müssen auch dafür sorgen, daß feindliche Argumente in den Versammlungen kämpferisch widerlegt werden, und daß alle Genossen in den Wahlversammlungen geschlossen für die Wahl der besten Arbeiter in die BGL eintreten."

Das SED-Zentralorgan kritisierte wiederholt, daß die BPO die Anweisungen für die Vorbereitung der FDGB-Wahlen in vielen Fällen nicht durchführen. Z. B. erwähnte das Zentralorgan vom 15. Februar unter der Überschrift "Eine müde Gruppenversammlung" einen Bericht über eine FDGB-Gruppenversammlung im Otto-Buchwitz-Werk in Dresden, in der über die Beschlüsse der 21. ZK-Tagung über das "Sparsamkeitsregime" entgegen den Anweisungen überhaupt nicht gesprochen wurde. In diesem Bericht wurde u. a. ausgeführt:

"Das war vor allem möglich, weil die in dieser Gewerkschaftsgruppe organisierten Mitglieder der SED beschaulich zusahen, weil sie den müden Versammlungsverlauf sozusagen nur "zur Kenntnis" nahmen, anstatt kämpferisch aufzutreten und - auf gut deutsch - Leben ins Haus zu bringen.

Muß man nicht von unseren Genossen in dieser Gruppe verlangen, daß sie die ersten sind, die den Geist der Beschlüsse unserer Partei in die Massen tragen, die Mängel in der Arbeit aufdecken, Vorschläge machen, wie der Betrieb in diesem Jahr produktiver und rentabler arbeiten kann, und die durch eine konkrete Selbstverpflichtung allen Kollegen ein Beispiel geben?

Man erwartet von einer Gewerkschaftsgruppe ferner, daß sie sich mit rückständigen, falschen und feindlichen Auffassungen aus-

- 8 -

Theorie des Marxismus-Leninismus ausgerüsteten Genossen verlangen, daß sie als erste den Kampf gegen feindliche Ideologien aufnehmen und auf diese Weise das sozialistische Bewußtsein in die Massen tragen?

Im Otto-Buchwitz-Werk in Dresden geschah das nicht."

In vielen Betrieben hatten die BPO-Sekretäre mit dem Versuch, den Belegschaften SED-Kandidaten aufzuzwingen, einen glatten Mißerfolg. Im VEB-Schwermaschinenbau Heinrich Rau, ABUS-Wildau, hatte die BPO Parteimitglieder aufgestellt, die noch nicht hervorgetreten oder neu in den Betrieb versetzt waren. In der Wahlversammlung am 3. Februar lehnte die Belegschaft im Verlauf einer erregten Auseinandersetzung mit der BPO-Leitung diese Kandidaten fast einmütig ab. Die Versammlung wurde ergebnislos abgebrochen.

Im Stahlwerk Hennigsdorf kam es ebenfalls zu schweren Auseinandersetzungen bei der Wahl der AGL. Nachdem die BPO schriftliche Berichte über alle Ausführungen anforderte, die gegen die SED-Kandidaten gemacht wurden, blieb die Belegschaft den Abteilungsversammlungen einfach fern und die Wahlen konnten nicht durchgeführt werden.

In manchen Betrieben wählte die Belegschaft nur die von ihr selbst vorgeschlagenen parteilosen Kandidaten. Das hat dazu geführt, daß bei den SED-Parteileitungen bereits fast jeder Kandidat als "unzuverlässig" angesehen wurde, der die Zustimmung der Belegschaft fand. Bei der DHZ Elektro in Cottbus wurde gegen den Widerspruch der BPO der bisherige BGL-Vorsitzende wieder gewählt. Alle drei von der SED aufgestellten Kandidaten fielen durch.

Die Niederlagen bei den AGL- und BGL-Wahlen veranlaßten die Sekretariate der SED und des FDGB, von einer Wahl der Delegierten zu den Kreisdelegiertenkonferenzen, auf denen die FDGB-Kreisleitungen gewählt werden sollten, weitgehend abstand zu nehmen und einfach Delegierte zu ernennen. Das SED-ZK kritisierte bereits im Zentralorgan vom 18. 2. die Parteileitungen, weil sie für die Vorbereitung dieser Delegiertenkonferenzen noch keine Delegierten-Parteigruppen gebildet hatten. Unter der Überschrift "Auf den Delegierten-Konferenzen der Gewerkschaften Parteigruppen bilden" wurde ausgeführt.

- 9 -

"Es geht darum, die Kraft der Millionen in den Gewerkschaften organisierten Werktätigen für die Lösung der vom IV. Parteitag und vom 21. Plenum des ZK der SED gestellten Aufgaben zu mobilisieren.

Das können wir dann, wenn unsere Genossen in den Delegiertenkonferenzen einheitlich und kämpferisch auftreten, wenn sich - als Voraussetzung dafür - die zu bildenden Parteigruppen mit den auf der Konferenz zu beratenden politischen und ökonomischen Fragen auseinandersetzen und Maßnahmen durch Durchsetzung der Linie der Partei festlegen, an die dann alle Genossen Delegierten gebunden sind. Damit wird zugleich die Parteidisziplin dieser Genossen gefestigt.

Oberstes Prinzip aller Angehörigen der Parteigruppen muß sein, die übrigen Delegierten von der Richtigkeit der Politik der Partei und Regierung zu überzeugen. Vom Auftreten der Parteimitglieder in diesen Konferenzen hängt entscheidend deren Verlauf ab, von ihnen hängt ab, ob die Delegiertenkonferenzen solche Leitungen der Gewerkschaften wählen, die in der Lage sind, die großen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben zu bewältigen."

Die Delegierten-Parteigruppen sollen also zunächst einmal dafür sorgen, daß die an den Konferenzen teilnehmenden Parteimitglieder auf die Linie des ZK gebracht werden.

d) Mißerfolge bei den Schöffenwahlen

In einem Aufruf haben der Nationalrat und der FDGB-Bundesvorstand zur Wahl der Schöffen für die sowjetzonalen Gerichte in öffentlichen Versammlungen und in Betriebsversammlungen Stellung genommen. Als Kandidaten sollen nach einer internen Anweisung des ZK linientreue Mitglieder oder parteilose Anhänger des SED-Regime aufgestellt werden. Vorschlagsrecht haben in den Betrieben die BPO, BGL und die Leitungen der Massenorganisationen. Nach den schlechten Erfahrungen mit den BGL- und BGL-Wahlen waren diese Leitungen im Februar bemüht, vor der Belegschaft zu erklären, sie hätten sich auf gemeinsame Kandidaten geeinigt und eine Wahl sei deshalb nicht mehr notwendig.

Nach der Absicht des ZK soll diese Kampagne jedoch dazu benutzt werden, den politischen Einfluß der SED zu erweitern. Im Aufruf zur Wahl

- 10 -

"Von den Schöffen erwarten auch alle Bürger, daß sie als ehrenamtliche Richter ihren Staat gegen alle Feinde, gegen Agenten, Saboteure, Spione, Schieber und Spekulanten schützen und die demokratische Gesetzlichkeit in der täglichen praktischen Arbeit unserer Gerichte verwirklichen und weiter festigen."

Unter diesen Umständen haben jedoch die unteren Organe die größte Mühe, überhaupt Kandidaten zu finden.

e) Ständiger Rückgang an Arbeitermitgliedern

Obwohl vor einem Jahr auf dem IV. Parteitag der SED bereits ein starker Rückgang des Anteils der Arbeiter am Mitgliederbestand der SED festgestellt und eine Auffüllung der Kader vor allem aus den Reihen der Produktionsarbeiter verlangt worden war, hat sich seither der Arbeiteranteil weiter verringert. Der Rückgang begann sogar unmittelbar nach dem IV. Parteitag. Darüber wurde im Funktionsorgan "Neuer Weg" u. a. geschrieben:

"Die Neuaufnahme von Kandidaten ging nach dem IV. Parteitag im Vergleich zum 1. Quartal 1954 zurück. Es verschlechterte sich dabei besonders der Anteil der Arbeiter. Im Laufe des Jahres ist in einer Reihe von Parteiorganisationen die Aufnahme neuer Kandidaten zurückgegangen.

In der Schiffswerft Fürstenberg/Oder wurde z. B. im Jahre 1954 kein einziger Kandidat in die Partei aufgenommen. In der Stahlgißerei Borna, mit einer großen Belegschaft, wurden im III. Quartal keine Kandidaten aufgenommen. Im Kreis Eberswalde gingen die Aufnahmen von 121 im I. Quartal auf 44 im III. Quartal zurück. Berlin nahm im I. Quartal 1 087, im III. Quartal aber nur 695 Kandidaten in die Partei auf. Die Entwicklung entspricht in keiner Weise den wachsenden Aufgaben der Partei, die verlangen, daß die neu herangewachsenen Kader der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen in die Reihen der Partei aufgenommen werden müssen.

In den letzten Jahren sank der Arbeiteranteil in der Mitgliedschaft um etwa 5 %. Manche Genossen versuchen das damit zu erklären, daß sich viele Arbeiter qualifiziert haben, dadurch in

- 11 -

leitende technische und Verwaltungsfunktionen aufrückten, heute Schulen besuchen oder in den Reihen der KVP die Errungenschaften der Arbeiter- und Bauernmacht schützen. Natürlich trifft diese Begründung zu einem Teil zu. Trotzdem ist das nur eine oberflächliche und ungenügende Erklärung und führt nicht selten zu Schönfärberei und unkritischem Verhalten gegenüber Nachlässigkeit und Gleichgültigkeit. Die Untersuchung der Mitgliederbewegung in den letzten Jahren zeigt, daß in einigen Kreisen, wie Kamenz oder Dresden, unter den ehemaligen Mitgliedern (solchen, die aus der Partei ausgeschlossen wurden oder aus ihr austraten) sich ein verhältnismässig hoher Anteil von Arbeitern befindet.

Wie wollen z. B. die Kreisparteiorganisationen Merseburg und Halberstadt den Arbeiteranteil erhöhen, wenn er bei ihren Kandidaten nur 38,2 % bzw. 37 % beträgt?

Im Großbetrieb "Hans Beimler" gibt es noch wichtige Werksabteilungen, wo in einigen Arbeitsabschnitten keine Mitglieder und Kandidaten der Partei arbeiten und wo demzufolge auch keine Parteigruppen bestehen. Nur 4,6 % der Produktionsarbeiter des Betriebes sind Mitglieder und Kandidaten unserer Partei. In so wichtigen Industriezweigen, wie der Textilindustrie im Bezirk Karl-Marx-Stadt, liegt der Anteil der Arbeiter, die in der Partei sind, weit unter dem Republikdurchschnitt."

Weiter beschäftigte sich das Funktionärsorgan der SED mit der Tatsache, daß der Partei auf dem Lande nur ein ganz unbedeutender Prozentsatz von Arbeitern und Bauern angehört und machte dazu u. a. folgende Ausführungen:

"Nur verhältnismässig wenige Traktoristen und Arbeiter sind Mitglieder oder Kandidaten der Partei. In der MTS Flatow sind z. B. von 54 Traktoristen nur ein Brigadier und drei Traktoristen in unserer Partei. Ähnlich ist auch die Lage in den MTS Sachsen-dorf, Kienitz, Nedlitz, Sonnewalde und in vielen anderen.

Der Anteil der Landarbeiter innerhalb der Mitgliedschaft der Partei ist sogar gesunken, und es werden nur wenige Anstrengungen gemacht, um durch die stärkere Aufnahme von Kandidaten diesen

In vielen LPGs bestehen noch keine Grundorganisationen oder Kandidatengruppen der Partei. Zwar wurden 1954 schon über 3000 Genossenschaftsbauern Kandidaten der Partei, die aufnahmen z eigen jedoch, daß nicht ständig und systematisch um die Verbesserung der Zusammensetzung der Partei im sozialistischen Sektor der Landwirtschaft gekämpft wird. So wurden z. B. im III. Quartal 1954 weniger Genossenschaftsbauern als Kandidaten aufgenommen als in den Zeitabschnitten vorher.

Noch deutlicher zeigt sich die Vernachlässigung der Parteiarbeit auf dem Lande bei der Aufnahme werktätiger Einzelbauern. Die Aufnahmen werktätiger Bauern als Kandidaten in die Partei sind minimal. Es gibt ganze dörfliche Parteiorganisationen, in denen kein werktätiger Bauer, sondern nur Arbeiter, Rentner, Lehrer und Verwaltungsangestellte organisiert sind. Diese Lage wird natürlich nicht geändert, wenn man so arbeitet wie die Bezirksparteiorganisation Magdeburg. Dort wurden im I. Quartal 1954 nur sieben und im III. Quartal nur zwei werktätige Einzelbauern als Kandidaten aufgenommen."

Am geringsten unter den Parteiorganisationen in den großen Städten ist der Arbeiteranteil an der Mitgliedschaft bei der Parteiorganisation in Berlin. Dazu wurde im Funktionärsorgan der SED geschrieben:

"Obwohl z. B. in Berlin die Arbeiterklasse stark ist und es viele wichtige Großbetriebe gibt, liegt der Arbeiteranteil in der Bezirksparteiorganisation weit unter dem Republikdurchschnitt. Das ist für Berlin nicht zu verantworten. Die Genossen der Bezirksleitung haben diese großen Mängel erkannt. Es gibt auch dazu Beschlüsse, aber nur wenig Erfolge, und in wichtigen Industriekreisen sank sogar noch der Anteil der Arbeiter in der Partei."

Zum Abschluß kritisierte das Funktionärsorgan die allgemeine Überschreitung der Kandidatenzeiten und führte dazu aus:

"In vielen Kreisleitungen wird noch immer nicht energisch genug gegen die Überschreitungen der Kandidatenzeit gekämpft. So haben z. B. in den Kreisleitungen Potsdam-Mitte 77,9 %, Ora-

- 13 -

nienburg 77,5 % und Greifswald 70 % aller Kandidaten ihre Kandidatenzeit überschritten. In der Kreisparteiorganisation Wismut Crossen haben sogar 83,7 % aller Kandidaten, die Arbeiter sind, die Kandidatenzeit überschritten.

Es gibt Kreise, in denen selbst Kandidaten, deren Kandidatenzeit nach dem abgeänderten Parteistatut mit einem halben Jahr festgelegt wurde, die Kandidatenzeit überschreiten."

Die Kandidatenzeiten werden in der Regel deshalb überschritten, weil fast alle Kandidaten sich bemühen, der endgültigen Aufnahme in die SED aus dem Wege zu gehen.

f) Kaderabteilungen mit Parteiverfahren überlastet

Die unteren Leitungen der SED wurden im Funktionärsorgan "Neuer Weg" weiter heftig kritisiert, weil sie in großer Zahl Parteiverfahren gegen Mitglieder lange Zeit unerledigt lassen oder Ausschlüsse vornehmen, ohne die Fälle vor die Mitgliederversammlungen zu bringen und den Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Nach den Angaben des Funktionärsorgans laufen im Kreis Oranienburg gegenwärtig 307 Verfahren gegen Parteimitglieder, die ausgeschlossen werden oder andere Parteistrafen erhalten sollen. Im Kreis Arnstadt schwebten im Dezember 1954 rund 180 Parteiverfahren. Die Parteiorganisation in Borgsdorf im Kreis Oranienburg beschloß, 9 Parteimitglieder wegen Nichtteilnahme an den Versammlungen auszuschließen. Ausschlüsse erfolgten weiter in der Wohnparteiorganisation Hennigsdorf-Mitte und in der BPO des LEW Hans Beimler. Den Parteileitungen im Bezirk Potsdam machte das Funktionärsorgan einen Vorwurf, weil sie 47 Austritte zuließen, ohne Beschlüsse der Grundorganisationen über die Austrittserklärungen herbeizuführen.

g) Konferenz der Staatsfunktionäre

An 8. und 9. Februar fand in Ostberlin eine Konferenz der Staatsfunktionäre der örtlichen Organe, sowie der Kreise und Bezirke statt. Auf der Konferenz referierte der SED-Staatssekretär HEGEN über die politische Lage und die Aufgaben der örtlichen Organe des Staates

- 14 -

im letzten Jahr des 1. Fünfjahrplanes. Am 2. Tag referierte Grotewohl über die Beschlüsse der 21. ZK-Tagung zur Durchführung des Sparsamkeitsregimes.

GROTEWOHL forderte von den Staatsfunktionären eine intensive Schulung und größere Bemühungen zur politischen Gewinnung der Bevölkerung und zu ihrer Heranziehung zur Erfüllung der Planziele.

HEGEN erhob den Vorwurf, die Räte in den Kreisen und Bezirken seien bisher nicht fähig gewesen, mit Hilfe der Bezirkstage und Kreistage die Bevölkerung für die Ziele des Regimes zu mobilisieren. Den gleichen Vorwurf machte er den örtlichen Organen in Bezug auf die Stadtparlamente und Gemeindevertretungen. Diese Kritik trug HEGEN in folgenden Formulierungen vor:

"Es gibt Räte, denen noch nicht zum Bewußtsein kam, daß alle Macht in der DDR vom Volk ausgeht, und daß die Volksvertretungen die Machtorgane des Staates sind. Deshalb geringschätzen sie diese Machtorgane, legen ihnen gegenüber eine Überheblichkeit an den Tag und wollen sie oftmals ersetzen.

Solche Räte empfinden die Tätigkeit der Volksvertretungen als störend für ihre Arbeit und als eine überflüssige Einrichtung.

Hier liegt eine entscheidende Ursache des Bürokratismus!

Solche Räte geraten immer mehr in die Isolierung von den Massen, schirmen sich selbst von jeder Kritik der Werktätigen ab, verfallen in Eigenlob und werden unfähig, die Aufgaben zu lösen. Die Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1955 kann man nicht allein mit dem Apparat der Verwaltung lösen. Dazu gehört mehr. Sie sind nur dann zu lösen, wenn die örtlichen Volksvertretungen auch als Machtorgane sich weiter festigen, die Massen noch weiter in die staatliche Tätigkeit einbeziehen und die Arbeit der Räte leiten und lenken. Deshalb muß man gegen die schädlichen Auffassungen einen ernsten Kampf führen, die Träger solcher Auffassungen entlarven und sie öffentlich als unvereinbar mit unserer demokratischen Ordnung kritisieren."

Weiter machte HEGEN den Räten den Vorwurf, sie leiteten nicht genügend "operativ" an, weil sie zu sehr mit Papierkrieg beschäftigt seien. Als Beispiele führte er die Abteilung Landwirtschaft beim Rat des Bezirkes Magdeburg an, die im November 1954 einen Postein- und -aus-

- 15 -

ununterbrochen hunderte Angestellte in den örtlichen Organen allein mit dem Zusammentragen von Zahlen und der Ausfüllung von Vordrucken für die Erhebungen des Staatssekretariats für Erfassung und Aufkauf beschäftigt sind. Die Forderungen des Referenten gipfelten in der Anweisung, die Räte der Gemeinden zu aktivieren und zu wesentlichen Organen bei der Durchführung der örtlichen Wirtschaftsaufgaben zu machen.

Den örtlichen Organen sowie den Räten der Kreise und Bezirke wird künftig eine größere Verantwortung für die Durchführung der Landwirtschaftspolitik der SED-Diktatur sowie für die Entwicklung der örtlichen Wirtschaft und der öffentlichen Vorhaben im Rahmen des Nationalen Aufbauwerks übertragen. Auf diesen Gebieten haben die mittleren und unteren Staatsorgane nach den Ausführungen auf der Konferenz bisher versagt, es wurde ihnen sogar vorgeworfen, sie hätten die Durchführung dieser Wirtschaftsaufgaben, insbesondere die Entwicklung der LPG, sogar zusätzlich gehemmt. Als eine wesentliche Ursache hierfür bezeichnete GROTEWOHL die "ideologischen Unklarheiten und ungenügende politische Schulung" der betreffenden Staatsfunktionäre und forderte in diesem Zusammenhang die sofortige Organisierung des Studiums des sowjetischen Lehrbuches über politische Ökonomie.

h) Vorbereitungen für das Studium des Buches "Politische Ökonomie"

In einer Mitteilung an alle Bezirks- und Kreisleitungen der SED hat die ZK-Abteilung Wissenschaft und Propaganda einige Anweisungen zur Vorbereitung des Studiums des neuen sowjetischen Lehrbuches "Politische Ökonomie" gegeben. Danach erhalten die Parteileitungen die erforderliche Anzahl von Büchern und Studienheften - die letzteren enthalten die Anleitung zur Durcharbeitung des Buches - um sofort das erste Seminar für den 7. März 1955 vorzubereiten. In Abständen von 3 bis 4 Wochen sollen dann bis zum Ende Februar 1956, also ein ganzes Jahr lang, weitere Seminare durchgeführt werden.

- 16 -

An diesen Seminaren müssen alle leitenden Funktionäre teilnehmen. In Verbindung mit den theoretischen Ausführungen sollen die unmittelbaren aktuellen Parteaufgaben in der Sowjetzone behandelt werden. In der Anweisung der ZK-Abteilung wurde über die Bedeutung des Lehrbuches und der Schulung ausgeführt:

"Das Lehrbuch 'Politische Ökonomie' ist von grosser theoretischer und praktischer Bedeutung für die Durchführung der Politik der Partei und Regierung. Das Lehrbuch, das auf den Werken von Marx, Engels, Lenin und Stalin fusst, gibt erstmalig in der Geschichte der ökonomischen Wissenschaft eine zusammenhängende wahrhaft wissenschaftliche und leicht verständliche Darstellung über die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse in allen historischen Produktionsweisen.

Indem uns das Lehrbuch die klare Erkenntnis der ökonomischen Entwicklungsgesetze der Gesellschaft vermittelt, rüstet es uns für unseren Kampf um die demokratische Einheit Deutschlands aus. Die Darlegung des ökonomischen Gesetzes des Kapitalismus, im besonderen des Imperialismus erleichtert es, den wiedererstandenen Imperialismus in Westdeutschland und seine Besonderheiten zu verstehen.

Eine unschätzbare Anleitung bei der Errichtung der Grundlagen des Sozialismus ist die Darstellung der Übergangsperiode von Kapitalismus zum Sozialismus und der sozialistischen Produktionsweise. Aus dem Studium der Kapitel des Lehrbuches, die sehr konkret und detailliert die ökonomischen Gesetze des Sozialismus und ihr Wirken behandelt, ergibt sich ein noch tieferes Verständnis für die Durchführung unserer ökonomischen Politik."

Wie in den Vormonaten brachte die SED-Presse auch im Februar wieder einzelne Abschnitte aus dem sowjetischen Lehrbuch zum Abdruck.

1) Säuberungsaktionen in der IG Wismut

Mitte Januar 1955 wurden in der Bezirksleitung IG-Wismut fünf hauptamtliche Funktionäre - Mitglieder der SED - wegen Veruntreuungen, Unterschlagungen usw. abgesetzt. Die Verhandlungen gegen sie waren

ni- Approved For Release 2009/07/06 : CIA-RDP83-00418R000500100014-6 gegen sie

- 17 -

teilweise Zuchthausstrafen bis zu 5 Jahren verhängt worden sind. Bei den Verhandlungen hinter verschlossenen Türen war ein Vertreter des ZK sowie Minister SELBMANN anwesend.

Bei einigen Kreisleitungen der IG-Wismut in Oberschlema sind ebenfalls Säuberungen durchgeführt worden. Dort wurden ihrer Ämter enthoben: Der 1. Vorsitzende TIERSCH und der 1. Vorsitzende der Konfliktkommission Werner COLDITZ, er soll 4 Jahre Zuchthaus erhalten haben. Beide sind Mitglieder der SED. Auch diese Verfahren fanden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

2) Einschätzungen der Massenstimmung in der Sowjetzone zur Frage der Wiedervereinigung

Im Februar hielt das grundsätzliche Misstrauen der mitteldeutschen Bevölkerung gegenüber allen kommunistischen Erklärungen zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands unvermindert an. Die verschiedenen Erklärungen vor dem Obersten Sowjet über den Vorrang der Schwerindustrie sowie die in diesem Zusammenhang wirtschaftspolitisch begründete Ablösung M. LENKOWS durch BULGANIN, verschärfte das Misstrauen der Sowjetzonenbevölkerung gegenüber der Sowjetpolitik wesentlich. Die in der Sowjetzone forcierte Propaganda für eine allgemeine koordinierte Aufrüstung der drei Satellitenstaaten DDR, Polen, Tschechoslowakei wirkte in der gleichen Richtung.

Über die Frage, was von der westdeutschen Bundesregierung und den westlichen Besatzungsmächten in der Frage der Wiedervereinigung unternommen werden sollte, waren die Ansichten dagegen wie bisher stark differenziert, jedoch wurde allgemein die Notwendigkeit betont, die Sowjetregierung so schnell wie möglich in Vier-Mächte-Verhandlungen zu stellen und von ihr die Zustimmung zu freien Wahlen und zur Wiedervereinigung zu fordern.

Die Taktik des SED-Regimes, in der Frage der Pariser Verträge und der Forderung nach sofortigen Viermächteverhandlungen eine Übereinstimmung mit der SPD und dem DGB vorzutäuschen, hatte sehr unterschiedliche Auswirkungen. Auch im Februar war, wie im Vormonat, festzustellen, dass diese Taktik bei einem Teil der Bevölkerung Ver-

- 18 -

wirrung und Unverständnis gegenüber der SPD ausgelöst hat. Gleichzeitig hat ein anderer Teil der Bevölkerung unter Berufung auf die von der SED-Presse behauptete angebliche Übereinstimmung sich offen zu den zitierten sozialdemokratischen Erklärungen und Beschlüssen bekannt und sie regelrecht propagiert. Eine Nebenwirkung der kommunistischen Täuschungstaktik bestand darin, dass ein Teil der SED-Funktionäre an die Möglichkeit einer sowjetischen Zustimmung zu wirklichen freien Wahlen und damit faktisch an eine Beendigung der SED-Diktatur zu glauben begann, was sich lähmend und depremierend innerhalb der SED-Kader auswirkt. Über die Ansichten der Bevölkerung in der Sowjetzone zur Frage der Wiedervereinigung gingen im Februar eine Reihe von Berichten ein, die wieder sehr unterschiedliche Einschätzungen enthielten, was durchaus dem Differenziertheit in der Einstellung der Bevölkerung entspricht. Nachstehend folgen einige Auszüge, die einen repräsentativen Querschnitt der verschiedenen Einschätzungen geben:

Bericht über Gespräche mit über 800 sowjetzonalen Besuchern
der "Grünen Woche" in Westberlin-----

Eine Kontaktstelle der Parteien des Berliner Abgeordnetenhauses auf der Grünen Woche in Westberlin wurde von etwa 4 000 sowjetzonalen Besuchern der Ausstellung aufgesucht, davon haben 800 bis 1 000 Besucher mit Vertretern des Ostbüros der SPD gesprochen. Der Leiter dieser Gespräche gab seinen Eindruck von der Einstellung der Besucher, bei denen es sich vorwiegend um Menschen aus der Landwirtschaft handelte, in folgender Weise wieder:

"Im Vordergrund der Diskussion stand immer wieder die Frage nach den Möglichkeiten zur Erreichung der Wiedervereinigung, wobei Optimismus und Pessimismus bei den Besuchern in gleicher Weise verteilt waren. Es ergab sich der Eindruck, dass diejenigen, die sich mit einem gewissen Optimismus äusserten und den festen Willen hatten, an ihrem Platz auszuharren, gleichzeitig das meiste Verständnis für die oppositionelle Haltung unserer Partei gegenüber der Wiederaufrüstungspolitik denauers aufbrachten oder unserer Politik entweder aus alter Treue zur Partei oder manchmal nach längerer und schwieriger Diskussion zustimmten. Andererseits ist nicht zu verkennen, dass in weitem Umfang die Zonenbevölkerung Hoffnungslosigkeit und Pessimismus in Bezug

- 19 -

auf die Möglichkeiten einer Wiedervereinigung in der nahen Zukunft ergriffen hat. Diese Kreise sind es, die sich vor allem an die Wiederaufrüstungspolitik Adenauers klammern. Repräsentanten dieser Einstellung brachten in den Gesprächen immer wieder Formulierungen wie die folgenden: 'Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende! - Die Russen weichen nur der Gewalt, der Westen muss sich stark machen!'

Nicht wenige Besucher kritisierten die westdeutsche Passivität in Bezug auf Massnahmen, die das Leben der Sowjetzonenbewohner erleichtern könnten und verbanden diese Kritik mit einer grundsätzlichen Kritik an der Demokratie. Inner wieder wurde etwa der folgende Gedankengang vorgetragen: 'In Westdeutschland wird viel zu viel geredet. Die kennen alle den Russen nicht und haben ja keine Ahnung, was wirklich gespielt wird. Der Russe weicht nur der Gewalt und daraus muss man die Konsequenzen ziehen.' Die Diskussion mit diesen Menschen liess aber sehr schnell erkennen, dass sie in Wirklichkeit keine politische Konzeption vertreten, dass ihre Äusserungen ausschliesslich aus dem Affekt, aus der Wut auf das verhasste System entstanden sind. An diesen Punkt liegt die Stärke und Schwäche unserer politischen Argumentation im gegenwärtigen Zeitpunkt. Die hassgeladene Atmosphäre der Sowjetzone ist natürlich der hemmungslosen Demagogie der Adenauer'schen Aufrüstungsstrategen bis zu einem gewissen Grade eher zugänglich und es gehört nicht viel propagandistische Fähigkeit dazu, diese Affekte für die Adenauer-Politik auszunutzen. Trotzdem kann gesagt werden, dass von unserem sowjetzonalen Gesprächspartnern kaum einer sich unseren Argumenten verschloss oder nicht sehr nachdenklich von unserem Tisch fortging.

Eine grosse Zahl der Besucher klagte darüber, dass von Westdeutschland aus wenig getan wird, um Kontakte aufzunehmen, zu erweitern und zu festigen, sowie die Lage der Sowjetzonenbevölkerung erleichtern zu helfen. In einfachster Form war es die Klage über die Bewegungsbehinderung durch das Kursgefälle Ost-West, dann Klagen über mangelnde Information, schlechter Empfang der Rundfunksendungen aus dem freien Teil Deutschlands usw. Gerade angesichts der dargebotenen Fülle auf der Ausstellung zeigten sich viele Besucher deprimiert über ihre eigene Lage

und sprachen die Befürchtung aus, dass die westdeutsche Bevölkerung kein echtes Interesse am Schicksal der Bevölkerung in der Sowjetzone habe. Man meinte, der 'Westen' könne bestimmt mehr für die mitteldeutsche Bevölkerung tun.

Viele Besucher unseres Tisches befürchteten, dass sich die westlichen Besatzungsmächte mit der Sowjetunion auf Kosten Deutschlands einigen und den gegenwärtigen Status zum geschichtlichen Faktum machen könnten. Andere Besucher erkundigten sich nach dem Standpunkt der SPD zu einem Verbot der KPD.

Daneben wurden konkrete Fragen des Verhaltens der Bevölkerung in der sowjetzonalen Landwirtschaft gegenüber den Massnahmen des Regimes angeschnitten, z.B. das Verhalten bei den Wahlen zu den Leitungen der VdgB (BHG), bei der Bildung von "Arbeitsgemeinschaften", das Verhalten gegenüber den LPG und MTS sowie gegenüber den Anbau-Viehhalte- und Ablieferungsbescheiden und gegenüber der VEMB.

Bei diesen Besprechungen ergab sich der Eindruck, dass es den an unserem Tisch gewesenen Bauern gegenwärtig verhältnismässig nicht schlecht geht, von Ausnahmen und besonders unglücklich gelagerten Fällen abgesehen. Die Bauern sagten, sie würden gegenwärtig mit Gancehandschuhen angefasst, weil man auf sie angewiesen sei, denn die Bauernflucht im Frühjahr 1953 habe sich katastrophal ausgewirkt und die LPG und VEG arbeiteten völlig unrentabel. Man erwartet aber jederzeit neue Terrormassnahmen zur Fortsetzung der Kollektivierung und zur Eintreibung des Ablieferungssohls.

Fast alle Besucher an unserem Tisch erklärten auf Befragen, dass sie auf den Feldern ihrer Heimatorte schon Flugblätter der SPD gefunden haben. Sie sagten, die meisten aufgefundenen Flugblätter seien von der SPD und der NTS gewesen, vielen Besuchern war unbekannt, dass die Verbreitung durch Ballons stattgefunden hatte und sie glaubten, es handelt sich um Abwürfe von Flugzeugen. Übereinstimmend wurden die Flugblätter dankbar begrüsst und immer wieder betont, dass die Bevölkerung noch mehr Flugblätter wünscht und der Wert dieser Flugblätter nicht allein in der Information bestehe, sondern darin, dass sie als ein Zeichen eines echten Kampfes des Westens für die Wiedervereinigung Deutschlands betrachtet werden und zur Ermuti-

- 21 -

gung im Widerstandskampf beitragen. abschliessend kann gesagt werden, dass unsere Unterhaltungen mit den Besuchern ein besseres Verständnis für die Opposition der SPD gegen die Pariser Verträge geschaffen haben."

Bericht aus Leipzig

"Die Bevölkerung glaubt weitgehend an die Richtigkeit der SPD-Politik, sofortige Verhandlungen zu fordern, wenn sie auch bezweifelt, dass diese Verhandlungen einen vollen Erfolg im Sinne der Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit bringen werden. Die Tatsache, dass SPD und DGB jetzt eine grosse Volksbewegung ins Leben gerufen haben, wird als Beweis dafür angesehen, dass jetzt im Westen eine aktive Politik in Erscheinung tritt, die bisher von der Bevölkerung der Sowjetzone immer vermisst wurde.

Charakteristisch ist, dass selbst katholische Kreise in Leipzig die bisher auf der Seite Adenauers standen, seine heutige Politik ablehnen. In bürgerlichen Kreisen hört man immer mehr die Argumente, Adenauer wolle einzig und allein sein politisches Nahziel der Aufrüstung Westdeutschland erreichen. Adenauer stehe stark unter französischem Einfluss und bei gesamtdeutschen Wahlen würde die Adenauer-Koalition eine Niederlage erleiden.

Es gibt auch eine Richtung in der Bevölkerung Leipzigs, die völlig verzweifelt ist und aufgrund aller bisherigen Fehlschläge bei den verschiedenen Versuchen einer ost-westlichen Einigung über Deutschland zu der Ansicht gekommen ist, dass ein Krieg nicht mehr zu vermeiden sei.

Diese Gruppe in der Bevölkerung hat sich nach dem Sturz MALENKOWS anscheinend etwas verstärkt. Man erblickt in der Ablösung MALENKOWS durch den Militär BULGANIN und durch die offizielle Forcierung der Schwerindustrie eine versteifte Haltung der Sowjets.

Der grösste Teil der Bevölkerung von Leipzig sieht jedoch im Augenblick nicht klar, auf welche Weise die verhängnisvolle Entwicklung zwischen Ost und West in der Deutschlandfrage abgebremst werden kann. Es handelt sich hier vor allen um

- 22 -

die Fatalisten, die nicht mehr recht daran glauben, dass in absehbarer Zeit die Einheit Deutschlands hergestellt werden kann.

Eine andere, nicht schwache Gruppe der Bevölkerung von Leipzig zeigt jedoch noch immer einen ziemlich starken Optimismus. Diese Gruppe meint, dass sofortige Viererverhandlungen notwendig sind. Die Haltung Adenauers, jede Verhandlung vor der Ratifizierung zu hintertreiben, wird von diesen Kreisen abgekehrt. Ein Teil dieser Gruppe glaubt aber, dass die Sowjetregierung auch nach der Ratifizierung an den Verhandlungstisch kommen wird."

Bericht aus dem Stahl- und Walzwerk Riesa

"Die Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten des Stahl- und Walzwerkes Riesa ist gegen die Pariser Verträge eingestellt, sie billigt die Forderung der SPD nach sofortigen Viermächteverhandlungen, ist jedoch der Ansicht, dass hinter den Verhandlungen eine Stärke und ein Zusammenstehen der westlichen Staaten sichtbar sein müsse um die Sowjets unter Druck zu halten. Man ist der Ansicht, dass der Verzicht auf Viermächteverhandlungen und der Abschluss der Pariser Verträge entweder zum Krieg, zumindest aber zu einer völligen Isolierung der Sowjetzone führen würde. Es besteht eine allgemeine Furcht vor Krieg und davor, durch diese Isolierung vollkommen den sowjetischen Machthabern ausgeliefert zu sein. Man erwartet, dass nach der Ratifizierung der Pariser Verträge in der Sowjetzone sofort die Wehrpflicht eingeführt wird.

Im Werk beschäftigte Umsiedler aus Schlesien und Ostpreussen haben sich damit abgefunden, nicht mehr in die Heimat zurückkehren zu können. Man hofft aber allgemein darauf, dass der Westen die Zone nicht aufgeben werde und begrüsst die Forderung der SPD nach Viermächteverhandlungen über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands.

Viele junge Menschen der wehrpflichtigen Jugend im Stahl- und Walzwerk Riesa haben die Absicht geäußert, nach Ratifizierung

- 23 -

einer völligen Isolierung zu benutzen, um nach Westdeutschland zu fliehen."

Bericht aus Dresden

"Unter der Bevölkerung in Dresden besteht starke Befürchtung, dass der Krieg unvermeidlich ist. Die katastrophale Versorgung bei Lebensmitteln verstärkt den Pessimismus der Bevölkerung. Auch das fast völlige Fehlen von Papier und Streichhölzern trägt dazu bei, den Glauben der Bevölkerung an crashhafte Kriegsvorbereitungen von kommunistischer Seite zu verstärken. Nur wenige halten es noch für möglich, dass die Einheit Deutschlands auf friedliche Weise hergestellt werden kann. Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt es ab, daran zu glauben, dass die Sowjets jemals zu Wahlen unter internationaler Kontrolle bereitsein könnten. Die Absetzung MALENKOW wird in dem Sinne gesehen, dass der sowjetische Kurs gegenüber dem Westen jetzt verschärft wird."

Bericht eines Dresdener Eisenbahners

"Die Menschen, mit denen ich gesprochen habe, stimmen der SPD, dem Frankfurter Manifest und den Reden OLLENHAUERS begeistert zu. Dabei kommen die SED-Funktionäre in ausserordentlich peinliche Situationen. Seit Wochen bringt die SED-Presse, wenn auch gekürzt, die Reden der SPD- und DEB-Führer und die SED-Funktionäre sind gezwungen, diese Taktik ihrer Partei mitzumachen. Einmal weiss die Bevölkerung sehr genau, dass die Reden gekürzt, um nicht zu sagen sinnentstellend, wiedergegeben sind, und zum anderen ist es nun natürlich nicht möglich, den Sozialdemokratismus als den ärgsten Feind hinzustellen. So kommt es, dass unter Hinweis auf die SED-Presse lauter und stärker als bisher der Ruf nach freien Wahlen und nach einer Lösung der deutschen Frage in Einheit und Freiheit gehört wird.

Die Stellung der SED-Funktionäre wird durch das Frankfurter Manifest und die Volksbewegung für die Wiedervereinigung erheblich schwerer. Viele Funktionäre sehen schon drohend eine Lösung der deutschen Frage sich abzeichnen, in der die SU die SED fallen lässt und das Schicksal dieser Funktionäre besiegelt ist."

- 24 -

Bericht aus Ostberlin

"Die Ablösung MALENKOWs ist von der Bevölkerung in Ostberlin sehr deprimiert aufgenommen worden. Vor allem hat die in der Sowjetunion verkündete Benachteiligung der Konsumgüterindustrie zugunsten der Schwerindustrie eine Schockwirkung ausgelöst, weil man daraus schliesst, dass in der Sowjetzone und den Satellitenstaaten ähnlich verfahren wird. Der 1953 verkündete neue Kurs ist in den Augen der Bevölkerung jetzt endgültig liquidiert. Über die von MALENKOW vor dem Obersten Sowjets abgegebene Erklärung, er sei als Regierungschef unfähig, hat die Bevölkerung in Ostberlin nur gelacht, nachdem sie ge hört, dass MALENKOW wieder stellvertretender Ministerpräsident wurde.

Die Verzweiflung zieht in der Ostberliner Bevölkerung immer breitere Kreise, weil man angesichts der neuen Entwicklung, die eindeutig auf die Verstärkung der sowjet-russischen Rüstungsindustrie hinzielt, nur noch wenig Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Deutschlandfrage.

Die Paulskirchen-Kundgebung hat starkes Aufsehen in Ostberlin erregt. Dabei wurde vermerkt, dass als Vertreter des DGB nicht dessen Vorsitzender FREITAG, sondern REUTER sprach. Da REUTER nicht klar zum Ausdruck brachte, ob er offiziell für den gesamten Bundesvorstand des DGB sprach, ist hier die Vermutung entstanden, dass FREITAG und andere massgebende Mitglieder des Bundesvorstandes des DGB gegen die durch die Paulskirchen-Kundgebung eingeleitete Volksbewegung eingestellt sind."

Einschätzung aus Kreisen eines ostberliner Ministeriums

"Die Mehrheit der Bevölkerung in der Sowjetzone und Ostberlin ist gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge. In der letzten Zeit hat sich eine zunehmende Abneigung gegenüber der Politik Adenauers bemerkbar gemacht. Die ablehnende Haltung der Pariser Verträge erwächst daraus, dass man einen Krieg als Folge der Verträge ansieht. Dabei darf man die Propaganda der SED nicht unterschätzen, die den Menschen tagtäglich einhämmert, dass ein Krieg die unvermeidliche Folge der Ratifizierung der Pariser Verträge sei."

- 25 -

aussenpolitischen Lage in der Frage der deutschen Wiedervereinigung hat in den letzten Wochen beträchtlich zugenommen. Die Bevölkerung befürchtet eine totale Isolierung vom Westen für den Fall, dass die Pariser Verträge ratifiziert werden. Es wird weitgehend die Ansicht vertreten, dass den Sowjets in Wirklichkeit an einer Ratifizierung der Pariser Verträge viel gelegen ist, weil sie dann einen Vorwand für eine völlige Spaltung Deutschlands haben. Den Sowjets und der SED müsste eine solche Entwicklung umso mehr gelegen kommen, weil im Falle der totalen Isolierung zwischen Ost und West der Druck der SED auf die Bevölkerung wesentlich verstärkt und damit die Diktaturherrschaft verschärft werden könnte.

Zu dieser Auffassung tragen viel die verschärften Kontrollen auf den nach Berlin führenden Eisenbahnstrecken bei. Während vor den verschärften Kontrollen die Züge von Zittau und Görlitz über Cottbus nach Berlin in Cottbus wegen Überfüllung stets noch drei Wagen angehängt erhielten, sind sie jetzt wegen den rigorosen Kontrollen so leer, dass sie ohne Zusatzwagen bei der Ausfahrt aus Cottbus noch nicht voll besetzt sind. Die scharfen Kontrollen haben Empörung und Verzweiflung ausgelöst."

Bericht aus dem Senftenberger Braunkohlenrevier

"Den sowjetischen Noten und Erklärungen wird von der Arbeiterschaft keinerlei unmittelbarer Wert beigemessen. In neuen sowjetischen Formulierungen sieht man einen ersten greifbaren Erfolg der Festigkeit der westlichen Politik, der den Sowjets unsympathischen westdeutschen Aufrüstung und der militärischen Stärkung des Westens. Andererseits hält die Arbeiterschaft den Zeitpunkt für sofortige Verhandlungen für gekommen.

Weitgehend sieht man in der SPD vor allem die wichtigste Kraft und den einzigen Garanten für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, bringt der Adenauer-Koalition grosses Misstrauen entgegen und missbilligt die Aufrüstung Westdeutschlands ebenso wie die sowjetzonale und sowjetische Aufrüstung. Man ist weder für die KVP noch für eine westdeutsche Natoarmee. Die Ansicht der Mehrheit kann so formuliert werden: Eine

- 26 -

verbietet die besondere deutsche Situation, daran teilzunehmen. Es gibt aber hier auch Befürworter einer westdeutschen Aufrüstung."

Bericht aus Greiz

"Aus Diskussionen der Bevölkerung in Greiz ist zu entnehmen, dass sie befürchten, die SPD könnte zu Zugeständnissen gegenüber den Sowjets bereit sein. Die politische Entwicklung zwischen Ost und West hat hier zu einer Atmosphäre der Furcht geführt. Man rechnet durchaus mit der Möglichkeit eines Krieges, dabei wird immer wieder die Ansicht vertreten: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Die Befürchtungen, die die Bevölkerung bezüglich der SPD-Politik hegt, sind vor allem darauf zurückzuführen, daß auch die Provinzpresse der SED ungeheuer die SPD-Politik gegen Adenauer und die Pariser Verträge propagiert.

Die Bevölkerung in Greiz glaubt nicht an Verhandlungsmöglichkeiten zwischen Ost und West. Die von Moskau abgegebene Erklärung, daß man zu freien Wahlen unter internationaler Kontrolle bereit sei, wird von der Bevölkerung allgemein als Täuschungsmanöver angesehen."

Bericht aus Brandenburg

"Im Raum von Brandenburg sind in letzter Zeit keine Flugblätter unserer Partei niedergegangen. Abgesehen davon, daß Brandenburg durch das Stahlwerk, den IFA-Werken und die Werft eine Stadt mit ziemlicher Konzentration der Industrie ist, war und ist Brandenburg eine sozialdemokratische Hochburg. Es ist jedoch dringend erforderlich, die Argumente unserer Partei zur Frage der Wiedervereinigung in Brandenburg zu verbreiten, da die Bevölkerung der Aufrichtung bedarf und auch die Argumente der CDU usw. immer mehr an Boden gewinnen. Wir bitten dringend, eine Flugblattaktion für Brandenburg zu machen."

- 27 -

Bericht aus dem Großbetrieb VEB ABUS-Wildau

"Einige Tage nach der Paulskirchen-Kundgebung fand im Volkshaus Wildau ein Konzert des Pariser Musette-Orchesters statt. Dort hielt der Betriebsleiter des VEB ABUS eine Ansprache, in der er der SPD und kirchlichen Kreisen dafür dankte, daß sie mit der Paulskirchen-Tagung den Kampf gegen die Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus aufgenommen hätten. Er begrüßte die SPD als neuen Bundesgenossen der SED.

In Kreisen der Arbeiterschaft herrscht starke Empörung über diese Vortäuschung einer Aktionsgemeinschaft zwischen SED und SPD. In diesem Zusammenhang wurde unter der Belegschaft von ABUS-Wildau die Paulskirchenkundgebung stark diskutiert und dabei erklärt, die Arbeiterschaft stehe zu den Forderungen, die in der Paulskirche vorgebracht worden seien, verlange aber neben den Bemühungen um neue Verhandlungen zwischen Ost und West die Weiterführung der Ratifizierung.

Unsere Freunde glauben, daß die Vortäuschung einer Übereinstimmung zwischen SED und SPD sich allmählich in weiten Kreisen der Bevölkerung gegen die SPD auswirken müsse und ein großer Teil der Bevölkerung auf die Propaganda der SED hereinfallen und tatsächlich an ein Enlennen der SPD auf die SED-Linie glauben würde."

Auszug aus einem Brief von bisherigen CDU-Anhängern

Die folgenden Ausführungen sind einem Brief entnommen, in dem eine Hochschullehrerin die Ansichten eines Personenkreises aus Sachsen-Anhalt wiedergibt, der lange Zeit die Politik der Adenauerkoalition billigte, jedoch in den letzten Monaten sich dem Standpunkt der SPD näherte und jetzt die Volksbewegung begrüßte. Im Brief heißt es u. a.:

"Allsonntäglich zu später Stunde hören wir im südwestdeutschen Rundfunk die Stimme eines Sprechers, der das Volk der Sowjetzone über die westliche Meinung zu Ereignissen in der sogenannten DDR informiert. Seine Ausführungen, denen man hierzulande mit großer Aufmerksamkeit lauscht, werden keineswegs kritiklos hingenommen und in einem Maße diskutiert, von dem er sich wahrscheinlich nichts träumen läßt. Vieles nämlich, was er bringt,

- 28 -

entspricht nicht den Tatsachen. Doch soll hier von jenem gönnerhaften Mitleid die Rede sein, darin sich der Westen überhaupt uns gegenüber zu gefallen pflegt. Man braucht nämlich mit uns kein Mitleid zu haben, weil wir auf Grund unserer Lage eine politische Wachheit besitzen, die uns im geistigen Bereich der gefahrenträchtigen Gegenwart in puncto Nüchternheit, Illusionslosigkeit, Entschlußkraft unseren westdeutschen Landsleuten überlegen gemacht hat.

Was erwarten wir von drüben? Pakete und Päckchen? Nein! Botschaften und Reden? Nein! Wir fordern mehr Aufgeschlossenheit, mehr innerste Bemühung, das Wesen der bolschewistischen Parteidoktrin zu begreifen. Eine Stunde politische Schulung etwa in politischer Ökonomie würde vielleicht dem oder jenem Bürger der "freien Welt" die Augen öffnen. Ihm würde vielleicht offenbar werden, worin die Ideologie des Kreml gipfelt: Es ist der Umsturz in breitester Front, die Auflösung jeder Tradition, die restlose Zerstörung privaten Schöpferwillens und des privaten Eigentums. Was wir erleiden und zu überstehen haben, ist Inquisition, in vorher nie dagewesener Form, grausige Vernichtung des Individuums, also des abendländischen Menschen. Seit Urzeiten verteidigt der abendländische Mensch seine Individualität. Sollte er sich in seiner Schicksalsstunde mit Scheinlösungen begnügen? Wir müssen wohl noch ein wenig deutlicher werden, um uns voll verständlich zu machen. Am heutigen Sonnabend hat in der altherwürdigen Frankfurter Paulskirche eine Kundgebung stattgefunden. Vor etwa einer Stunde kommentierte ein Regierungssprecher dieses Ereignis. Es erscheint uns durchaus möglich, daß in der Sowjetzone mehr Menschen febril gespannt an ihren Lautsprechern gesessen haben, als in der Bundesrepublik. Wir kennen die Gleichgültigkeit des Westens gegenüber dem deutschen Problem gegenüber aus eigener Anschauung. Diese Gleichgültigkeit wurde in der Paulskirche durchbrochen.

Wir haben immer noch vier Besatzungsmächte. Dürfen wir, zehn Jahre nach Beendigung des Krieges dulden, daß unser primitivstes Recht, das Recht auf Wiedervereinigung, von Prestigekämpfen abhängig gemacht wird? Wir zweifeln am ehrlichen Willen der

- 29 -

Bonner Regierungsparteien und es dünkte uns heute Nachmittag wie Sonnenaufgang nach langer Finsternis, als sieben deutsche Männer verschiedener Berufe und Überzeugungen in der Paulskirche endlich auszusprechen wagten, was uns hier auf unsoren fast verlorenen Posten als reale Politik anmutet.

Man möge in Bonn zur Kenntnis nehmen, was wir bekräftigend wiederholen möchten: Sollte die Wiederaufrüstung Ereignis werden, so ist die endgültige Teilung unseres Vaterlandes in zwei Hälften unausbleiblich. Und mehr noch: Die sowjetzonale Jugend wird mit härteren Methoden in die Kasernen getrieben werden, unsere Jugend, falls sie sich sträubt, wird unter Umständen jenseits des Urals schießen, marschieren, Drill erleiden müssen.

Nie war die Sowjetunion mit der Gesamtheit ihrer europäischen Satelliten wirtschaftlich schwächer, als in diesem Augenblick ihres Friedensangebotes. Dies zu erkennen aus tausend Anzeichen muß man freilich im Osten leben und arbeiten und vergeblich auf gerechte Entlohnung warten.

Wir wünschen nichts sehnlicher als freie Wahlen. Das ganze östliche Europa, wir erfuhren es aus Gesprächen mit tschechoslowakischen und polnischen Gästen, harrt mit uns auf gesamtdeutsche Wahlen. Sie würden ein Fanal sein für die unterdrückten Völker. Freie Wahlen, der Sicherheit wegen unter internationaler Kontrolle, würden das Ende der SED, das Ende der Diktatur, den aufstand womöglich in Polen, Ungarn, in der CSR bedeuten.

Gesetzt den Fall, es käme zu keinem Gespräch mit der Sowjetunion. Hat man sich schon einmal die Konsequenzen überlegt? Bei uns spricht man offen von Massenevakuierungen der Städte und Dörfer entlang der Zonengrenze, so daß also der Raum westwärts der Elbe waffenstarrendes Vorfeld würde. Dem westdeutschen Bürger täte das nicht weh - er genießt ja das Glück, auf der anderen Seite, im "Wunderland" zu leben. Auf solche Weise würde es dann zu einer "friedlichen Koexistenz" kommen - genau solange, wie es den Ostblock gefällt, der nicht daran denkt, die globale Bolschewisierung fallen zu lassen. Alles was die Mächtigen im Krenl tun, ist Taktik. Und der europäische Bürger, der die Wiederaufrüstung Westdeutschland bejaht, um den Krieg zu bannen, um sein bißchen Wohlstand zu sichern, arbeitet im Grunde für den Bolschewismus,

- 30 -

für den Krieg, der auf deutschen Boden kein Haus, kein Lebewesen, kein Kind und keinen Greis verschonen wird, denn die Flut im Osten ist kein menschliches Element. Die bolschewistischen Machthaber befinden sich absolut jenseits jeder Sittlichkeit.

Soll diese tödliche Gefahr gebannt werden, so brauchen wir die Einheit Deutschlands. Haben wir die Einheit Deutschlands, so brauchen wir Einsicht und Geschicklichkeit, sie zu bewahren. Gelingt es uns, die Einheit zu bewahren, werden wir im Bündnis mit der freien Welt den Widerstand der unterdrückten Völker stärken. Am Ende stünde dann das trojanische Pferd langsamer Unterhöhlung nicht in den Ländern des Westens, sondern in den Ländern des Ostblocks und die Diktatur der Gewalt zerbräche und zerbröckelte."

Einschätzung der Lage durch einen linientreuen Ministeriums-
angestellten

Ein Funktionär eines Industrieministeriums vortrat folgende Meinung:

"Sofort nach der Ratifizierung werden Maßnahmen ergriffen, um die Agententätigkeit von Westberlin aus gegen die DDR zu unterbinden. Westberlin wird weitgehend isoliert werden. Es werden für die DDR drastische militärische Schutzmaßnahmen getroffen. Ich nehme an, daß die Autostraße von Berlin nach dem Westen wahrscheinlich gesperrt und der Luftverkehr eingeschränkt wird. Die DDR wird voraussichtlich zur Rüstungsproduktion hauptsächlich durch Lieferung von Werkzeugmaschinen und wahrscheinlich von Massenbedarfsgütern an die Volksdemokratien beitragen, damit diese ihre Produktionskapazität vor allen auf den Sektor der Rüstung einsetzen können. In der DDR wird noch zu viel Sabotage gegen eine direkte Rüstungsproduktion getrieben."

Diese Stimmungsberichte und verschiedene Einschätzungen müssen auf jeden Fall im Zusammenhang mit der allgemeinen Erregung gesehen werden, die in der Sowjetzone in Berichtsmonat erneut über zunehmende Mängel in der Versorgung und über die kommunistische Aufrüstungspropaganda sowie über die Maßnahmen des "Sparsamkeitsregimes" zum Ausdruck kamen. Bei aller Differenziertheit der Meinungen über die

nächsten Schritte in der Frage der Wiedervereinigung wurde gegen die praktischen Massnahmen des Regimes unmittelbar einmütiger Widerstand geleistet.

3. Bericht über die Massenstimmung in den Dörfern der Sowjetzone
Aus Kreisen zentraler FDGB -Funktionäre wurde der folgende interne Bericht übermittelt, der sich auf geheimegehaltene Instrukteurberichte der IG Land-Forst des FDGB stützt:

"Die zum Zwecke der Vorbereitung der Gewerkschaftswahlen eingesetzten Sekretäre der MTS und der VEG sowie die Gebietssekretäre konnten sich in den Bezirken nicht durchsetzen. Bei den Gewerkschaftsgruppenversammlungen äusserte häufig die alte BGL wörtlich:

'Wir sind froh, wenn wir diesmal nicht mehr zu kandidieren brauchen, um bei der Wahl nur ja nicht wiedergewählt zu werden. Wir haben keine Lust mehr, irgendeine Funktion anzunehmen oder überhaupt noch auszuführen.'

Wenn einige Instrukteure der IG- Land und Forst die alleinstehenden Funktionäre auf dem Lande bei der Vorbereitung der Wahlen (Bearbeitung von Strukturplänen, Wahlversammlungsplänen und Programmen, Kandidatenvorschlägen usw.) unterstützen und nach 8 - 14 Tagen zurückkehrten, waren die Versammlungen zum grössten Teil nicht nach den vorgeschriebenen Richtlinien durchgeführt worden. Man hatte wohl Wahlversammlungen angesetzt, jedoch keinerlei Vorbereitungen (Kandidatenvorschläge) getroffen. Die Folge war, dass unvorbereitete Beschlüsse gefasst und Kandidaten vorgeschlagen und gewählt wurden, die der Gewerkschaft nicht passen. Die Beschlüsse blieben liegen und die neugewählten Funktionäre nahmen ihre Arbeit garnicht auf.

Kamen dann die Instrukteure wieder auf die Dörfer, machten diese alle gefassten Beschlüsse ungültig und fingen erneut mit der Arbeit an. Häufig wurden Gebietssekretäre wegen Nichtbeachtung der vorgeschriebenen Arbeitsrichtlinien zur Rechenschaft gezogen oder sogar abgesetzt. Die Instrukteure des ZV der IG-Land und Forst zogen die verantwortlichen Funktionäre in MTS, LPG und VEG zur Rechenschaft, teilten sie zur Arbeit ein und

leisteten die Vorbereitungs- und Durchführungsversammlungen der Gewerkschaftswahlen selbst mit aller Härte und Genauigkeit. Der verstärkte Einsatz der Instruktoren verstimmte immer mehr die Bevölkerung, und die Funktionäre äusserten sich sogar offen:

'Lasst man alles so gehen wie es will, die Instruktoren vom Zentralvorstand kommen ja doch raus zu uns, die können ja unsere Arbeiten machen und versuchen, sich bei den Arbeitern und Traktoristen in den Wahlversammlungen durchzusetzen. Sollen wir uns vielleicht noch die Köpfe einschlagen lassen?'

In den Versammlungen und Ausspracheabenden des Ortes kam dann die wirkliche Stimmung der Bevölkerung erst richtig zum Ausdruck. Zwischenfälle, wie Überfälle auf politische Funktionäre, Schlägereien, Beschimpfungen ('SED-Schweine', 'Rote Hetzer') usw. und dergl. waren in den Dörfern keine Seltenheit. (Berichte dieser Art wurden unter Verschluss gehalten. Orte können daher namentlich nicht bekannt werden).

In anderen Versammlungen wurde geäussert:

'Wie kann von uns Soll- und Normerfüllung verlangt werden, wenn es in den MTS-Stationen und 'EG's an Maschinen- Ersatzteilen jeglicher Art fehlt, wenn man seitens der Funktionäre Versprechungen macht, die nicht erfüllt werden, weil sie nie erfüllt werden können, da wir die Mittel in der DDR einfach nicht haben?'

'Wie kann man von uns Erfüllung des Solls verlangen, wenn die Futtergrundlage nicht gegeben ist. Wenn man uns verspricht, zu helfen und nur immer mit den diktatorischen Massnahmen und bürokratisch arbeitet, und die Futtermittel bekommen wir doch nicht. Das verkaufen wir doch lieber das Vieh und helfen uns eben selber.'

Andere bedeutsame Äußerungen in öffentlichen Versammlungen:

'Es wird Zeit, daß wir wieder Waffen in die Hände bekommen, damit wir endlich den verfluchten Iwan heraushauen können.!

'Eines können wir euch sagen, wenn wir hier eine neue Wehrmacht aufrichten, hauen wir gleich nach dem Westen ab. Wir fassen keine Waffen an, um auf unsere Brüder zu schießen.'

Außerdem wird auf dem Lande sehr auf die Warenbewirtschaftung und Warensteuerung geschimpft.

Die größten Schwierigkeiten treten durch die Massenfluchtbewe-

- 33 -

gung auf dem Lande auf, wenn plötzlich ganze Wirtschaften leerstehen.

Viele von der SED eingesetzte Funktionäre - Bürgermeister, Instrukteure usw. - die mit den Methoden des Regimes nicht einverstanden sind, ihr menschliches Gewissen nicht mehr belasten können und dadurch "gesetzeswidrige" Handlungen begehen, werden entweder strafversetzt, aus den Wohnungen aus- oder unquartiert, oder bis zur Verhaftung verfolgt. Auf Grund dieser Schwierigkeiten auf dem Lande steht gegenwärtig in den Städten die Parole 'Kader aufs Land' im Vordergrund, um Kräfte für das Land zu gewinnen."

4. Kampagnen gegen die SPD

Im Rahmen der Kampagnen gegen die Pariser Verträge beschäftigte sich die SED im Februar erneut in erster Linie mit der Haltung der SPD.

a) Fortsetzung der Vortäuschung einer Übereinstimmung

Vor allem versuchte das SED-Regime, alle sozialdemokratischen Erklärungen gegen die Pariser Verträge als Bestätigung der eigenen Argumente und der Berechtigung der eigenen Aktionen gegen die Pariser Verträge und die Adenauer-Regierung auszulegen und propagandistisch auszuwerten. Wieder erfolgte die seit Monaten übliche Berufung auf die Beschlüsse des Berliner SPD-Parteitages und des III. DGB-Kongresses gegen die Pariser Verträge und die Vortäuschung einer Übereinstimmung dieser Beschlüsse mit dem Standpunkt der SED.

Die Sowjetzonen-Presse registrierte alle Versammlungen und Erklärungen der SPD und des DGB gegen die Pariser Verträge, berichtete ziemlich ausführlich über die Kundgebung in der Paulskirche und über die Unterschriftensammlung für das Paulskirchen-Manifest in Dortmund, Aschaffenburg und Hof.

- 34 -

b) Erneuter offener Brief an den Parteivorsitzenden der SPD

Am 14. Februar richtete die SED-Bezirksleitung Berlin einen Brief an den Parteivorsitzenden der SPD mit der Aufforderung, er solle auf einer Kundgebung in der Ostberliner Sporthalle gegen die Pariser Verträge sprechen und zulassen, daß ein Vertreter des SED-ZK auf der Westberliner Kundgebung der SPD sprechen könne. Der Brief, der in der SED-Presse ohne weiteren Kommentar mit dem Hinweis veröffentlicht wurde, der Parteivorstand der SPD habe die Annahme verweigert, hatte folgenden Wortlaut:

"In wenigen Tagen will die Adenauer-Regierung durch den Bonner Bundestag die Ratifizierung der Pariser Verträge durchsetzen. Unter den Arbeitern und deren Organisationen in ganz Deutschland herrscht volle Einmütigkeit darüber, daß diese Verträge, deren Kernstück das Wiedererstehen des Militarismus und die lang andauernde Spaltung Deutschlands bedeuten, eine unmittelbare Bedrohung der friedlichen, demokratischen und sozialen Interessen der Arbeiter Westdeutschlands und Westberlins darstellen. Die große einheitliche Kampfbewegung der Arbeiter und aller friedliebenden Menschen gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge muß vor allem auch ihren Ausdruck in Berlin, der Hauptstadt Deutschlands, finden. Die Arbeiter und friedliebenden Menschen von Gesamtberlin wollen die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und der deutschen Hauptstadt. Sie wollen statt Ratifizierung der Pariser Verträge und Wiederaufrüstung Verhandlungen zwischen den vier Großmächten und zwischen den Deutschen über die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen. Um diesen einheitlichen Willen der Berliner Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen, unterbreiten wir Ihnen den Vorschlag, daß auf der Kundgebung Ihrer Partei in Westberlin ein führendes Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands das Wort erhält, und daß Sie, Genosse Ollenhauer, auf der am Sonntag, den 19. Februar 1955, um 13.30 Uhr im demokratischen Sektor von Berlin in der Deutschen Sporthalle stattfindenden Kundgebung gegen die Pariser Verträge in voller Freizügigkeit das Wort nehmen."

- 35 -

o) Beginnende Kritik an der Führung der Volksbewegung

Im Februar war eine Änderung der SED-Taktik gegenüber dem Parteivorstand der SPD festzustellen. Zwar wurde wie zuvor behauptet, es bestehe in wesentlichen volle Übereinstimmung in den Argumenten und im Ziel des Kampfes gegen die Pariser Verträge und für die Wiedervereinigung, gleichzeitig kritisierte die SED jedoch den Parteivorstand der SPD und den Bundesvorstand des DGB, weil deren Erklärungen keine Aufforderungen zu außerparlamentarischen Kampfaktionen enthielten.

Bezeichnend dafür, in welcher zurückhaltenden Form die Kritik erfolgt, ist die Grotewohlrede vom 19. Februar in Ostberlin in einer Kundgebung der Nationalen Front. Dort ging Grotewohl auf die am Vortage von Erich OLLENHAUER über den RIAS an die Sowjetzonenbevölkerung gerichtete Rede ein und sagte u. a.:

"Herr Ollenhauer hat gestern in seiner Rundfunkansprache, die er an die Bevölkerung der DDR richtete, Worte gefunden, denen auch wir zustimmen. Wir sind einer Meinung mit Herrn Ollenhauer, wenn er sagt, daß 'nach einer Ratifizierung der Pariser Militärverträge Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands nicht mehr auf der Tagesordnung stehen'. Der Grund dafür liegt in der Gefährlichkeit, Brutalität und Raubgier des deutschen Militarismus, der - wenn er einmal gerüstet ist, wenn er einmal losgelassen ist - seinem Expansionsdrang rücksichtslos freien Lauf läßt, das lehrt uns die Geschichte.

Herr Ollenhauer hat recht, wenn er sagt, daß die Ratifizierung 'nicht nur zu einer Eingliederung des westdeutschen Teilstaates in den Westblock führt, sondern daß sich dann Söhne desselben deutschen Volkes feindlich gegenüberstehen werden, und daß dann aus einer Zonengrenze eine Staatsgrenze geworden ist'.

Wir sind auch einer Meinung mit Herrn Ollenhauer, wenn er sagt: 'Es gibt nur einen Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands, den Weg der friedlichen Verständigung zwischen den vier Besatzungsmächten - unter Mitarbeit und Zustimmung des deutschen Volkes - über eine von allen Seiten annehmbare Lösung der deutschen Frage im Sinne der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit'. Das ist richtig.

- 36 -

Wenn Herr Ollenhauer aber sagt, daß dieser Weg nur 'unter der Mitarbeit und Zustimmung des deutschen Volkes' gegangen werden könne, dann muss auch für Herrn Ollenhauer die erste und entscheidende Schlußfolgerung sein, daß die Deutschen sich über diesen Weg verständigen, sich an einen Tisch setzen, beraten und sich einigen. Wir bitten Herrn Ollenhauer, sich dieser zwingenden Schlußfolgerung bewußt zu werden und unter Berücksichtigung seiner eigenen Worte an dieser Verständigung der Deutschen untereinander sofort mitzuarbeiten."

In Bericht über die Kundgebung in der Paulskirche machte das Zentralorgan der SED vom 1. Februar z. B. folgende Ausführungen:

"Die Ausführungen der westdeutschen Persönlichkeiten sind außerordentlich bedeutungsvoll und treffen im Wesen den wirklichen Kern der Dinge, um die es gegenwärtig in Deutschland geht. Ganz zwangsläufig wird sich nun aber für jeden Deutschen die Frage ergeben: Gut und schön - aber was soll man tun, um die von Adenauer für den 24. Februar festgesetzte Ratifizierung zu verhindern? Denn darum geht es doch schließlich.

Das verabschiedete Manifest ruft die Bevölkerung nicht zum aktiven Widerstand auf, obwohl nur durch den Widerstand verhindert werden könnte, was Prof. Weber als Zukunftsbild im Falle einer Ratifizierung zeichnete.

Georg Reuter betonte, daß zu einer Entscheidung allein 'das Volk in seiner Gesamtheit' befugt ist. Aber dazu gehören doch auch die Werktätigen der DDR.

Warum hat man dann den Vertretern des Ausschusses für Deutsche Einheit den Zutritt verwehrt, ja ihnen noch nicht einmal die Durchführung einer Pressekonferenz gestattet?

Wo blieb der freimütige Aufruf aus der Paulskirche zur Durchführung der Volksabstimmung in ganz Westdeutschland?

Bei aller Richtigkeit der Ausführungen in der Paulskirche muß also gesagt werden, daß die Bewegung, die sich dort konstituierte, nur zu einer Volksbewegung wird, wenn sie das ganze Volk und insbesondere die Arbeiterklasse zum aktiven Kampf gegen die Kriegsverträge mobilisiert, wenn sie nicht länger ein Zusammengehen mit den Vertretern der DDR ablehnt. Es ist doch offensichtlich,

- 37 -

daß die Werktätigen in Ost- und Westdeutschland in ihrer überwältigenden Mehrheit einer Meinung über die Pariser Verträge sind."

Im Bericht des SED-Zentralorgans vom 19. 2. über die Rede Ollenhauers in der Festhalle am Funkturm in Westberlin wurde ausgeführt:

"Der SPD-Vorsitzende rief die Anwesenden auf, die Ablehnung gegen die Pariser Verträge 'nicht im Saale verhallen' zu lassen, sondern 'sie draußen weiter zu verbreiten'. In Widerspruch dazu behauptete er jedoch, daß die letzte Entscheidung im Bundestag läge. Auf große Verwunderung vieler Versammlungsteilnehmer stieß auch das Argument, daß die SPD-Führung lediglich an die übrigen Abgeordneten im Bundestag appellieren wolle, nein zu sagen. Viele sozialdemokratische Genossen vermißten einen direkten Appell an die Arbeiterklasse zur außerparlamentarischen Aktion. Unverständlich blieb auch vielen SPD-Genossen die Erklärung Ollenhauers, daß die SED zwar aktiv gegen die Ratifizierung kämpfe, es aber dennoch 'keine irgendwie geartete politische Gemeinschaft' gäbe."

In der gleichen Ausgabe des SED-Zentralorgans wurde Ollenhauer und der Bundesvorstand in folgender Weise kritisiert:

"Nun erklärt Ollenhauer in einem Interview mit der westdeutschen Zeitung "Die Welt", 'daß das Parlament das Recht und die Aufgabe der letzten politischen Entscheidung hat'.

Was heißt das, Genosse Ollenhauer? fragen die sozialdemokratischen Arbeiter. Soll das heißen, daß die Entscheidung der Parlamentsmehrheit der Adenauer-Koalition in Bonn überlassen wird? Soll das heißen, daß sich die SPD einer solchen Entscheidung kampflos beugen will?

In der gestern bekanntgewordenen Entschließung des Bundesvorstandes des DGB vermissen die westdeutschen Gewerkschafter ebenfalls eine Aktionslösung."

- 38 -

In der theoretischen Zeitschrift "Einheit" des SED-ZK vom Februar wurde über die Volksbewegung in Westdeutschland u. a. geschrieben:

"Doch so sehr die mit großer Leidenschaft und aner kennenswerten persönlichen Bekennermut vorgetragenen Reden anlässlich der Gründung einer westdeutschen Volksbewegung für die Wiedervereinigung in der historischen Frankfurter Paulskirche zu begrüßen sind, ist es doch notwendig, darauf hinzuweisen, daß ohne die Tat, ohne die Mobilisierung der Volksmassen und vor allem der Arbeiterklasse, kein endgültiger Erfolg im Kampf gegen die imperialistischen und militaristischen Kräfte erzielt werden kann.

Deshalb ist es erforderlich, daß auch jene Politiker der SPD und des DGB, die sich gegen die Pariser Vereinbarungen und für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands erklärten, die sozialdemokratischen Arbeiter und die Gewerkschafter zu außerparlamentarischen Aktionen und zum gemeinsamen Handeln mit den kommunistischen Klassenbrüdern aufruft.

Die zwiespältige Politik der SPD-Führung kommt auch darin zum Ausdruck, daß sie trotz ihrer Erklärungen von der tödlichen Gefahr der Verträge und dem Vorrang der Wiedervereinigung Deutschlands die Zusammenarbeit mit der KPD sowie den Arbeiterorganisationen der DDR ablehnt."

In dieser Weise wurde auch in weiteren Artikeln sowie in Reden begonnen, die Behauptung einer angeblichen Übereinstimmung in der Beurteilung der Pariser Verträge und der Adenauerpolitik eine Kritik an der sozialdemokratischen Haltung zu verhindern.

d) Hetze gegen die sogenannte amerikanische Fraktion

Im Februar wurde von der SED die Hetze gegen die sogenannte amerikanische Fraktion in der SPD und dem DGB, insbesondere gegen einige Genossen aus der Berliner Parteiorganisation, fortgesetzt.

Über den "Vorwärts" schrieb das SED-Zentralorgan vom 13. 2. u. a.:

"Bisher erschienen in "Neuen Vorwärts" des öfteren Beiträge, besonders Leitartikel, in denen die Kriegspolitik Adenauers mehr oder weniger entschieden verurteilt wurde. In der letzten Zeit hatte dies des öfteren Interventionen der amerikahörigen Gruppe

- 39 -

in der Führung der SPD hervorgerufen.

Die Absetzung des bisherigen Chefredakteurs des "Vorwärts" und auch sonst noch verschiedene Änderungen in der Redaktion kann diese Gruppe ebenfalls als Erfolg verbuchen. Nichts könnte die vollzogenen Veränderungen besser charakterisieren als die Tatsache, daß die neue Redaktion als erstes einen Leitartikel von Wenzel Jaksch veröffentlichte.

Seit Februar 1949 ist Jaksch wieder in Deutschland. Sein Haß gegen das tschechoslowakische Volk und gegen die Sowjetunion kennt keine Grenzen.

Wie gesagt, ist es nicht zufällig, daß gerade gegenwärtig solche und ähnliche Artikel im Wochenblatt der SPD erscheinen. Hier sind Kräfte am Werke, die entgegen den Willen der großen Mehrheit der sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre alle Hebel in Bewegung setzen, um den Massenkampf des deutschen Volkes gegen die Pariser Verträge zu torpedieren."

Bei der allgemeinen Haßstimmung der Sowjetzonenbevölkerung gegen die SED sind solche Erklärungen in der SED-Presse dem Ansehen der betroffenen Funktionäre keineswegs abträglich, sondern wirken bei der Bevölkerung vielmehr in entgegengesetzter Richtung.

5. Propaganda mit der Molotow-Rede vom 8. Februar

Am 9. und 10. Februar veröffentlichte die SED-Presse den vollen Wortlaut der Rede Molotows vom 8. 2. vor dem Obersten Sowjet in Moskau. Sie umfaßte drei Zeitungsseiten im Großformat. Wie im Abschnitt 1) bereits erwähnt, ordnete das SED-ZK an, die Molotow-Rede im Rahmen des Parteischuljahres vor der gesamten Parteimitgliedschaft am 17. 2. in einem zweistündigen Seminar zu behandeln und gab dafür eine besondere Anleitung an die Seminarleiter heraus. Weiter wurde die Molotow-Rede in vielen Artikeln und Reden sowie in Kurzversammlungen der Betriebsabteilungen und in Versammlungen der Hausgemeinschaften behandelt und agitatorisch ausgewertet.

Am 11. Februar veröffentlichte die SED-Presse außerdem ein Interview, das GROTEWOHL dem ADN über die Molotow-Rede gewährte. Darin hob

- 40 -

GROTEWOHL vor allem folgende Formulierung Molotows hervor:

"Die Ratifizierung wird die Wiedervereinigung Deutschlands darum auf lange Zeit unmöglich machen, weil die Vereinigung eines remilitarisierten und kriegerischen westdeutschen Staates mit der friedliebenden DDR undenkbar und nicht möglich ist."

Weiter betonte Grotewohl besonders die angekündigten militärischen Maßnahmen im Falle einer Ratifizierung.

Die Rede MOLOTOWs dient der SED gegenwärtig als wichtigstes Dokument für die Schulung über die Weltsituation und als Anleitung für die Propagierung ihrer "gesamtdeutschen" Politik.

Nachstehend sind die für die Beurteilung der sowjetischen Außenpolitik, insbesondere der sowjetischen Deutschlandpolitik, wichtigsten Passagen aus der Rede Molotows wiedergegeben:

Die Stärke des sowjetischen Lagers

"Es ist ganz natürlich, daß sich im Zusammenhang mit den eingetretenen Wandlungen in der Weltlage das Kräfteverhältnis zwischen den Gesellschaftsordnungen besonders im letzten Jahrzehnt eindeutig zugunsten des Sozialismus geändert hat.

Und wenn man die konkreten Tatsachen untersucht, so erweist es sich, daß sich von der gesamten etwa 600 Millionen zählenden Bevölkerung Europas rund die Hälfte, etwas weniger als 300 Millionen, bereits fest dem Lager des Sozialismus und der Demokratie angeschlossen hat.

"Eine neue Situation ist auch in Asien entstanden. Die Bevölkerung Asiens erreicht ungefähr 1 400 000 000 Einwohner, das sind mehr als die Hälfte der Bevölkerung der ganzen Erde. Heute lebt auch in Asien etwas weniger als die Hälfte der Bevölkerung in den Ländern der Volksdemokratie, welche das Lager des Kapitalismus verlassen und sich den Aufbau des Sozialismus zum Ziel gesetzt haben."

- 41 -

DDR Bestandteil des "sozialistischen Lagers"

"Neben dem kapitalistischen Lager entstand das Lager des Sozialismus und der Demokratie, das die folgenden 12 Staaten vereinigt: Die UdSSR, die Volksrepublik China, die Volksrepublik Polen, die Tschechoslowakische Republik, die Ungarische Volksrepublik, die DDR, die Rumänische Volksrepublik, die Volksrepublik Bulgarien, die Volksrepublik Albanien, die Koreanische Volksdemokratische Republik, die Mongolische Volksrepublik und die Demokratische Republik Vietnam.

Kann man denn an den gewaltigen Veränderungen vorbeigehen, die hier im Ergebnis des letzten Weltkrieges eingetreten sind? Und ist es etwa jenen, die in der Lage sind, objektiv und unvoreingenommen zu überlegen, nicht klar, daß zusammen mit der Sowjetunion auch eine Reihe anderer Staaten entschieden den kapitalistischen Weg verlassen und den Weg des sozialistischen Aufstieges und der Wiederaufrichtung beschritten haben, und daß keines dieser Länder wieder zum Kapitalismus zurückkehren will?"

Juniaufstand war "ein Versuch, die DDR in das imperialistische Lager zu ziehen"

"Die herrschenden Klassen in den Ländern des Imperialismus wollen sich aber mit der entstandenen Lage nicht abfinden. Sie möchten alle Länder, die sich von den Fesseln des Kapitalismus befreit haben, wieder unter die Macht des Kapitals zwingen. Dabei möchten sie in jenen Ländern beginnen, wo, wie sie glauben, ihre Agentur sich schneller aktivieren kann. Ein solcher Versuch wurde bekanntlich zum Beispiel am 17. Juni 1953 in Berlin unternommen. Es ist aber allgemein bekannt, daß er ein schmachliches Ende erlitt.

All das bedeutet, daß das Neue in erbittertem Kampf mit dem Alten zur Welt kommt, daß der Sozialismus in den einen oder anderen Land nicht anders siegen kann als durch Zurückschlagung und Überwindung des Widerstandes des Imperialismus und dessen Agentur."

- 42 -

Sicherung des Friedens und Minderung der Spannungen

"Sowohl die Sowjetunion als auch die anderen Länder des sozialistischen Lagers verteidigen unbeirrbar und sicher jede von den Völkern erkämpfte Position und sind bestrebt, diese Positionen immer mehr zu festigen und ruhige, friedliche Bedingungen für ihren sozialistischen Aufbau zu sichern.

Die Sowjetunion sieht ihre Hauptaufgabe darin, die Kräfte des Friedens zu stärken und zur Minderung der Spannung in den internationalen Beziehungen beizutragen. Die Ergebnisse der Genfer Konferenz wurden als eine Niederlage der aggressiven Kräfte und zugleich als ein wesentlicher Sieg der friedliebenden Kräfte gewertet. Dadurch trug die Genfer Konferenz zur Minderung der internationalen Spannung und zur Festigung des Friedens bei.

Die Vereinigten Staaten müssen alle ihre Streitkräfte einschließlich der Luftwaffe und der Kriegsmarine von Taiwan und aus der Taiwan-Straße abziehen. Dann werden im Fernen Osten die Kriegshandlungen eingestellt und der Frieden hergestellt sein. "

Grundlage und Ziel der sowjetischen Deutschlandpolitik

"Wenn alle Staaten der Antihitlerkoalition während des Krieges und gleich nach Kriegsende darin übereinstimmen, daß es ihre gemeinsame Hauptaufgabe ist, die Entwicklung Deutschlands als einheitlicher, friedliebender und demokratischer Staat zu gewährleisten, so zeigte sich schon in den ersten Jahren nach Kriegsende, daß nicht alle diese Staaten wirklich diese Ziele anstreben. Für die einen Staaten, zu denen die UdSSR gehört, war und bleibt dies die Grundlage ihrer Politik in der Deutschlandfrage.

Die Sowjetunion war und ist für die Erfüllung der Hauptaufgabe der in Jalta und Potsdam unterzeichneten internationalen Abkommen. Es geht nicht um diese oder jene Paragraphen dieser Abkommen - so manche von ihnen werden von niemanden mehr benötigt, da sie durch die Ereignisse längst überholt sind. Das Hauptproblem ist aber, wie es in diesen wichtigsten internationalen Abkommen ge-

- 43 -

stellt war - das Problem der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als wirklich friedliebender demokratischer Staat - darf nicht von der Tagesordnung abgesetzt werden, wenn uns die Interessen des Friedens und der Freiheit der Völker Europas am Herzen liegen. Die Deutsche Frage bleibt auf der Tagesordnung bis zur Lösung. Dieses Problem wird solange auf der Tagesordnung bleiben, bis es entsprechend den Interessen der Festigung des Friedens in Europa und zugleich auch unter gebührender Berücksichtigung der Interessen der nationalen Wiedergeburt des einheitlichen demokratischen Deutschlands gelöst wird."

Die Rolle der DDR

"Die wachsenden friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes finden ihre zuverlässige Stütze in der DDR, die unbeirrbar die Sache der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands vertritt."

Nach Ratifizierung "keine Vereinigung mit der DDR"

"Die Pariser Abkommen werden im Falle ihrer Ratifizierung das Haupthindernis für die Lösung des deutschen Problems sein. Auf lange Zeit hinaus werden sie die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands unmöglich machen. Nachdem Westdeutschland remilitarisiert und in einen militaristischen Staat verwandelt sein wird, wird die Vereinigung dieses Teiles Deutschlands mit dem östlichen Teil Deutschlands, der friedliebenden DDR, unmöglich werden."

Bei Ablehnung der Pariser Verträge "freie Wahlen"

"Alle Behauptungen, daß die Ratifizierung der Pariser Verträge fruchtbaren Verhandlungen über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands nicht im Wege stehen würde, haben nur das Ziel: Die Pariser Verträge durch die Parlamente zu bringen und dabei alle Mittel der Irreführung und Täuschung der Öffentlichkeit auszunutzen."

- 44 -

Dagegen würde die Ablehnung der Pariser Verträge und ein entsprechendes Übereinkommen zwischen den vier Mächten - Frankreich, Großbritannien, USA und UdSSR - es ermöglichen, daß schon in diesem Jahr gesamtdeutsche freie Wahlen durchgeführt werden, deren Ziel die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage ist. Darin liegt der Sinn der am 15. Januar abgegebenen Erklärung der Sowjetregierung zur Deutschlandfrage."

Nach Ratifizierung militärische Gegenmaßnahmen

"Sofern das remilitarisierte Westdeutschland laut den Pariser Verträgen sowohl in den Nordatlantikblock als auch in die westeuropäische Militärunion gemeinsam mit Frankreich, Großbritannien, Italien und einigen anderen Staaten eintreten wird, wird in Europa eine neue Lage entstehen, da die Gefahr eines neuen Krieges sich dann um vieles verstärken wird.

Die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie, gegen welche die Pariser Verträge gerichtet sind, können nicht umhin, dem Rechnung zu tragen.

Acht Staaten, die an der Moskauer Konferenz teilnahmen, haben ausdrücklich erklärt, daß sie im Falle der Ratifizierung der Pariser Verträge alle notwendigen Maßnahmen zur Festigung ihrer internationalen Positionen und zur Gewährleistung des Friedens und der europäischen Sicherheit durchführen werden. Das wird von uns neue große Anstrengungen und materielle Opfer erfordern. Doch seien Sie ohne Sorge, meine Herren Militaristen, wir werden davor nicht zurückschrecken.

Zu diesen Maßnahmen gehört vor allem die Vorbereitung zum Abschluß eines Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen den acht Teilnehmerländern der Moskauer Konferenz.

Zu den Maßnahmen, die wir im Falle der Bildung westeuropäischer militärischer Gruppierungen unter Beteiligung des remilitarisierten Westdeutschlands werden durchführen müssen, gehört auch die Schaffung eines vereinigten militärischen Kommandos der genannten acht Länder."

- 45 -

UdSSR den USA mit Atomwaffen angeblich überlegen

"Es ist soweit gekommen, daß Sowjetmenschen bei der Herstellung der Wasserstoffwaffe solche Erfolge erzielt haben, daß nicht die Sowjetunion, sondern die USA sich als rückständig erwiesen. Es ist schon höchste Zeit, zu begreifen, daß im Kräfteverhältnis zwischen der UdSSR und den USA die Lage bereits restlos klar ist. Vergleicht man die Sowjetunion mit all ihren Menschenkräften, mit ihren kolossalen materiellen Ressourcen, mit all ihren äußeren Verbündeten und zieht hierbei die moralische und politische Unterstützung in Betracht, die die Volksmassen der anderen Länder der Friedenspolitik erweisen, vergleicht man folglich die Sowjetunion, wie sie bereits heute dasteht, mit den Vereinigten Staaten von Amerika, auch wenn man dieses Land mit allen oben aufgeführten Merkmalen nimmt, so wird klar, daß die Sowjetunion nicht schwächer als die Vereinigten Staaten von Amerika ist."

Für Verbot der Atomwaffen

"Unsere Gegner sind mit dem Wettrüsten beschäftigt. Sie klammern sich daran in der Hoffnung, ihr politisches Lager zu festigen, aber in Wirklichkeit führt dies zu einer unausbleiblichen Schwächung und Untergrabung ihrer wirtschaftlichen und politischen Positionen.

Die Sowjetunion stellt dem Wettrüsten ihre Friedenspolitik und ihre Vorschläge gegenüber, sämtliche Rüstungen wesentlich einzuschränken und die Atomwaffe vorbehaltlos zu verbieten, wobei eine wirksame internationale Kontrolle sowohl über die Rüstungseinschränkung als auch über das Verbot der Atom- und jeglicher anderen Massenvernichtungswaffen zu errichten ist."

Für kollektive Sicherheit

"Der sowjetische Vertragsentwurf über kollektive Sicherheit, für alle europäischen Staaten, unabhängig von ihrer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung, ist sehr wohl bekannt. Die Sowjet-

- 46 -

Regierung hat sich bereit erklärt, auch andere Vorschläge über kollektive Sicherheit in Europa zu erörtern. Zu diesem Zweck schlug sie vor, eine gesamteuropäische Konferenz einzuberufen und dort sowohl den sowjetischen Entwurf als auch andere eventuelle Vorschläge zur Gewährleistung des Friedens und der europäischen Sicherheit zu prüfen."

Ausnutzung der "Gegensätze in imperialistischen Lager"

"Die sowjetische Außenpolitik kann nicht umhin, dem Vorhandensein beträchtlicher Gegensätze sowohl zwischen einzelnen kapitalistischen Ländern als auch innerhalb dieser Länder und sogar innerhalb einzelner Parteien der kapitalistischen Klassen und Gruppen Rechnung zu tragen. Unsere Aufgabe ist es, diese Gegensätze im Interesse der Erhaltung und Festigung des Friedens, im Interesse der Schwächung der aggressiven antidemokratischen Kräfte auszunutzen."

Für eine Periode der "Koexistenz"

"Die Außenpolitik der Sowjetunion beruht auf den Leninschen Prinzipien des Nebeneinanderbestehens verschiedener gesellschaftlicher Systeme. Wir vertreten diese Prinzipien, da in den Verhältnissen der Koexistenz die volle Möglichkeit besteht, im Laufe einer ganzen geschichtlichen Periode den Frieden und die Freiheit der Völker sowie friedliche Beziehungen zwischen den Ländern und weitere Erfolge des Fortschritts der Menschheit zu gewährleisten.

Wir treten für die Leninschen Prinzipien der Koexistenz ein, und wir stehen für diese Prinzipien ein, weil wir uns der Kräfte des Sozialismus gewiß und davon überzeugt sind, daß wir den richtigen Weg zum Kommunismus gewählt haben."

Von der Sowjetzonenbevölkerung wurde diese Rede MOLOTOWs wie alle sowjetischen Erklärungen mit grundsätzlichen Mißtrauen aufgenommen.

6. Propaganda mit weiteren sowjetischen Erklärungen

Neben und in Zusammenhang mit der Molotow-Rede entfaltete das SED-Regime im Februar eine Kampagne mit weiteren Erklärungen von Mitgliedern der Sowjetregierung sowie des Obersten Sowjets.

a) Interview mit USA-Journalisten

Am 1. Februar veröffentlichte die Sowjetzonenpresse den Bericht der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS über eine Unterredung zwischen MOLOTOV und den USA-Journalisten HEARST und SMITH über die Lage im Fernen Osten in vollem Wortlaut.

Am 15. Februar folgte die Veröffentlichung des TASS-Berichtes über eine Unterredung zwischen Marschall SHUKOW und den USA-Journalisten HEARST, SMITH und CONNIFF vom 7. Februar über die Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR.

Am 16. Februar veröffentlichte die Sowjetzonenpresse den Inhalt einer Unterredung des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, BULGANIN, mit den gleichen USA-Journalisten über das Verhältnis zwischen den USA und der UdSSR und insbesondere über die Frage der Atomwaffen.

Am 11. Februar wurde in der Sowjetzone der Wortlaut einer Unterredung zwischen dem 1. Sekretär des ZK der KPdSU, CHRUSTSCHEW, mit den USA-Journalisten HEARST, SMITH und CONNIFF vom 5. Februar über Fragen der Wirtschafts- und Außenpolitik der UdSSR veröffentlicht. Dies war dem Inhalt und dem Umfang nach das bedeutendste der insgesamt vier Interviews. Im Mittelpunkt stand die Frage der Koexistenz. Über die Antwort CHRUSCHTSCHEWs auf die Fragen der Journalisten hieß es im TASS-Bericht u. a.:

"Wir alle, bemerkte N. S. Chruschtschew, leben auf demselben Erdball und können von ihm nirgends hin. Sie sind gegen den Kommunismus und den Sozialismus, und wir sind gegen den Kapitalismus. Wir errichten und entwickeln unsere Wirtschaft nach den Prinzipien des Sozialismus. Sie wollen, daß die Wirtschaft auf kapitalistischen Prinzipien aufgebaut werde. Dazu sagten und sagen wir: Bauen Sie nur nach Herzenslust, aber stören Sie uns nicht. Die Lage hat sich so gestaltet, daß in der Welt gleichzeitig zwei Systeme existieren. Sie schreiben dies möglicherweise der Fügung

- 48 -

Gottes zu. Wir sind der Meinung, daß dies ein Ergebnis der historischen Entwicklung ist. Sie glauben, daß der Kapitalismus unerschütterlich sei und der kapitalistischen Ordnung die Zukunft gehöre. Wir unsererseits sind der Ansicht, daß der Kommunismus unbesiegbar ist und die Zukunft der kommunistischen Ordnung gehört. Das sind zwei gegensätzliche Standpunkte.

Wo wäre der Ausweg aus dieser Lage? Einige übereifrige Hitzköpfe sehen den Ausweg in einem Krieg. Das aber ist ein törichter Ausweg. Dem Vermächtnis des großen Lenin folgend, sind wir für eine dauerhafte und friedliche Koexistenz der beiden Systeme, das heißt, wir waren und sind der Meinung, daß diese beiden Systeme friedlich nebeneinander leben können und sich nicht zu bekriegen brauchen.

Fragt man, wie lange diese Koexistenz dauern kann, so muss man sagen, dass dies von den historischen Bedingungen, von der historischen Entwicklung abhängen wird.

Die Sowjetmenschen glauben, dass der Kommunismus siegen wird. Wann es geschehen wird, sei unbekannt. Spreche man von der zukünftigen Entwicklung der USA, so wird das von amerikanischen Volk selbst abhängen, und niemand kann für das amerikanische Volk diese Frage entscheiden. Der Zar Nikolaus II. war sicher zehn Jahre vor der Oktoberrevolution noch der Ansicht, sein Thron sei unerschütterlich, und er werde sich ewig halten. Indes war zehn Jahre später von ihm keine Spur übriggeblieben, wobei nicht die amerikanischen, sondern gerade die russischen Arbeiter und Bauern die russische Zarenherrschaft gestürzt haben. Wer könne wissen, wie sich die Ereignisse in anderen Ländern, z.B. in den USA, entwickeln werden. In Amerika gebe es eine starke Arbeiterklasse, und über kurz oder lang werde sie ihre Stimme erheben. Die Entscheidung der Frage, welche Ordnung in den USA siegen wird, kommt jedoch dem amerikanischen Volk und nur dem amerikanischen Volk zu."

b) Austausch von Parlaments-Delegationen

In der Sowjetzonenpresse wurde auch die Deklaration des Obersten Sowjets vom 9.2. über eine Zusammenarbeit der Parlamente zur Erhaltung und Sicherung des Friedens veröffentlicht, in der es u.a. hiess:

"Der Oberste Sowjet ist der Ansicht, dass die Aufnahme direkter Verbindungen zwischen den Parlamenten, der Austausch von Parlamentsdelegationen und Diskussionsbeiträgen von Parlamentsdelegationen eines Landes in Parlament eines anderen Landes dem Streben der Völker nach Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und nach Zusammenarbeit entsprechen wird."

Dazu wurde eine Erklärung des Präsidiums der Sowjetzonenvolkskammer vom 10.2. veröffentlicht, in der die Deklaration begrüsst, auf die Entsendung einer Volkskammerdelegation am 19. September 1952 nach Bonn hingewiesen und u.a. weiter ausgeführt wurde:

"Das Präsidium der Volkskammer wird bemüht sein, Verbindungen mit Parlamenten anderer Länder herzustellen. Bereits auf der Konferenz von Vertretern der Parlamente der Volksrepublik Polen, der Tschechoslowakischen Republik und der DDR, die Ende 1954 in Prag stattfand, wurden direkte Verbindungen zwischen den Parlamenten dieser drei Staaten aufgenommen. Das Präsidium der Volkskammer gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die Vorschläge des Obersten Sowjets, die in hohem Masse geeignet sind, die Friedensbemühungen der Völker zu unterstützen, auch in westeuropäischen Parlamenten mit Zustimmung aufgenommen werden."

c) Erklärung der Sowjetregierung über Weltabrüstungskonferenz

Am 20.2. veröffentlichte die Sowjetzonenpresse die Erklärung der Sowjetregierung vom 18.2. zur Tagung des UN-Unterausschusses für Abrüstungsfragen in London, diese Erklärung enthielt folgende Vorschläge:

"In Übereinstimmung damit und in Ergänzung der Vorschläge, die auf der 9. Tagung der UN-Vollversammlung eingebracht worden sind, hält es die Sowjetregierung für notwendig, den Vorschlag einzubringen, dass die Staaten folgende Verpflichtungen übernehmen:

1. Alle bei den Staaten vorhandenen Vorräte an Atom- und Wasserstoffwaffen zu vernichten und Atommaterialien ausschliesslich für friedliche Zwecke zu verwenden.
2. Die zahlenmässige Stärke ihrer Streitkräfte und ihrer Rüstungen nicht über den Stand vom 1.1.1955 zu erhöhen und auch ihre Ausgaben für militärische Zwecke gegenüber den im Haushalt 1955

dafür bereitgestellten Mitteln nicht zu vergrössern. Dabei spricht sich die Sowjetregierung dafür aus, dass eine entsprechende internationale Kontrolle über die Einhaltung der obenerwähnten Beschlüsse gestellt wird.

Die Sowjetregierung hält es für notwendig, dass die Organisation der Vereinten Nationen noch im Jahre 1955 eine Weltkonferenz für eine allgemeine Einschränkung der Rüstungen und für das Verbot der Atomwaffen einberuft.

d) Ausführliche Berichte über die Tagung des Obersten Sowjet

Über die Tagung des Obersten Sowjet wurde in der gesamten Sowjetzonenpresse ausführlich berichtet. Im vollen Wortlaut wiedergegeben wurde die offizielle Erklärung über den Rücktritt MALENKOWs, die Berufung BULGANINs, die Reden BULGANINs, MOLOTOWs und CHRUSTSCHEWs sowie weitere Deklarationen und Verlautbarungen. Die Reden von CHRUSTSCHEW und BULGANIN wurden ebenfalls wie die MOLOTOW-Rede in vollem Wortlaut wiedergegeben und die gesamte Berichterstattung über den Obersten Sowjet nahm in der Presse des Regimes im Februar einen bedeutenden Raum ein.

Die Parteileitungen wurden verpflichtet, die Reden durchzuarbeiten und in den verschiedenen Veranstaltungen auszuwerten.

Besonders hervorgehoben wurde die Zustimmung des Obersten Sowjet zum Erlass der Sowjetregierung vom 25.1. über die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland.

e) Erklärung der "Istwestija" zur deutschen Frage

Zur weiteren Erläuterung der Sowjet-Erklärung vom 15.1. wurde in der Sowjetzone ein Leitartikel der "Istwestija" vom 1.2. wiedergegeben, in dem auf verschiedene Zweifel von Adenauer-Politikern Bezug genommen und dazu u.a. ausgeführt wurde:

Keine Verhandlung nach Ratifizierung

"Falls die Pariser Abkommen durchgeführt werden, so wird Westdeutschland zu einem militärischen Staat gemacht, und damit wird die Vereinigung des westlichen Teiles Deutschlands mit dem östlichen Teil unmöglich. Nach der Ratifizierung der Pariser Abkommen wären Viernächteverhandlungen über diese Frage infolgedessen sowohl unmöglich als auch sinnlos."

- 51 *

Wahlen unter internationaler Kontrolle

Es sei festgestellt, dass die Sowjetregierung wie bisher auch jetzt eine internationale Aufsicht über die Durchführung der gesamtdeutschen Wahlen nicht für notwendig hält, weil sie der Ansicht sind, dass gesamtdeutsche Wahlen eine innere Angelegenheit des deutschen Volkes selbst sind, das ausreichend parlamentarische Traditionen hat, um diese Aufgabe ohne jede fremde Hilfe selbst zu bewältigen. Die Sowjetregierung hat sich jedoch mit der Errichtung einer internationalen Kontrolle einverstanden erklärt, um den beharrlich vorgetragenen Wünschen der drei anderen Mächte entgegenzukommen, und weil sie berücksichtigt, dass diese Wünsche auch von der Regierung der Deutschen Bundesrepublik unterstützt wurden."

Wahlgesetz für gesamtdeutsche Wahlen

"Wie aus den Mitteilungen der Presse bekannt ist, behauptete Adenauer in seiner Rundfunkansprache, die Sowjetunion 'will nicht freie Wahlen', in Deutschland, weil die UdSSR vorschläge, bei gesamtdeutschen Wahlen im ganzen Gebiet Deutschlands solle ein Wahlgesetz gelten, das 'entscheidend' dem Wahlgesetz der DDR entspreche.

In Wirklichkeit wird in der Erklärung der Sowjetregierung folgendes ausgeführt:

'Bei diesen (gesamtdeutschen) Wahlen müssen die demokratischen Rechte der deutschen Bürger gewährleistet sein. Das unter Berücksichtigung der Wahlgesetze der DDR und der Deutschen Bundesrepublik ausgearbeitete Wahlgesetz für diese Wahlen muss allen Wählern die Freiheit der Willensäußerung und jeder demokratischen Partei und Organisation die Freiheit der Wahlagitation in ganz Deutschland wie auch die Freiheit der Aufstellung von Kandidaten und Wahllisten garantieren.'

Bedingungen für Wiedervereinigung

"Zum Schluss sei noch hervorgehoben, wie unmotiviert die in gewissen politischen Kreisen des Bonner Staates verbreiteten Behauptungen sind, die Sowjetunion stelle irgendwelche Bedingungen für die Vereinigung Deutschlands. Die Sowjetunion

stellt bekanntlich keine darartigen Bedingungen, mit Ausnahme einer einzigen: Das vereinigte Deutschland soll ein friedliebender und demokratischer Staat sein und keinen militärischen Blocks beitreten, die gegen die Sowjetunion oder irgendeinen anderen Staat des Westens oder des Ostens gerichtet sind."

Weiter erfolgte der Abdruck eines "Prawda"-Artikels, in der Sowjetzone am 6. Februar, der gleiche Formulierungen enthielt.

7. Warschauer und Prager Erklärung über Beendigung des Kriegszustandes

Am 2.2. veröffentlichte die Sowjetzonenpresse eine Erklärung der kommunistischen Regierung in Warschau über die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland. Darin hiess es u.a.:

"Die Beziehungen zwischen unserem Land und der DDR, die auf der bestehenden und festgelegten Grenze an der Oder und an der Lausitzer Neisse basieren, sind ein greifbarer Beweis dafür, dass die freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland im Interesse beider Völker liegt.

Die Volksrepublik Polen hat den Wunsch, zu einer friedlichen Stabilisierung der Beziehungen mit Deutschland beizutragen. Von diesem Wunsch geleitet, hat sich die Regierung der Volksrepublik Polen an den Staatsrat der Volksrepublik Polen mit dem Vorschlag gewandt, einen Beschluss über die Beendigung des Kriegszustandes zwischen Polen und Deutschland zu fassen. Auf diese Weise werden die Freundschaftsbände der DDR noch weiter gefestigt. Polen, das den Grundsatz der friedlichen Zusammenarbeit zwischen den Völkern vertritt, hält es ausserdem für möglich, seine Beziehungen zur Deutschen Bundesrepublik zu normalisieren."

Am 4.2. folgte die Mitteilung, dass auch die kommunistische Regierung in Prag den Kriegszustand mit Deutschland als beendet betrachtet.

8) Europäische Konferenz gegen Wiederaufrüstung Westdeutschlands

Am 6. und 7. 2. fand in Warschau eine sogenannte europäische Konferenz gegen die Wiederaufrüstung Westdeutschlands statt. Sie wurde als Fortsetzung der im Dezember 1954 nach Paris einberufenen

- 53 -

Konferenz für die friedliche Lösung der deutschen Frage bezeichnet, zu der die Delegationen des Sowjetblocks keine Einreisevisa erhalten hatten. In Paris hatten führende französische Parlamentarier, der britische Labour-Abgeordnete PARKIN und aus Westdeutschland Dr. H. EINEMANN und der Geistliche MOSCHALSKI teilgenommen. Die Tagung in Warschau wurde vom ehemaligen französischen Minister Prof. Paul BASTID geleitet. aus Westdeutschland hat der zweite Vorsitzende des Bundes der Deutschen, Wilhelm ELFES teilgenommen. Die Konferenz endete mit einer Entschliessung, die folgende konkrete Punkte enthielt:

1. Gleichzeitige Zurückziehung aller Besatzungstruppen aus Deutschland. Die Sowjetunion wird in diesem Falle ihre Truppen auf ihr eigenes Territorium zurückziehen. Zur gleichen Zeit wird sie alle sowjetischen Militärkontingente zurückziehen, die in Polen die Verbindung der in Deutschland stationierten sowjetischen Besatzungstruppen schützen. Diese gegenseitigen Massnahmen würden dazu beitragen, in Europa ein Klima der Entspannung zu schaffen.
 2. Wiedervereinigung Deutschlands durch freie, kontrollierte Wahlen, die auf der Grundlage eines Wahlgesetzes durchzuführen wären, das, wie dies der in Berlin durch Sir Anthony EDEN vorgelegte Plan vorsah, alle demokratischen Freiheiten zu gewährleisten hätte.
 3. Respektierung der in Potsdam eingegangenen Verpflichtungen. Die Unantastbarkeit der Grenzen eines ausserhalb aller militärischen Koalitionen bleibenden Deutschlands wäre durch die anderen europäischen Mächte und durch die USA garantiert. Nur die Regelung der Deutschlandfrage, die Europa die Sicherheit bringen wird, ermöglicht die Unterzeichnung des Österreichvertrages.
- Die deutschen Delegierten, sowohl aus dem Osten wie aus dem Westen Deutschlands, haben auf den grossen Umfang der deutschen Volksbewegung für die Wiedervereinigung und gegen die Wiederaufrüstung hingewiesen. Die Förderung dieser Bewegung ist gebieterische Pflicht aller Mächte."

9) Aktionen gegen die Ratifizierung

an den Bundestag richtete die Sowjetzonenvolkskammer am 18.2. eine

- 54 -

Aufforderung zu einer gemeinsamen Aussprache. Sie hatte folgenden Wortlaut:

"In letzter Stunde wendet sich das Präsidium der Volkskammer an den Bundestag und seine Fraktionen mit dem Angebot, statt der Remilitarisierung Westdeutschlands die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands durch sofortige Aussprachen über die unverzügliche Vorbereitung gesamtdeutscher Wahlen einzuleiten. Angesichts der verhängnisvollen Gefahr, dass die Ratifizierung der Pariser Verträge Verhandlungen über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands sinnlos und unmöglich macht, schlagen wir vor, dass eine bevollmächtigte Delegation der Volkskammer am 24.2. 1955 im Bundestag unsere Grundgedanken über freie, demokratische, gesamtdeutsche Wahlen über das Wahlgesetz und eine internationale Kontrolle darlegt. Zugleich laden wir eine Delegation des Bundestages ein, ihre Auffassung über solche Wahlen in der nächsten Sitzung der Volkskammer darzulegen. Unsere Delegation ist bereit, über die beiderseitigen Vorschläge sowie über andere Fragen der Wiedervereinigung und der Friedenssicherung zu verhandeln.

Die Delegation wird aus den Mitgliedern des Präsidiums Hermann MATERN (SED), Ernst GOLDENBAUM (DBD), Heinrich HOMANN (NDPD), Wilhelmine SCHIRMER-PRÖSCHER (LDPD) und Gerald GÖTTING (CDU) bestehen.

Wir bitten, uns mitzuteilen, wann die für den 24.2. vorgeschlagene Aussprache über die Vorbereitung gesamtdeutscher Wahlen im Bundestag beginnen kann."

Zur Unterstützung dieser Aufforderung entsandte die Sowjetzonen-Volkskammer am 21.2. eine Delegation ihrer weiblichen Mitglieder unter Leitung der Sekretärin des FDGB -Bundesvorstandes, Grete GROH-KUMMERLÖW nach Bonn.

Der Nationalrat der Nationalen Front erklärte am 24.2. zum internationalen Kampftag gegen die Pariser Verträge und forderte in einem Aufruf, an diesem Tage in allen Orten Kundgebungen durchzuführen. In der Sowjetzone fanden an diesem Tage in vielen Orten und Betrieben entsprechende Kundgebungen statt. Zur Vorbereitung dieser Kundgebungen fand am 19.2. in Ostberlin eine Kund-

gebung statt, auf der GROTEWOHL eine Rede hielt und darin folgende Vorschläge machte:

"Wir schlagen vor, dass sich

1. beide Teile Deutschlands gemeinsam - oder falls eine Verständigung darüber kurzfristig nicht möglich sein sollte - jeder Teil für sich, mit der Bitte an die vier Mächte wenden sofort eine Viermächtekonferenz zur Behandlung der Deutschlandfrage einzuberufen, dass
2. zur Erleichterung dieser Viermächtekonferenz beide Teile Deutschlands sofort gemeinsam mit der Verständigung über die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen noch im Jahre 1955 beginnen, dass
3. die Volkskammer der DDR und der Bundestag der Bundesrepublik unverzüglich Delegationen austauschen, die in den Parlamenten ihre Standpunkte zu den Lebensfragen unseres Volkes darlegen. Das Präsidium der Volkskammer hat sich gestern mit diesem Vorschlag an den Präsidenten des Bundestages gewandt und eine Delegation ernannt, die nach Bonn fahren wird.
4. Die DDR und ihre staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen erklären sich bereit, auch auf jedem anderen Gebiete gemeinsame Verhandlungen zu führen, die der Verständigung und Annäherung beider Teile Deutschlands dienen.
5. Die DDR begrüsst alle Bestrebungen der fortschrittlichen und friedliebenden Organisationen und Menschen Westdeutschlands, die der Verhinderung der Annahme der Pariser Kriegsverträge, der Verständigung der Deutschen untereinander und der vier Mächte und damit dem Frieden und der Wiedervereinigung Deutschlands dienen.
6. Die DDR und alle ihre staatlichen, politischen und gesellschaftlichen Organisationen schlagen daher unseren westdeutschen Landsleuten vor, durch ein weitverzweigtes Netz gegenseitiger Delegationen und Beratungen die noch zwischen beiden Teilen Deutschlands bestehenden Spannungen und falschen Auffassungen zu lockern und zu beseitigen."

Abschliessend ging GROTEWOHL auf die Rundfunkansprache OLLENHAUERS vom 18.2. an die Bevölkerung der Sowjetzone ein, und forderte ihn zu gemeinsamen Beratungen auf.

Erste Reaktion des Regimes auf die Ratifizierung

Über die ersten und möglichen weiteren Reaktionen des Pankower Regimes auf die Ratifizierung der Pariser Verträge im Bundestag lagen zum Ende des Monats nur wenige Anhaltspunkte vor. Die Rede GROTEWOHLs vom 2.3. vor der "Volkskammer" enthielt keine Mitteilung über evtl. Sofortmassnahmen im Sinne der angekündigten militärischen Gegenmassnahmen. GROTEWOHL behauptete eine Übereinstimmung mit den sozialdemokratischen Ausführungen in der Ratifizierungsdebatte, erklärte jedoch, dass jetzt ausserparlamentarische Aktionen erfolgen müssten, und forderte die SPD erneut zum Zusammengehen mit der SED/KPD auf. Bezüglich der militärischen Gegenmassnahmen erklärte GROTEWOHL, dass nun der Abschluss von Beistandspakten und die Schaffung eines gemeinsamen Oberkommandos der UdSSR sowie der Satellitenstaaten und der DDR erfolgen werde.

Der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, MIKOJAN, der mit einer Delegation nach Ostberlin kam, erklärte am 28.2. bei der Eröffnung der Leipziger Messe, dass

"die Leipziger Messe eine gesamtdeutsche Messe ist, auf der die Deutschen sich an einen Tisch setzen.

Die Sowjetunion begrüesse diese Tatsache, weil sie zur friedlichen Wiederherstellung der deutschen Einheit beiträgt.

Überdies sei die Leipziger Messe auch eine Vermittlerin zwischen dem westlichen und dem östlichen Teil Europas.

Der künstlich aufgerichtete 'Eiserne Vorhang' könne über diese Tatsache nicht hinwegtäuschen."

In diesem Zusammenhang betonte MIKOJAN die Bereitschaft der UdSSR, enge Handelsbeziehungen mit Westdeutschland zu unterhalten und zu entwickeln. Weiter wandte er sich gegen die Aufrüstung und erklärte, die deutsche Frage könne und werde gelöst werden.

An militärischen Massnahmen wurde bis zum Ende des Monats nur bekannt, dass ab 24.2. die Grenzschutzvopo in höchste Bereitschaftsstufe versetzt wurde, und dass anfang März im ZK-Haus Besprechungen mit Vopo-Generalen über Veränderungen im "Ring um Berlin" aufgenommen wurden.

- 57 -

Nach einem internen Bericht fand Ende Februar im Sowjetzonen-Außenministerium eine Sitzung der Hauptabteilungsleiter statt, in der über mögliche Folgen der Ratifizierung diskutiert wurde. Es wurde damit gerechnet, dass die Sowjetregierung nach Hinterlegung der Verträge offiziell erklären werde, dass dies als Bruch des Potsdamer Abkommens betrachtet werde. Weiter wurde mitgeteilt, es sei bald mit der Errichtung einer sowjetischen diplomatischen Vertretung in Bonn zu rechnen. Es bestand der Eindruck, dass die Sowjetregierung gegenwärtig keine Zuspitzung der Situation in Europa wünsche. Angeblich hat die Sowjetregierung die Sowjetzonenregierung aufgefordert, sich jeder Aktion zu enthalten, die eine Verschärfung herbeiführen könne, insbesondere sollten keine Massnahmen der bewaffneten Sicherheitsorgane gegen Westberlin oder an der westlichen Zonengrenze durchgeführt werden.

Aus diesen verschiedenen Mitteilungen und Erklärungen kann geschlossen werden, dass zunächst von sowjetzonalen und sowjetischer Seite die Kampagne gegen die Pariser Verträge in der bisherigen Weise weitergeführt wird, zumal noch nicht feststeht, ob die Verträge in Frankreich ratifiziert werden oder ob wirklich eine Hinterlegung und Durchführung erfolgt.

10) Veranstaltungen zum Jahrestag der Zerstörung Dresdens

Der 13.2., der Jahrestag der Zerstörung der Stadt Dresden durch Luftangriffe, benutzte das SED-Regime zu einer Kampagne gegen die Pariser Verträge, in deren Rahmen vor allem die USA angegriffen wurden. In Dresden fand an diesem Tage eine zentrale Kundgebung statt, auf der GROTEWOHL erklärte, durch die Pariser Verträge würde die Gefahr eines neuen Krieges heraufbeschworen, der noch schlimmere Zerstörungen bringen würde als die Luftangriffe vom 13.2.45 auf Dresden. Die Luftangriffe auf Dresden, durch die über 35 000 Menschen getötet wurden, bezeichnete GROTEWOHL als Verbrechen des anglo-amerikanischen Imperialismus und führte dazu u.a. aus:

"Waren diese Verbrechen notwendig? Warum wurden Dresden, Hamburg, Berlin, Lübeck und viele andere Städte Deutschlands erbarmungslos bombardiert? Sie wurden von den anglo-amerikanischen Im-

perialismus aus dem gleichen imperialistischen Macht- und Eroberungswahn zerstört, aus dem die deutschen Faschisten den zweiten Weltkrieg inszenierten. Der Luftkrieg gegen die wehrlose Zivilbevölkerung hatte zu diesem Zeitpunkt keinerlei militärischen Wert.

Zu dieser Zeit war die Hitlersche Kriegsmaschine bereits militärisch besiegt und konnte das siegreiche Vordringen der sowjetischen Befreiungsarmeen nicht mehr aufhalten. Warum also wurden Dresden und viele andere deutschen Städte zerbombt? Dieses unsinnige Verbrechen diente ebenso wie die Zerstörung von Brücken, Talsperren und anderen lebenswichtigen Einrichtungen durch die SS den Zweck, eine Trümmerzone zu schaffen, die den siegreichen sowjetischen Armeen das weitere Vordringen unmöglich machen sollte.

Die Zerstörung Dresdens demonstrierte darüber hinaus die barbarische Kriegsführung der Imperialisten und Militaristen gegen die Zivilbevölkerung, wie sie von den amerikanischen Imperialisten durch den Abwurf von Atombomben auf japanische Städte und durch den Pestkrieg in Korea praktiziert wurde. Sie ist ein Glied an jener Kette von Verbrechen gegen die Menschheit, die von den deutschen Militaristen im Jahre 1939 mit dem Überfall auf Polen und der Zerstörung Warschaus, mit dem hinterhältigen Überfall auf die Sowjetunion eingeleitet wurde und die jetzt von den amerikanischen Imperialismus im Bündnis mit den deutschen Militaristen mit der Stossrichtung gegen die Sowjetunion, die DDR und die volksdemokratischen Staaten erneut fortgesetzt werden soll."

In seinen weiteren Ausführungen forderte GROTEWOHL unter Bezugnahme auf die verschiedenen sowjetischen Erklärungen die Verhinderung der Ratifizierung der Pariser Verträge.

In der gesamten Presse der Sowjetzone wurden Fotos und Berichte über die Luftangriffe auf Dresden veröffentlicht und in gleicher Weise wie in der Rede GROTEWOHLs kommentiert.

In ähnlicher Weise hatte die SED auch den Luftangriff vom 3.2.45 auf Berlin, der 60 000 Todesopfer forderte zu einer Kampagne gegen die Westmächte und für den Kampf gegen die Pariser Verträge

ausgenutzt.

In Ostberlin wurden Gedenkfeiern und Kranzniederlegungen durch Delegationen der Betriebe und Organisationen durchgeführt und Gedenktafeln angebracht.

11) Infiltration in Westdeutschland

Im Februar setzte das SED-Regime seine Versuche zur kommunistischen Infiltration in Westdeutschland fort.

a) Volksbefragung

In Februar wurde von der SED/KPD der Versuch unternommen, in Westdeutschland Unterschriftensammlungen gegen die Pariser Verträge durchzuführen. In der SED-Presse wurden laufend Berichte veröffentlicht, in denen behauptet wurde, dass in einer ganzen Reihe von Städten angeblich sehr hohe Prozentzahlen von Unterschriften abgegeben wurden.

In der Sowjetzone führte das SED-Regime ebenfalls eine Unterschriftensammlung durch. Für die Aktion in Westdeutschland entsandte die SED eine grössere Zahl von Funktionären und stellte reichliche finanzielle und propagandistische Mittel zur Verfügung.

b) Delegationen zu den Betriebsrätewahlen

Vom FDGB wurden Vorbereitungen getroffen, um in grösserer Zahl als bisher Funktionärsdelegationen nach Westdeutschland zu den Belegschaften zu entsenden und sie zur Wahl von Anhängern des SED-Regimes aufzufordern und gleichzeitig in grösserem Umfange Einladungen zum Besuch der Sowjetzone zu überreichen.

In Februar setzten SED und FDGB in den Betrieben die Geldsammlungen für die Finanzierung und Unterstützung von Streiks in Westdeutschland fort. In einer Reihe von Betrieben wurde die Abgabe eines Stundenlohnes oder die Abgabe eines bestimmten Prozentsatzes vom Lohn und Gehalt beschlossen.

Weiter war der FDGB bemüht, sogenannte Patenschaftsverträge zwischen

sowjetzonalen und westdeutschen Betrieben abzuschliessen. Von der Warnow-Werft wurde eine entsprechende Einladung an die Deutsche Werft in Hamburg gerichtet. Im Februar dienten alle Kontakversuche hauptsächlich dem Ziel, die westdeutschen Arbeiter zu politischen Streiks während der Ratifizierungsdebatte im Bundestag zu veranlassen.

c) Gesamtberliner Arbeiterkonferenz

Am 22.2. veranstaltete die SED in Ostberlin eine sogenannte III. Gesamtberliner Arbeiterkonferenz mit etwa 200 Teilnehmern aus Ostberlin und angeblich 500 aus Westberlin. Bei den Westberlinern handelte es sich ebenfalls meist um Angehörige der SED. Die Teilnehmer wurden aufgefordert, sich in Westberlin für die Durchführung von Streiks und für eine Volksabstimmung gegen die Pariser Verträge einzusetzen.

d) Offene Briefe und Einladungen

Der Zentralvorstand der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung im FDGB richtete einen offenen Brief an alle westdeutschen Lehrer und forderte sie zum Protest gegen die Pariser Verträge auf.

Der DFD richtete ein Schreiben an die Vorsitzende des Deutschen Frauenringes und forderte sie zur Durchführung gemeinsamer Beratungen auf.

Der Vorsitzende des Bezirksvorstandes der VdGB (BHG) Cottbus forderte den Präsidenten des Bauernverbandes Baden-Württemberg zu einem Besuch der Sowjetzone auf.

Der Verband der Deutschen Presse richtete einen Aufruf an alle Redakteure und Journalisten in Westdeutschland.

Eine Delegation von Kommunalfunktionären aus Gross-Breitenbach/Thür. besuchte die Stadtverwaltung von Pfullingen bei Reutlingen und forderte sie zu einem Gegenbesuch in Thüringen auf.

Am 10. 2. veranstaltete der Sowjetzonenminister BECHER erneut in Westberlin einen Ausspracheabend mit westberliner Geistesschaffenden über das Thema "Freiheit der Persönlichkeit, Freiheit der Wahlen".

Es soll eine dreistündige lebhafte Diskussion stattgefunden haben, die bei einem erneuten Treffen in Westberlin fortgesetzt werden soll.

Der Deutsche Chorausschuss der DDR hielt mit dem Bundesvorstand des Deutschen Allgemeinen Sängerbundes Mitte Februar in Frankfurt/M. eine gemeinsame Beratung über die weitere Zusammenarbeit ab. Die Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen soll vervielfacht und vor allem gemeinsam die Vorbereitung des III. Wartburgtreffens deutscher Sänger vom 26. bis 28. August durchgeführt werden.

Auf Anweisung der SED wurde im Februar auch die Briefaktion in Organisationen und Betrieben fortgesetzt, sie wurden an Abgeordnete des Bundestages sowie an viele andere Westdeutsche gerichtet und enthielten die Aufforderung, gegen die Ratifizierung zu kämpfen.

e) Gesamtdeutsche Offizierstagung

In Ostberlin fand am 29. und 30.1. eine "Gesamtdeutsche Offizierstagung" statt, an der 34 Offiziere aus Westdeutschland (eingeladen waren ursprünglich 38) und etwa 20 aus der Zone teilnahmen. Offiziell trat als Veranstalter der Kreisfriedensrat von Dresden auf, dessen Vorsitzender BÖTTCHER ehemals Hauptmann der deutschen Wehrmacht war. Tatsächlich jedoch stand das Zentralkomitee der SED hinter dieser Aktion. In der Zone hatte der ehemalige Offizier GAUDLI-TZ die Aufgabe, namhafte Offiziere zu gewinnen, während sich in der Bundesrepublik der SS-Führer NEHRING dieser Aufgabe unterzog.

Ziel der Tagung war es, die ehemaligen Offiziere der deutschen Wehrmacht zu einer Widerstandsbewegung gegen die Pariser Verträge zu gewinnen. Exmarschall PAULUS, der an der Tagung teilnahm, hielt das einleitende Referat, in dem er aber vorsichtig taktierte und nicht über das hinausging, was er schon früher zu diesem Thema geäußert hatte. NEHRING, der als Agent der SED anzusehen ist, ging zwar weiter, liess aber ebenfalls nicht die Maske fallen. Das Leitmotiv seiner Ausführungen war auf die Parallele zu 1813 abgestellt, er erklärte, es bestehe wie damals ein Notstand, der den Widerstand der nationalgesinnten Offiziere gegen Adenauer erforderte.

Die erste Panne gab es, als das Stichwort Oder-Neisse fiel. Der aus Westdeutschland gekommene ehemalige Freikorpsführer PFEFFER von SALOMO erklärte dazu, die Westmächte verstießen zwar mit ihrer Politik gegen das Potsdamer Abkommen und die Einheit Deutschlands, die Sowjets hätten das aber auch getan. Die Oder-Neisse-Linie dürfe nicht als Grenze bezeichnet werden. Offenbar fand er damit einige Zustimmung. Allerdings gelang es der geschickten Versammlungsleitung BÖTTCHERS, dieses Thema von der Tagesordnung abzusetzen und zu verhindern, dass es noch einmal auftauchte.

Die westdeutschen NEHRING und BUSCHMANN betonten, dass die Initiative zu der Tagung von einer westdeutschen Offiziersgruppe ausginge und widerlegt die Gerüchte, nach denen PAULUS die Urheberschaft habe. NEHRING verwies darauf, dass er allein im Düsseldorfer Raum 120 Kameraden habe, mit denen er sich regelmässig trafe. Der westdeutsche SS-General BERGER, der an sich keine unvernünftigen Ansichten vertrat, liess durchblicken, dass er sich in diesem Kreis aufgrund seines Misstrauens gegen die Amerikaner und ihre (vor allem militärische) Konzeption befände.

Eine Resolution, die vorbereitet wurde und die bekannt sein dürfte, musste mehrere Male geändert werden, bis sie die Zustimmung der Mehrheit fand. Ein Vorschlag, sie offen und mit Unterschriften an die beidendeutschen Regierungen und die vier Besatzungsmächte zu überreichen, verfiel der Ablehnung. Die meisten westdeutschen Teilnehmer fürchteten um ihre Pensionen, die zum Teil noch nicht genehmigt seien.

Nach der Tagung trafen sich 24 der Teilnehmer, die zumeist aus der Zone stammten, zu einem Beisammensein in einem Ostberliner Lokal. Dabei kritisierten sie vor allem PAULUS, der durch seine Haltung in Stalingrad das Recht verloren habe, an die deutsche Offiziers- und Soldatenehre zu appellieren. Im übrigen nahmen sich diese Teilnehmer vor, querzuschliessen. Sie wollten vorsichtig versuchen, die westdeutschen Teilnehmer über den Missbrauch aufzuklären, den man mit ihnen sowie der Zonenarmee, die heute noch KVP heisst, treibt. Natürlich sollen dabei alle Vorsichtsmassnahmen, die die Lage in der Zone gebietet, beachtet werden. Dieser Kreis von Oppositionellen hat ein neues Treffen für März bereits vereinbart.

12) Erklärung des SED/ZK zum "Schillerjahr 1955"

Das SED/ZK veröffentlichte Anfang Februar eine Erklärung zum 150. Todestag Schillers am 9. Mai 1955 und gab darin die politischen Richtlinien für die Propaganda im Rahmen des "Schillerjahres 1955" bekannt. In der Erklärung wurde u.a. ausgeführt:

"Im Jahre 1955 gedenken das deutsche Volk und die friedliebenden Menschen der Welt des grossen deutschen Dichters Friedrich Schiller anlässlich seines 150. Todestages am 9. Mai. In Schiller ehrt unser Volk einen der Grossen der deutschen klassischen Literatur, dessen Leben und Werk dem Kampf für die Herausbildung eines demokratischen Nationalbewusstseins und eines einheitlichen deutschen Nationalstaates galt. In Schillers Lebensleistung wird die bedeutsame geschichtliche Rolle unserer Nationalliteratur für die Vorbereitung einer einigen Nation sichtbar.

Die deutsche Arbeiterklasse, geführt von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, verwirklicht die besten patriotischen und humanistischen Ideen des deutschen Freiheitsdichters Friedrich Schiller. Wie Schiller um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert für die Einheit Deutschlands und seine Umwandlung in ein demokratisches Land kämpfte, so begeistert heute sein dichterisches Werk alle deutschen Patrioten zum Kampf um die Überwindung der Spaltung und um die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes auf demokratischer Grundlage.

Diesen deutschen humanistischen Dichter Friedrich Schiller, ehre deshalb der Weltfriedensrat, indem er den 9. Mai 1955 zu einem kulturellen Gedenktag der Weltfriedensbewegung machte.

Die echte Würdigung unseres grossen Erbes erfordert im Schiller-Jahr 1955 aber auch, auf die Widersprüche hinzuweisen, die in Schillers Denken auftraten und die sich zu gewissen Zeiten auch in seinem Werk widerspiegeln.

Die Rückständigkeit der sozialen und politischen Entwicklung Deutschlands führte bei Schiller wie auch bei anderen deutschen klassischen Dichtern zum Unverständnis für die politischen Formen der französischen Revolution, wie sie während der Herrschaft der Jakobiner in Erscheinung traten, während

- 64 -

er ihren historischen Gehalt bejahte. Seine Befangenheit in philosophisch-idealistischen Vorstellungen und besonders die Einwirkung Kants verleiteten Schiller gerade in jenen Jahren dazu, in einem von der Wirklichkeit losgelösten, idealen 'Reich des schönen Scheins' die Freiheit für die Menschen zu suchen. Das lief auf eine 'Vertauschung der platten mit der überschwänglichen Misere' (Engels) hinaus. Schillers Erkenntnis von der grossen Aufgabe der Kunst für den menschlichen Fortschritt, sein patriotisches Denken und seine Volksverbundenheit befähigten ihn aber, in einem ständigen Kampf die Flucht in das 'Reich des schönen Scheins' immer wieder zu überwinden und zu den wirklichen Aufgaben eines deutschen Dichters zurückzufinden. Schiller eignete sich die gesellschaftlichen und ideologischen Ergebnisse der bürgerlichen französischen Revolution in den Fragen der Nation und der Demokratie an.

Wie in der Vergangenheit, so versuchen auch heute die Feinde des deutschen Volkes, das Erbe Schillers, diesen stolzen Besitz unseres Volkes, zu verfälschen und gegen die Interessen unseres Volkes zu verwenden. Die in seinen Werken ständig zum Ausdruck kommende Liebe zum deutschen Volk und zum deutschen Vaterland verfälschen sie in die nationalistische Irrlehre der Missachtung anderer Völker. Schillers Aufgeschlossenheit gegenüber den kulturellen Leistungen aller Völker verfälschten sie in die Behauptung, dass sich die Nationen und ihre Nationalkultur 'überlebt' hätten. Schillers grosse Idee von der freien Entfaltung der Persönlichkeit in einer neuen, harmonisch gegliederten Gesellschaft verfälschten sie in die kapitalistische 'Freiheit' der Unterdrückung der menschlichen Persönlichkeit durch Ausbeutung und Krieg.

Im Schiller-Jahr 1955 wird die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands dafür wirken, das Werk Schillers gegen diese Verfälschungen zu verteidigen, es in seinen ganzen dichterischen Reichtum und mit seinen starken demokratischen-patriotischen Zügen unserem deutschen Volke nahezubringen. Die SED, verbunden mit allen deutschen Patrioten aus Ost und West und mit den Friedenskämpfern der ganzen Welt, ruft

dazu auf, das Schiller-Jahr 1955 zu einem Jahr des Kampfes für die besten Ideen unseres nationalen Freiheitskämpfers Friedrich Schiller zu machen, zu einem Jahr des Kampfes für die Einheit unserer humanistischen Nationalkultur und für die Demokratische Wiedervereinigung unseres deutschen Vaterlandes, getreu seiner Forderung: "Seid einig, einig, einig!"

13. Tag der Sowjetarmee

Am 23.2. wurde in der Sowjetzone der 37. Jahrestag der Gründung der Sowjetarmee begangen. Am Vormittag mussten die Betriebe Kranzdelegationen zu den sowjetischen Kriegerdenkmälern entsenden, dann fanden z.T. in den Betrieben, aber auch in der Öffentlichkeit, Festveranstaltungen statt. In Ostberlin fand in der Staatsoper ein Festakt der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft in Anwesenheit der führenden Partei- und Staatsfunktionäre statt, auf dem ein Generalmajor der KVP die Ansprache hielt. In der sowjetischen Botschaft in Ostberlin gab der Oberkommandierende der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, Armeegeneral n.n. GRETSCHKO am gleichen Tage einen Empfang, an dem der Sowjetbotschafter PUSCHKIN, zahlreiche Sowjetoffiziere sowie Mitglieder des SED/ZK und der Sowjetzonenregierung teilnahmen.

In allen aus diesem Anlass erschienenen Veröffentlichungen sowie in den Ansprachen war das Hauptgewicht darauf gelegt, die UdSSR und den Sowjetblock als absolut militärisch überlegen und den SEB-Staat als festen Bestandteil dieser Macht und militärisch völlig gesichert darzustellen.

Das SED-ZK richtete an das ZK der KPdSU ein Grusstelegramm, in dem es u.a. heisst:

"Die kampfgeübte und mit modernsten Waffen ausgerüstete Sowjetarmee verkörpert eine unüberwindliche Macht, mit der sich alle friedliebenden Menschen in ihrem Kampf gegen die Revanchegehrte des in Westdeutschland wiedererstehenden Militarismus und gegen die Weltherrschaftsbestrebungen imperialistischer Kriegstreiber auf uns engste verbunden fühlen.

Die SED verbindet ihre Glückwünsche und Grüße zum 37. Jahrestag der Gründung der Sowjetarmee mit der Versicherung, keine Anstrengungen zu scheuen, um die Verteidigungsfähigkeit der DDR und aller patriotischen Kräfte des deutschen Volkes gegen die von Westdeutschland her drohende Kriegsgefahr zu stärken und gemäß den Beschlüssen der Moskauer Konferenz im Dezember 1954 die notwendigen gemeinsamen Maßnahmen zu treffen."

Die Sowjetzonenregierung erklärte in einem Telegramm an die Sowjetregierung u. a.:

"Das deutsche Volk fühlt sich glücklich, bei der Verteidigung des Friedens und beim Kampf um seine nationalen Interessen solch hervorragende Verbündete an seiner Seite zu haben wie die ruhmreiche Sowjetarmee."

Im Zentralorgan der SED vom 22. Februar wurde zum Jahrestag der Sowjetarmee u. a. ausgeführt:

"Das Kräfteverhältnis in der Welt hat sich zugunsten des Sozialismus verändert.

Heute verfügt die Sowjetarmee über die besten und modernsten Waffen und Geräte, die den Waffen der kapitalistischen Armeen weit überlegen sind. Die Ausrüstung mit der modernsten Technik, die von moralisch hochstehenden und politisch bewußten Menschen bedient wird, zusammen mit der auf dem Marxismus-Leninismus fußenden sowjetischen Kriegswissenschaft machen die Sowjetarmee allen anderen Armeen überlegen.

Die Sowjetarmee ist ein entscheidender Faktor in der Sicherung des Weltfriedens. Ihre Existenz zügelt die Provokateure und kriegslüsternden Imperialisten.

Das friedliebende deutsche Volk kann immer mit der brüderlichen Hilfe der Sowjetunion und ihrer Armee rechnen. Vor dem Obersten Sowjet erklärte Außenminister Molotow, daß im Falle der Remilitarisierung Westdeutschlands der Abschluß eines Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen den Teilnehmerländern der Moskauer Konferenz, also auch mit der DDR, und die Schaffung eines vereinigten militärischen Kommandos geplant ist. Die Werktätigen

der DDR würden dannoch enger mit der Sowjetarmee zur Verteidigung des Friedens verbündet sein."

Die sowjetantliche "Tägliche Rundschau" veröffentlichte am 23. 2. an der Spitze der Jubiläumsartikel unter dem Titel "Die Sowjetarmee ein Bollwerk des Friedens und der Sicherheit" einen Artikel vom Armeegeneral MOSKALENKO, in dem behauptet wurde, die Sowjet-Armee sei bereits im zweiten Weltkrieg allen anderen militärischen Mächtegruppen gegenüber weit überlegen gewesen und habe die Hitleraggression aus eigener Kraft zum Scheitern gebracht. Dazu wurde u. a. erklärt:

"Gestützt auf die in den Jahren der Vorkriegs-Fünfjahrpläne geschaffene leistungsfähige Schwerindustrie versorgte das Sowjetvolk seine Armee mit einer erstklassigen Kriegsausrüstung und mit allem, was zur Errichtung des Sieges über den Feind erforderlich ist. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß im Verlaufe der letzten drei Kriegsjahre die Sowjetunion fast zweimal mehr Panzer als Deutschland, anderthalbmal mehr als die USA und sechsmal mehr als England produzierte. Sie stellte zweimal mehr Flugzeuge als Deutschland und England her, viermal mehr Artilleriegeschütze als Deutschland, zweieinhalbmal mehr als die USA und sechsmal mehr als England. Qualitatit übertraf die sowjetische Kriegsausrüstung die jeder kapitalistischen Armee."

In der theoretischen Zeitschrift "Einheit" des SED-ZK vom Februar wurde in einem langen Artikel "Die Sowjetarmee - Sieger über den deutschen Militarismus" erklärt:

"Der historische Sieg der Sowjetarmee über den deutschen Faschismus im zweiten Weltkrieg triumphiert auch über die schäbigen Versuche der amerikanischen, englischen und deutschen Kriegstreiber, die gewaltigen Leistungen der Sowjetarmee zu schmälern und herabzusetzen. Eine sowohl von den amerikanischen und englischen als auch von den ehemaligen Hitlergeneralen verbreitete Lüge ist die, daß die Sowjetunion ohne die 'Hilfe' der USA den Krieg gegen Hitler-Deutschland nicht ge-

wonnen hätte. Jedoch machten die Lieferungen der USA, im Vergleich zur gewaltigen Kriegsproduktion der Sowjetunion, lediglich 4 % ihres Umfanges aus. Es ist offensichtlich, daß diese 4 % keinen entscheidenden Einfluß auf die Zerschlagung der Hitler-Armeen haben konnten."

Die weiteren Ausführungen in dieser Richtung gipfelten in der Behauptung, die sowjetische Offensive im Januar 1945 hätte die amerikanisch-englischen Truppen vor einer drohenden Niederlage bewahrt. Auch dieser Artikel schloß mit der Behauptung, der Sowjetblock sei heute der gesamten nichtsowjetischen Welt militärisch überlegen. Weiter wurde erklärt:

"Der Sieg der Sowjetarmee über den deutschen Militarismus hat das Gesicht der Welt verändert. Auf dem Gebiet von der Elbe bis zum Stillen Ozean haben die Arbeiter und Bauern den Imperialismus vernichtet und ihre Macht errichtet. Heute ist die Sowjetunion nicht mehr mit unzuverlässigen Alliierten verbündet, sondern hat eine Reihe von zuverlässigen Freunden von China bis Deutschland, die gemeinsam mit der Sowjetunion die Errungenschaften ihrer friedlichen Arbeit, ihre Ehre und Unabhängigkeit zu verteidigen bereit sind."

In der Linie dieser verschiedenen Erklärungen wurde im Februar auch eine verstärkte Werbung für den Eintritt der Jahrgänge von 18 bis 25 Jahre in die KVP durchgeführt. In den Betrieben erhielt die BPO den Auftrag, die Werbeaktion selbst durchzuführen und die Jugendlichen einzeln zu Unterredungen vorzuladen. Jede BPO erhielt ein Soll für die KVP-Werbung. In fast allen Fällen weigerten sich die Jugendlichen, in die KVP einzutreten. In verschiedenen Betrieben wurden solche Jugendlichen entlassen und ihnen auch die Arbeitsaufnahme in anderen Betrieben verwehrt, um sie zum Eintritt in die KVP zu zwingen.

Die massive Herausstellung einer angeblichen Militärüberlegenheit des Sowjetblocks war darauf zurückzuführen, daß bis tief in die Funktionärskader der SED hinein in der Sowjetzone die Vorstellung herrscht, daß der Westen im Falle eines militärischen Zusammenstoßes dem Sowjetblock überlegen ist.

- 69 -

14. Neue Maßnahmen zur Gewinnung und Ausnutzung der Jugend im
"Jugendförderungsplan 1955"

Am 3. März verkündete der Sowjetzonenministerrat einen "Plan zur Förderung der Jugend im Jahre 1955". Darin sind eine Reihe von neuen Maßnahmen vorgesehen, um die Jugend für die politischen und wirtschaftlichen Ziele der SED-Diktatur zu gewinnen und auszunutzen. Zur Popularisierung dieses Planes fand am gleichen Tage in Ostberlin eine zentrale Festveranstaltung mit 5 000 Jugendlichen in der Sporthalle statt, in der ULBRICHT Auszeichnungen an Sportler verlieh und der Sowjetzonenminister für Volksbildung, Fritz LANGE, referierte. Der "Jugendförderungsplan 1955" enthält u. a. folgende Maßnahmen:

Der 8. Februar soll alljährlich als "Tag der Jugend und der Sportler" begangen und als Jahrestag der Verkündung des "Gesetzes über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der DDR und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung" gefeiert werden. An diesem Tage soll in Betrieben und Schulen eine Berichterstattung über die Maßnahmen im vergangenen Jahr und die Bekanntgabe der betrieblichen oder örtlichen neuen Förderungspläne erfolgen.

Die Kontrollposten und Kontrollbrigaden der FDJ erhalten praktisch die Funktionen staatlicher Organe. Die Staatliche Plankommission wurde beauftragt, zusammen mit dem Zentralrat der FDJ und den Fachministerien einen Erfahrungsaustausch mit den Kontrollposten und Kontrollbrigaden durchzuführen. Die wirtschaftlichen Ministerien und Staatssekretariate erhielten die Anweisung, alljährlich einen 14-tägigen Lehrgang für die Jugendbrigade-Leiter und FDJ-Kontrollposten ihres Tätigkeitsbereiches zu organisieren.

Für die Auszeichnung von Jugendbrigaden in der Produktion sowie im Handel und Verkehr wurde der Titel geschaffen "Hervorragende Jugendbrigade der DDR" dessen Verleihung mit der Überreichung einer Ehrenurkunde und eines Ehrenabzeichens verbunden ist.

Zur Heranziehung der Jugendlichen zu den Jugendbrigaden wurde neben den bisherigen Maßnahmen angeordnet, daß Jugendliche nach Abschluß der Lehre für mindestens sechs Monate unter Anleitung von Aktivisten in Jugendbrigaden arbeiten müssen. Weiter erhielten die Be-

- 70 -

etriebsleiter die Anweisung, diese Jugendlichen nach Abschluß der Lehre zum Zwecke der weiteren Ausbildung und Anleitung zu Patenschaftsverträgen mit Aktivisten, Meistern, Brigadiers und anderen Fachkräften zu verpflichten. In jedem Betrieb soll innerhalb von sechs Wochen nach Abschluß der Lehre für jeden im Betrieb verbleibenden Jungfacharbeiter eine Patenschaft übernommen sein.

Der weiteren technischen Ausbildung sollen die Stationen der Jungen Techniker, die Klubs der Jungen Techniker und die Arbeitsgemeinschaften und Zirkel der Jungen Techniker dienen. Die Zentralstation der Jungen Techniker in Ostberlin, die diese technischen Jugendgruppen anzuleiten hat, soll größere Mittel erhalten und erweitert werden.

Die zuständigen Ministerien und Staatssekretariate wurden angewiesen, junge Industriearbeiter für die Tätigkeit in der Landwirtschaft zu gewinnen und dafür zu sorgen, daß Jugendliche, die als Agronomen, Zootechniker und Landmaschinen-Techniker tätig sind, ihre Ausbildung bis zum Nachweis einer abgeschlossenen Fachausbildung vervollkommen.

Von 181 000 Jugendlichen, die 1955 in Lehrstellen gebracht werden sollen, sind die "Besten" für den Bergbau, die Energiewirtschaft, die chemische Großindustrie und die Landwirtschaft vorgesehen.

Mit Schulabgängern, die kein Lehrverhältnis aufnehmen, sollen die Betriebsleiter bis zum 1. Juni Vereinbarungen über die Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses abschließen. Weiter sollen mit den Jugendlichen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, bereits bis zum 1. 4. und mit den neu einzustellenden Jugendlichen innerhalb von drei Monaten langfristige Verträge für die berufliche Weiterbildung abgeschlossen werden. In den LPG sollen mit allen Jugendlichen bis zu 18 Jahren Ausbildungsverträge abgeschlossen werden. Zur Ausbildung der fehlenden Berufsausbilder sollen für die Landwirtschaft Kurzlehrgänge durchgeführt werden, mit dem Ziel, bis zum 1. September die neuen Ausbilder einsatzbereit zu machen. Das Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung wurde angewiesen, im Jahre 1955 weitere 35 Lehrbücher für die Berufsausbildung herauszugeben.

Für Lehrlinge und Berufsschüler sind Sportfeste in den Berufsschulen, Kreisen und Bezirken vorgesehen. Sie sollen der Austragung von Sport-

- 71 -

wettbewerben dienen, deren Abschluß dann für 1955 auf einem zentralen Sportfest für Lehrlinge und Berufsschüler der Sowjetzone in Bessau beabsichtigt ist.

An Maßnahmen zur "weiteren Verbesserung der Schulbildung der Jugend sowie der vor- und außerschulischen Einrichtungen" sind im "Förderungsplan" u. a. vorgesehen:
 Örtliche Ferienspiele für alle Schulkinder, Unterbringung von 88 000 Kindern in Pionierlagern und von 600 000 Kindern in Betriebsferienlagern, Teilnahme von 750 000 Kindern an Schulwanderungen, Teilnahme von 25 000 westdeutschen und westberliner Kindern an den Sommerferienlagern der Pioniere und der Betriebe.
 Erhöhung der Gesamtzahl der Plätze in öffentlichen Kindergärten um 27 400 auf 227 200. Die Zahl der Ernte-Kindergärten soll um 278 mit 4 730 Plätzen auf 2 123 mit 39 948 Plätzen erhöht werden. In den Schulhorten ist eine Erweiterung um rund 19 000 Plätze vorgesehen. Allgemeinbildende Schulen und Berufsschulen sollen Schulgärten in der Größe bis zu 2 ha erhalten.

Über die Entwicklung der Hoch- und Fachschulbildung enthält der Jugendförderungsplan u. a. folgende Bestimmungen:
 Im Studienjahr 1955/56 sind an den Universitäten und Hochschulen der DDR 15 285 Neuzulassungen und an den vorbereitenden Arbeiter- und Bauernfakultäten 3 000 Neuzulassungen vorgesehen. Der Anteil der Arbeiter- und Bauernkinder an den Neuzulassungen zum Direktstudium soll 60 % betragen.

An den Fachschulen sind für 1955/56 in der Sowjetzone 28 600 Neuzulassungen vorgesehen, davon mindestens 70 % Arbeiter- und Bauernkinder. Die Zahl der Teilnehmer am Fachschul-Fernstudium soll 29500 und am Fachschul-Abendstudium 22 300 betragen.

Zur Förderung der Kulturarbeit der Jugend sind u. a. vorgesehen: Schaffung von 1 043 Jugendheimen oder Jugendzimmer, von 17 neuen Jugendherbergen und fünf Exkursionsstützpunkten in den Jugendherbergen.

Durchführung eines staatlichen Lehrganges für junge Orchesterdirigenten im August und September 1955, Veranstaltung von fünf Nachwuchs-Konzerten in den Monaten April bis Juni für junge Dirigenten, Veranstaltung eines Wettbewerbes für junge Pianisten aus ganz

- 72 -

Deutschland zur Vorbereitung der "Schumann-Ehrung 1956". alle Orchester sollen jährlich mindestens fünf Jugend- oder Schulkonzerte veranstalten.

Ausstellungen von Arbeiten des künstlerischen Nachwuchses bis 30 Jahre außerhalb der Hoch- und Fachschulen für bildende und angewandte Kunst. Durchführung einer Kunstausstellung anlässlich der 5. Weltfestspiele, für die an junge Künstler Aufträge erteilt werden sollen. Veranstaltung von Konzerten, Studien-Aufführungen und Ausstellungen durch Studenten der künstlerischen Lehranstalten im April 1955 in allen Städten, in denen solche Lehranstalten bestehen. Aufführungen der besten Darbietungen der örtlichen Veranstaltungen auf einem zentralen "Fest junger Künstler" im Mai 1955 in Magdeburg. Vorbereitungen zur Teilnahme junger Künstler aus Westdeutschland und der Sowjetzone an den Solisten-Wettbewerben der 5. Weltfestspiele in Warschau.

Das Zentralhaus für Volkskunst in Leipzig erhielt die Anweisung, die Zahl der Elementarlehrgänge für Leiter von Volkskunstgruppen in den Kreisen und Bezirken zu erhöhen und Leiter von westdeutschen Volkskunstgruppen zur Teilnahme einzuladen.

Das Amt für Literatur und Verlagswesen erhielt den Auftrag, im Jahre 1955 insgesamt 90 populärwissenschaftliche und 165 unterhaltende Bücher für Kinder und Jugendliche herauszugeben.

Im letzten Abschnitt des "Förderungsplanes" wurden u. a. folgende Maßnahmen angekündigt:

Durchführung von Jugendzeltlagern. Bereitstellung von Plätzen für westdeutsche Jugendliche in den Jugendherbergen der Sowjetzone. Austausch von Wandergruppen zwischen der Sowjetzone, Polen und der Tschechoslowakei.

In Betrieben, Städten und Gemeinden sollen weitere 1 587 neue Sporteinrichtungen geschaffen werden. Die Zahl der Mitglieder in den Sportorganisationen soll um 20 % und in den Sportgruppen für allgemeine Körpererziehung um 32 % erhöht werden. Für 1955 sind folgende Massensportfeste vorgesehen, zu denen die Bevölkerung herangezogen werden soll:

24. 4. - 8. 5. 1955: Frühjahrswaldläufe
Mai - Juni 1955: Frühjahrssportfeste der Betriebe und Sporttage
der Landbevölkerung
2. 6. - 10. 6. 1955: Republikssportwettkämpfe als Sportfeste für alle
Sportinteressierten
August - September 1955: Herbstsportfeste der Betriebe
1. 10. - 7. 10. 1955: "Friedensmarsch" aus anlaß des "Tages der Republik",

15. Herabsetzung der Stipendien für Studenten

Im Februar wurde in der Sowjetzone eine neue Stipendien-Verordnung erlassen. Sie enthält eine Reihe von Verschlechterungen. Die Stipendien sind allgemein herabgesetzt und außerdem nach dem Einkommen der Angehörigen oder den Nebeneinkünften der Studenten gestaffelt. Die Grundstipendien sind jetzt auf 130,-- bis 180,-- DM/Ost festgesetzt. Bis zu 10 % der Stipendienempfänger können einen Leistungszuschlag von 80,-- DM/Ost und weitere 30 % einen Leistungszuschlag von 40,-- DM/Ost erhalten. Außerdem soll es jetzt 400 Sonderstipendien in Höhe von 275,-- DM/Ost monatlich für die jeweils besten Stipendiaten einer bestimmten Fakultät oder Fachrichtung geben.

Die Studenten müssen jetzt Nachweise über das Einkommen ihrer Angehörigen oder über eigene Einkünfte vorlegen. Bei einem Brutto-Einkommen von insgesamt 1.200,-- DM/Ost und mehr monatlich fallen die Stipendien fort. Bei Einkommen von brutto 1.001,-- bis 1.199,-- DM/Ost beträgt das Stipendium monatlich 130,-- DM/Ost, bei Einkommen bis zu 1.000,-- DM/Ost brutto monatlich 180,-- DM/Ost.

Studenten der Musikhochschulen, die in Orchestern gegen Entgelt mitspielen und Studenten, die in festen Verträgen Übersetzungen anfertigen oder bei Verlagen mitarbeiten, erhalten keine Stipendien mehr. Die Zahlung von Kinderbeihilfen fällt in Zukunft fort. Staatssekretär HÄRIG erklärte dazu im "Neuen Deutschland" vom 13. Februar:

"Leider haben sich auch die bisher gezahlten Kinderzuschläge zum Stipendium als falsch herausgestellt."

Zur Begründung für die neue Stipendien-Verordnung führte HÄRIG u. a.

an, es sei eine bedeutende Verjüngung der Studentenschaft eingetreten, der Anteil von Arbeiter- und Bauernstudenten sei auf 63 % angewachsen und durch die Preissenkungen seit 1951 seien die Lebenshaltungskosten bedeutend gesunken. Grundsätzlich erklärte HARIG:

"Aus der neuen Verordnung geht klar hervor, daß die staatlichen Stipendien in unserer DDR eine Studienbeihilfe darstellen, auf die niemand, wie bei Lohn und Gehalt, einen rechtlichen Anspruch hat."

Nach der neuen Verordnung erhält ein großer Teil der 74 000 Studierenden in der Sowjetzone überhaupt keine Stipendien mehr, von den anderen erhält die übergroße Mehrheit nur 130,-- bis 180,-- DM/Ost, die bei der geringen Kaufkraft der Ostmark nicht für die Deckung der Unterhaltskosten ausreicht. An den Hoch- und Fachschulen löste die neue Stipendienverordnung große Mißstimmung aus.

16. Aktivierung der Gesellschaft für Sport und Technik

Im Februar wurde der bisherige erste Sekretär im Zentralvorstand der GST, BERTHOLD, durch den kommunistischen Kaderfunktionär Richard STAIMER abgelöst. STAIMER ist Schwiegersohn von PIECK und hatte lange Zeit militärische Funktionen, u. a. war er Kommandeur der 11. Internationalen Brigade in Spanien und nach 1945 hatte er eine leitende Funktion beim Aufbau der VP und KVP. Den Funktionären der GST wurde bei der Einsetzung Staimers erklärt, der neue Leiter hätte die Fähigkeiten, die GST zu aktivieren und auf die neuen Aufgaben auszurichten. In einer Anweisung des Zentralvorstandes an alle Instrukteure, die auf den Funktionärssitzungen bekannt gegeben wurde, hieß es, jetzt gelte es zu handeln und es dürfe keine Zeit verloren werden, um jederzeit in Bereitschaft zu sein.

Für die Grundeinheiten der GST wurden Geländemärsche angesetzt, die sich auf mindestens 12 km erstrecken und mit Schießübungen mit Kleinliber-Gewehren verbunden sind. An diesen Geländemärschen, die von den Grundeinheiten der GST organisiert werden müssen, sollen auch die Mitglieder der SED-Kampfgruppen und der FDJ-Betriebsgruppen teilnehmen. Soweit im Februar solche Märsche angesetzt waren, betrug die

- 75 -

Beteiligung weniger als 50 % der namentlich zur Teilnahme aufgeforderten Personen.

Anlässlich des Jahrestages des Luftangriffes auf Dresden führte die GST im Monat Februar Massenschießübungen durch. Neben der FDJ war auch der FDGB dazu herangezogen worden. Die Veranstaltungen standen unter der Parole: "Nie mehr einen 13. Februar! Wir sind zum Kampf gegen die Kriegstreiber bereit!" Bei den Schießübungen mußten je drei Schuß liegend, knieend und stehend auf eine Entfernung von 50 m abgegeben werden. In Dresden, wo sich manche Teilnehmer weigerten, sich auf die Erde zu legen oder zu knien, sagten die Funktionäre: "Ihr könnt den künftigen Krieg auch nicht im Saal stattfinden lassen." Dem Kreis Dresden der GST wurde anlässlich des 13. Februar der Auftrag erteilt, 1 500 neue Mitglieder für die Schießkurse und 50 Jugendliche für den Eintritt in die KVP zu werben.

Durch die Anweisung an die FDJ-Mitglieder, in die GST einzutreten, hat sich in manchen Grundeinheiten der GST der Mitgliederstand erhöht, die Beteiligung hat jedoch nicht zugenommen, weil die neuen Mitglieder meist nicht an den Veranstaltungen teilnehmen. Für das ständige Absinken der Aktivität und die wachsende Abneigung gegen die vormilitärische Ausbildung wurde folgendes Beispiel aus Dresden berichtet:

"Bei der Bau-Union Dresden waren von 100 namentlich festgelegten Teilnehmern nur 49 zum Geländemarsch erschienen. Die Grundeinheit im Betrieb Mercedes-Benz ist von 96 Mitgliedern auf 39 abgesunken, von denen nur noch 7 bis 9 Mann erscheinen. Praktisch ist nur noch die Leitung als aktiver Bestand der Grundeinheit übrig geblieben. Aber selbst dieser Rest der Aktiven ist gegen militärische Übungen eingestellt. Die erklären nämlich, daß sie lediglich an der Motorsportausbildung teilnehmen wollen, aber Sportschießen, Geländemärsche usw. ablehnen. Diese Einstellung ist allgemein in allen Grundeinheiten der GST festzustellen. Niemand möchte ein Gewehr in die Hand nehmen und manche Mitglieder weigern sich mit der Erklärung, sie hätten in sowjetischer Kriegsgefangenschaft eine Verpflichtung unterschreiben müssen, nie mehr ein Gewehr in die Hand zu nehmen."

Ähnliche Berichte gingen auch aus anderen Orten und Kreisen ein.

17. Sportorganisationen im Dienst der Militarisierung und Infiltration

Nach den politischen Richtlinien des SED-ZK für die Betriebssportgemeinschaften soll der Betriebssport der Verteidigung des "Volkseigentums" dienen, die Menschen für bessere und höhere Leistungen in der Produktion stählen und sie zu Patrioten erziehen. Gegenwärtig hat das SED-ZK den BSG folgende Aufgaben gestellt: Werbung für die KVP, Selbstverpflichtungen zu höheren Leistungen in der Produktion, Teilnahme an Schulungen der SED und des FDGB, Protestaktionen gegen die Pariser Verträge und die Adenauerregierung, Propaganda unter den westdeutschen und westberliner Sportlern. Die besten Sportler werden aus den BSG durch materielle Versprechungen herausgezogen und in den Sportklubs zusammengefaßt, deren Aufgabe es ist, Berufssportler auszubilden.

Nach der 21. ZK-Tagung wurden Sparmaßnahmen in den BSG durchgeführt. Die betrieblichen Mittel für den Sportbetrieb wurden wesentlich gekürzt, ausgenommen wurden bei der Kürzung die Infiltrationstätigkeit. Für die Finanzierung von Delegationen und Spielen mit westdeutschen und westberliner Vereinen stehen folgende Quellen zur Verfügung:

1. Direktorenfond-anteil für den Sport (beläuft sich in der Regel bei der Belegschaftsstärke von 3 000 auf jährlich etwa 45 000,-- DM/Ost)
2. Rücklaufgelder des FDGB (bei gleicher Belegschaftsstärke jährlich etwa 8 000,-- DM/Ost)
3. Werksgelder, Konto gesamtdeutsche Arbeit (auf Antrag werden je Veranstaltung bis zu 2 500,-- DM/Ost genehmigt).

Westdeutsche Sportler erhielten bis Dezember eine Sonderverpflegung zu der u. a. täglich 500 g Fleisch, 125 g Butter, 1/2 Liter Milch, Eier, Käse und Schmalz gehörte.

In welcher Weise die "gesamtdeutsche Arbeit" der BSG im Jahre 1955 gesteigert werden soll, zeigen die Beispiele von 2 BSG in Ostberlin. Im Jahresplan der BSG Motor Köpenick ist vorgesehen: Patenschaftsvertrag mit Stern-Siemensstadt (Westberlin) oder TuS München. Osterturnier in Ostberlin mit Turnerbund München, Amateurliga Bayern-

- 77 -

München und Lok-Lichtenberg. Einladungen an etwa 30 westdeutsche Sportler. Insgesamt 10 Veranstaltungen mit westdeutschen Sportlern im Verlauf des Jahres.

Der Jahresauftrag der BSG Motor Glühlampe enthält folgende Aufgaben: Patenschaftsvertrag mit TuS Schwelm (Ferienaufenthalt für zehn Kinder der Schwelmer Sportfreunde, gemeinsames Sportfest in Schwelm.) Insgesamt 25 Veranstaltungen mit westdeutschen Sportlern.

Im Februar wurden in der Sowjetzone zum ersten Mal die Titel "Verdienter Meister des Sports" und "Meister des Sports" verliehen. Die Verleihung wurde von Ulbricht am 3. Februar im Rahmen einer Festveranstaltung in der ostberliner Sporthalle an 99 Trainer und Sportler vorgenommen.

Wie die SED-Presse berichtete, sind die westdeutschen Radsportler REINICKE, GRUPE und TÜLLER in die Sowjetzone übersiedelt, mit der Begründung, ihre sportliche Betätigung würde dort mehr gefördert.

18. F D J

Im Februar war der Zentralrat (ZR) der FDJ vor allem bemüht, die Grundeinheiten für die Kampagnen gegen die Pariser Vorträge und für die Aufrüstung in der Sowjetzone zu mobilisieren und die Jugend der Sowjetzone für die vormilitärische Ausbildung und den Militärdienst zu begeistern. Die Masse der Jugend war jedoch wie bisher gegen die Militarisierung eingestellt, und der Widerstand der Jugend wirkte auch in der FDJ in starker Zersetzung aus. Das zeigte der Verlauf der verschiedenen Aktionen.

a) Erneuerung der Leitungen in den Grundorganisationen

Die Neuwahl der Leitungen in den Grundorganisationen, Kreisen und Bezirken, die am 15. Januar eingeleitet wurde, verlief auch im Februar nicht im Sinne der politischen Direktiven des ZR und in vielen Grundeinheiten wurden keine Leitungs- und Delegiertenwahlen durchgeführt. Von 92 Grundeinheiten des Kreisverbandes Königswusterhausen hatten bis Ende Februar nur 3 die Wahlen durchgeführt.

Nach der Anweisung des ZR sollten die Wahlen zu den neuen Leitungen mit der politischen Ausrichtung der Grundeinheiten auf die Propaganda für die Aufrüstung der Sowjetzone verbunden werden und zur Schaffung aktiver Funktionärskader führen. In den Anweisungen für die Versammlungen und Delegierten-Konferenzen zu den Leitungswahlen hieß es u. a.:

"Zur Verbesserung der patriotischen Erziehungsarbeit ist deshalb in den Mitgliederversammlungen und Delegiertenversammlungen zur Gewinnung der Jugend für die aktive Mitarbeit in der GST und zur breiten Entwicklung der Patenschaftsbewegung über unsere Volkspolizei Stellung zu nehmen. Jedes Mitglied unseres Verbandes hat die Verpflichtung, an der Erhöhung seines patriotischen Bewußtseins ständig und systematisch zu arbeiten.

Eine Armee in den Händen der befreiten Arbeiter und Bauern verteidigt die wirklichen Interessen des Volkes. In einer Armee zu dienen, die auf Friedenswacht steht, ist die ehrenvollste Aufgabe der Jugend."

Damit stieß der ZR aber bei vielen FDJ-Mitgliedern auf offenen Widerspruch.

Symptomatisch für die Einstellung vieler Jugendlicher ist die vom ZR als Beispiel angeführte Äußerung von Ursula JACOB, in der FDJ-Gruppe Feinmechaniker im RFT Sternradio Sonneberg:

"Wenn ein Krieg kommt, dann können wir ihn nicht aufhalten, wir können nichts machen, weil die Amis Atomwaffen und Flugzeuge haben, sind wir verloren."

Am 5. und 6. 2. führte die FDJ-Hochschulgruppe der Karl-Marx-Universität in Leipzig ihre Delegiertenkonferenz durch. Hier wurde kritisiert, daß "nicht alle" Studenten den klaren Blick für die Notwendigkeit der "aktiven gesellschaftlichen Betätigung" hätten. Den Studenten, die sich der ständigen politischen Beeinflussung durch eine Beschränkung auf das Fachstudium zu entziehen versuchen, wurde vorgeworfen:

- 79 -

"Sie geben der Arbeiter- und Bauernmacht nicht das, was sie von ihnen fordern kann und muß."

In der Diskussion wurde die Stellung einiger Lehrkräfte zum "gesellschaftswissenschaftlichen" Studium kritisiert und die Forderung erhoben, daß bei den Prüfungen nicht das formale Wissen, sondern die "politische Schulung" als Bewertungsgrundlage gelten soll. Es

gelang dem Zentralrat noch nicht einmal, seine Bezirks- und Kreisleitungen für die Durchsetzung seiner Direktiven richtig in Bewegung zu setzen. Resigniert stellte der ZR im Februar fest:

"Zunächst muß gesagt werden, daß manche leitenden Funktionäre in den Bezirks- und Kreisleitungen die Beschlüsse des ZR nicht mit der nötigen Disziplin durchführen und den Funktionären der Grundeinheiten zu wenig bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahlversammlungen helfen."

Immer wieder kritisiert das Zentralorgan der FDJ, die "Junge Welt", die mangelhafte Beteiligung an den Organisationswahlen.

b) Konferenz der FDJ mit den kommunistischen Jugendorganisationen Polens und der CSR

In Magdeburg fand am 19. und 20. Februar eine Konferenz der FDJ mit Abordnungen der ZNP-Polen und des CSM-Tschechoslowakei statt, die der Koordinierung der Tätigkeit der drei kommunistischen Jugendorganisationen, insbesondere ihre Propaganda für die Aufrüstung, dienen sollte. In einem Aufruf an die Jugend Europas wurde erklärt, die jungen Menschen in der Sowjetzone, in Polen und der CSR wären bereit, "solche Maßnahmen zu ergreifen und zu unterstützen, die den Schutz des friedlichen Aufbaues in unseren Ländern festigen und garantieren werden." Weiter wurde ein Programm für die Zusammenarbeit der drei Organisationen angenommen. Darin wurde besonders die Einschaltung der GST sowie der gleichartigen Organisationen in Polen und der CSR in die Kampagnen zur Mobilisierung und vormilitärischen Ausbildung der Jugend hervorgehoben. Zur gegenseitigen Unterstützung sollen die Veranstaltungen der Organisationen in der Sowjetzone und den beiden

- 80 -

Satellitenstaaten in größerem Umfange von Delegationen beschifft werden. Die drei Verbände wollen außerdem gemeinsam die Infiltration unter der westdeutschen Jugend betreiben. Der ZMP und der CSM erklärten sich bereit, 30 bis 50 westdeutsche jugendliche "Friedensfreunde" zum Besuch ihrer Länder einzuladen. Vertreter der beiden Organisationen sprachen am 19. Februar auf einer Kundgebung der FDJ in Magdeburg, die anlässlich der Konferenz veranstaltet wurde.

c) Konferenz der FDJ-Gruppen in den Handelsbetrieben

Am 19. und 20. Februar fand in Leipzig eine Konferenz der FDJ-Gruppen der Volkseigenen und Genossenschaftlichen Handelsbetriebe statt. Etwa 500 Jugendliche nahmen daran teil. Auf der Konferenz wurde mitgeteilt, daß im "Sektor des sozialistischen Handels" 30 Millionen Ostmark Inventurverluste aufgetreten seien, und daß gleichfalls im Zeitraum des Jahres 1954 ca. 100 Millionen Ostmark sogenannte Akkumulationsgelder nicht an den Staat abgeführt wurden. Zur Beseitigung dieser Mißstände wurde den Jugendlichen empfohlen, zur Erreichung des Umsatzsolls Wettbewerbe von Mann zu Mann abzuschließen, sowie auch im Handel FDJ-Kontrollposten ins Leben zu rufen. Das Ziel der FDJ-Gruppen in den Handelsbetrieben soll darin bestehen, zu erreichen, daß der Handel künftig ohne Verlust arbeitet.

d) Vorbereitung für Verhandlungen FDJ - Bundesjugendring

Der ZR versuchte, den Bundesjugendring zu einer gemeinsamen Beratung vor der Ratifizierung der Pariser Verträge im Bundestag zu veranlassen und schlug den 19. und 20. Februar als Termin vor. Die Beratung sollte in Essen oder Berlin stattfinden. Der Bundesjugendring lehnte jedoch eine Beratung ab, so lange noch in der Sowjetzone Jugendliche aus politischen Gründen in Haft gehalten werden.

Der ZR versuchte die Lage so darzustellen, als fordere die westdeutsche Jugend stürmisch die gemeinsame Beratung. Ständig wurden "Zustimmungserklärungen" aus Westdeutschland veröffentlicht, wobei die angeblichen Äußerungen von Angehörigen der Gewerkschaftsjugend, der

- 81 -

Falken und der SJ besonders hervorgehoben wurden. Angeblich haben folgende westdeutsche Jugendfunktionäre eine Beratung des Bundesjugendringes mit dem ZR der FDJ gefordert:

Wolfgang KAHLERT (Falkenfunktionär in Berlin-Kreuzberg), Klaus HÄPPERTSBERGER (Vorsitzender der Hamburger Falken), WISCHNEWSKI (Jugendfunktionär in der IG-Metall Köln), Ernst TIMM (Jugendsekretär des DGB-Ortsausschusses Hamburg), Horst KYNAST (Jugendleiter der IG-Holz), Fritz OSSENBERG (Kreisjugendpfleger des Kreises Iserlohn), Willi MARQUARD (Jugendsprecher des DGB in Schwerte/Ruhr), Oswald SCHUBERT (Jungsozialist aus Gehülz im Kreise Kronach), Willi HARTKOPF (Jugendsekretär des DGB und Mitglied des Stadtjugendringes Solingen), Gertraude STEINHAUSER (Vorsitzende der Falken in Hanau), sowie mehrere Jugendkonferenzen des DGB, der Falken und der Naturfreunde.

e) Ergebnisse des "Produktionsaufgebotes"

Am 11. Februar wurden in Hause des Zentralrates die Sieger im "Produktionsaufgebot der Arbeiterjugend" ausgezeichnet. Den Ergebnissen zufolge sind in der Zeit des aufgebotes 4 431 Jugendbrigaden und etwa 1 500 Kontrollposten aufgestellt und 225 sogenannte Jugendobjekte (Jugendabteilungen, Verkaufsstellen und Betriebe) gebildet worden. Es bestehen demnach jetzt 9 400 Jugendbrigaden (13 370 waren es im September 1949), 625 Jugendobjekte, 5 657 Kontrollposten und 1 200 Klubs bzw. Zirkel Junger Techniker. In den Jugendbrigaden und Objekten sind ca 110 000 und in den Kontrollposten 7 500 Jugendliche tätig.

II. Wirtschaft

Die wirtschaftliche Entwicklung stand im Februar weiter im Zeichen der Schwierigkeiten, die das SED-Regime bereits vor einigen Monaten veranlaßte, verschärfte Maßnahmen zur Durchsetzung des von der Arbeiterschaft sowie auch von vielen Wirtschaftsfunktionären abgelehnten "Sparsanketsregimes" einzuleiten. Die Stillstandszeiten in der Industrie gingen nicht zurück. In der Lebensmittelversorgung wurden wieder aus allen Teilen der Zone neue Mangelerscheinungen gemeldet.

1. Der Planerfüllungsbericht des Regimes für 1954

Am 24. Februar veröffentlichte die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik den für die Öffentlichkeit bestimmten Bericht über die Erfüllung des Wirtschaftsplanes 1954.

Der Bericht enthielt keine Mengenangaben und keine Vergleichsmöglichkeiten:

a) Industrie

Angeblich ist die Produktion in Industrie und Handwerk in folgender Weise gestiegen:

	Angebliche Steigerung in Prozent (1953 = 100)	
Industrielle Bruttoproduktion (Planerfüllung 100,2 %)	110	(im Vergleich zu 1950 = 176)
Zentralgeleitete VE-Industrie (Planerfüllung 100,8 %)	108	
Örtliche VE-Industrie (Planerfüllung 102 %)	115	
Genossenschaftsbetriebe	108	
Private Industrie	118	
Handwerksbetriebe	115	

Würden diese Angaben stimmen, wäre gegenüber 1953 eine Steigerung der gesamten industriellen Bruttoproduktion um 10 % erfolgt. Im Jahre 1953 war jedoch im Frühjahr ein starker Rückgang der Produktion eingetreten; nach offiziellen Angaben lag die Produktion im ersten Quar-

tal 1953 um 10 % unter der des letzten Quartals 1952. Der Versuch des Regimes, durch fortgesetzte Erhöhungen der Arbeitsnormen den Rückgang auszugleichen und die im Vergleich zu 1952 erhöhten Planziele für 1953 zu erreichen, mußte bekanntlich wegen des Juniaufstandes aufgegeben werden. Darauf erfolgte eine Reduzierung der Planziele für 1953. Eine Steigerung um 10 % gegenüber 1953 würde also bedeuten, daß die Produktion 1954 nicht viel höher war als 1952.

Die Behauptung, der Plan für die Produktion der gesamten Industrie sei mit 100,2 % erfüllt worden, steht im krassen Gegensatz zu den Ausführungen auf der 20. und 21. ZK-Tagung, wo auf große Planrückstände, Stillstandszeiten, Verluste und andere Schwierigkeiten hingewiesen und eine drastische Erhöhung der Arbeitsnormen angekündigt wurde. Wenn die Normen hoch genug waren, um das Plansoll mit 100,2 Prozent zu erfüllen, warum dann die Forderung, die Arbeitsnormen bis zu 100 % zu erhöhen?

Nach den Behauptungen des Berichtes der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik erfüllten die Ministerien den Bruttoproduktionsplan wie folgt:

Ministerium für Schwerindustrie	101 %
Ministerium für Maschinenbau	102 %
Ministerium für Leichtindustrie	99,9 %
Ministerium für Lebensmittelindustrie	98 %

Hier wurde zumindest ein Zurückbleiben der Leicht- und Lebensmittelindustrie hinter dem Plansoll zugegeben, wenn auch nicht im tatsächlichen Umfang. Aber auch die beiden Ministerien für Schwerindustrie und Maschinenbau können das Plansoll nicht erfüllt haben, denn im Bericht heißt es an anderer Stelle:

"Der Produktionsplan für Rohbraunkohle und Briketts wurde nicht ganz erfüllt, da die vorgesehenen Kapazitäten teilweise zu spät in Betrieb genommen wurden.

Der Bedarf an Elektroenergie in der Spitzenbelastungszeit wurde nicht voll befriedigt.

Die Betriebe der Metallurgie haben den Plan für Walzstahl insgesamt mit 102 % erfüllt, die Erzeugung von Engpaßmaterialien

wurde nicht dem Plan entsprechend durchgeführt.

Die Chemieproduktion ist gegenüber dem Vorjahr auf 107 % gestiegen. Bei Dieselkraftstoffen, kalzinierter Soda, Ätznatron und synthetischem Kautschuk wurde der Plan nicht erfüllt.

Das Ministerium für Maschinenbau hat wichtige Aufgaben des Staatsplanes nicht voll erfüllt. Die Aufgaben für das Exportprogramm wurden nur mit 94 % und für Investitionsgüter mit 98 % erfüllt.

Die Ausfälle und Stillstandszeiten durch Ausschuß und unkontinuierliche Produktion sowie die Überplanbestände sind noch zu groß."

Außerdem ist die Planerfüllung offensichtlich nicht identisch mit Bedarfsdeckung. Z. B. wurde im Bericht eine Überfüllung bei folgenden Erzeugnissen behauptet, die zum größten Teil Mangelgüter sind:

"Steinkohle, Eisenerz, Schwefelkies, Elektro Stahl, Walzstahl, Walzerzeugnisse, Werkzeuge, Gießereiausrüstungen, Ausrüstungen für die Leichtindustrie, Radschlepper, Wechselstrommotoren, Installationsmaterial, Motorenbenzin, Heißwasserbereiter, Emaillegeschirr, elektrische Haus- und Heizgeräte, Schreibmaschinen, Lacke und Anstrichmittel, Möbel, Musik- und Kulturwaren, Kunstseide, Kanngarngewebe, Streichgarngewebe, wollene Gewebe, Baumwollgewebe, Obertrikotagen, Sattler- und Galanteriewaren, Fleisch- und Wurstkonserven, Butter, Fettkäse, Spirituosen, Bier, Zigaretten."

Der Bericht enthielt weiter die Behauptung, die Produktion von Massenbedarfsgütern sei gegen 1953 um 16 % gestiegen, gleichzeitig wurde aber erklärt:

"Wichtige Waren, wie Motorräder, Fahrräder, Nähmaschinen für den Hausbedarf, Kühlschränke, Spiegelreflexkameras, Batterien und Elemente und Uhren/^{sind}nicht im vorgesehenen Umfang produziert worden.

Die Anstrengungen, knitterarme Bekleidungsgewebe und farbfreudige Druckmuster herzustellen, waren noch ungenügend.

Der Plan für den Fischfang wurde nicht erfüllt, da der Schiffsbau die vorgesehenen neuen Trawler nicht lieferte. Die vorgesehene Produktion von Weißzucker wurde durch den geringen Zucker-

- 85 -

gehalt der Rüben trotz hoher Ernteerträge der Zuckerrüben gegenüber dem Vorjahre nicht erreicht."

Weiter wurde behauptet, die "zusätzliche Produktion von Massenbedarfsgütern im Werte von 1 Milliarde" sei mit 965 Millionen fast erreicht worden, aber noch bis anfang Dezember 1954 hat das SED-ZK selbst in der Presse ständig kritisiert, daß die meisten Betriebsleitungen die zusätzliche Produktion mit der Begründung verweigerten, sie hätten dafür weder Material noch Arbeitskräfte.

Trotz aller Erfolgsszahlen enthielt der Bericht das folgende Einverständnis großer Mißstände:

In einigen Ministerien besteht die Praxis, daß Produktionsaufgaben für Erzeugnisse, an denen kein Mangel besteht, übererfüllt und die Pläne für die Herstellung wichtiger Produkte nicht erfüllt werden.

Obwohl der Produktionsplan unserer Industrie insgesamt erfüllt wurde, hat eine Anzahl von Betrieben ihr Jahressoll nicht erreicht. Die Ursache lag zum größten Teil in der unbefriedigenden Organisation der Produktion, in der unrhythmischen Arbeit der Betriebe. Das zeigte sich am hohen Ausstoß der Produkte zum Quartalsende, während jeweils zu Beginn des folgenden Quartals ein Rückgang eintrat.

Diese Mängel führten zu Stillstandszeiten, Überschreitung der festgelegten Stellenpläne und hohen Ausgaben für Überstunden. Der Lohnfonds wurde dadurch überzogen und die Produktionskosten ungenügend gesenkt."

Die wirkliche Ursache der "unbefriedigenden Organisation und der unrhythmischen Arbeit" war der Mangel an Material, Strom, Kohlen und Rohstoffen, sowie die hohe Reparaturanfälligkeit der Maschinen.

b) Bauwirtschaft

Besonders schwere Rückstände und hohe Verluste waren 1954 in der Bauwirtschaft zu verzeichnen. Im Bericht wurde aber eine Planübererfüllung behauptet, jedoch auch ein Teil der Mängel erwähnt, die eine

Planerfüllung einfachstmöglich machten. Es wurde ausgeführt:

"Die Betriebe der Bauwirtschaft erfüllten den Bauwirtschaftsplan mit 101,4 %. Von den zu bauenden Wohnungseinheiten wurden nur 86 % fertiggestellt. Die finanziellen Mittel dafür wurden aber zu 95 % in Anspruch genommen, d. h., es wurde zu teuer gebaut.

Die Baubetriebe haben es noch nicht verstanden, die Stillstands- und Ausfallzeiten auf ein Mindestmaß zu beschränken. Weitere Ursachen für die ungenügende Erfüllung der Aufgaben liegen in der schlechten Projektierung, in der Nichtanwendung des Typenbaus und der mangelhaften Ausnutzung der Baumaschinen sowie der ungenügenden Bereitstellung von Baustoffen.

Die Produktion von Ziegelsteinen, Dachziegeln, feuerfesten Erzeugnissen und Hartfaserplatten wurde nicht in vollem Umfang gesteigert. Die Verluste bei Zement durch unsachgemäßen Transport und Lagerung sind noch zu hoch."

Tatsächlich wurden viele Bauten wegen Mangel an Material eingestellt. Von den geplanten 60 000 Wohnungen wurden nur etwa 20 000 fertiggestellt.

c) Arbeitskräfte, Löhne, Produktivität und Kosten

Über die Erfüllung der Planziele bezüglich der Arbeitskräfte, der Löhne, der Arbeitsproduktivität und der Kosten enthielt der Bericht folgende Angaben:

Die Zahl der Beschäftigten hat sich in der volkseigenen Industrie im Jahre 1954 um 5,2 %, die Zahl der Produktionsarbeiter um 4,5 % gegenüber dem Vorjahr erhöht. Damit ist die Zahl der übrigen Beschäftigten im Verhältnis zu den Produktionsarbeitern gegenüber dem Vorjahr schneller gestiegen.

Die Arbeitsproduktivität der Produktionsarbeiter ist im Jahre 1954 gegenüber dem Vorjahr um 4,1 % gestiegen. Die Durchschnittslöhne erhöhten sich im gleichen Zeitraum um 9,2 %. Die im Jahre 1953 und zu Beginn des Jahres 1954 vorgenommenen Lohnerhöhungen wurden für das ganze Jahr 1954 voll wirksam.

Die zentralgeleitete volkseigene Industrie hat gegenüber dem

- 87 -

Vorjahr die Selbstkosten um 1,5 % gesenkt. Die Materialkosten wurden um 2,7 % überschritten. Materialverbrauchs- und technisch begründete Arbeitsnormen wurden noch ungenügend entwickelt und angewandt."

d) Transport

Die Planerfüllung betrug im Transport nach dem offiziellen Bericht angeblich:

	Steigerung in Vergleich zu 1953	
Gütertransport der Eisenbahn	97 %	4 %
Binnenschifffahrt	91 %	
Kraftverkehr	106 %	15 %
Personenbeförderung durch Kraftverkehr	106 %	17 %

Der Gütertransport insgesamt soll um 6 % über den Stand von 1953 gelegen haben.

e) Handel

Der Umsatz im Außenhandel stieg angeblich gegenüber 1953 um 23 %, dabei sollen der Export um 33 % und der Import um 12 % gestiegen sein. Gegenüber 1950 soll der Außenhandelsumsatz auf das zweieinhalbfache angestiegen sein.

Vom Außenhandelsumsatz entfielen nach dem Bericht 75 % auf den Handel mit dem Sowjetblock. Insgesamt bestehen Handelsbeziehungen mit 70 Ländern. Der Austausch mit nichtsowjetischen Ländern soll gegenüber 1953 um 32 % gestiegen sein. Erstmals wurden im Jahre 1954 mit Argentinien, Indien, Indonesien, Island, Türkei, Uruguay und Jugoslawien Handelsabkommen abgeschlossen. Die DDR beteiligte sich an Messen und Industrieausstellungen in Helsinki, Mailand, Paris, Stockholm, Saloniki, Utrecht, Wien, Djakarta und Kairo. Der Umsatz mit Westdeutschland hat sich von 1953 zu 1954 um 58 % erhöht. Der Warenumsatz im Einzelhandel in der Sowjetzone soll gegenüber 1953 um 14 % gestiegen sein, und zwar wie folgt:

- 88 -

Beim volkseigenen Einzelhandel (HO)	11 %
beim genossenschaftlichen Handel (Konsum)	12 %
beim privaten Einzelhandel	18 %

Weiter enthielt der Bericht über den Einzelhandel folgende Angaben:

"Die Umsätze stiegen gegenüber 1953 in vergleichbaren Preisen bei

Nahrungs- und Genußmittel auf	108 %
Industriewaren auf	123 %

Die Warenbereitstellung in wichtigen Konsumgütern für die Versorgung der Bevölkerung hat sich im Jahre 1954 gegenüber 1953 wie folgt erhöht:

	auf %
Fleisch und Fleischwaren	110
Fisch und Fischwaren	123
Fette insgesamt	116
darunter: Butter	111
Margarine	122
Trinkmilch	109
Lederschuhe	113
Kammgarngewebe/Wolle	155
Baumwollgewebe	158
Motorräder	107
Fotoapparate	218
Rundfunkgeräte	112
Reiseschreibmaschinen	108
Armbanduhren	124
Nähmaschinen	160
Emaillegeschirr	139
Kühlschränke	186
Heißwasserbereiter	190

Die Steigerung des Industriewarenangebotes für die Bevölkerung entsprach noch nicht den im Plan gesteckten Zielen."

- 89 -

Dabei ist zu beachten, daß die Warenbereitstellung bei diesen Gütern 1953 niedriger war als 1952. Wenn die Angaben des Berichtes stimmen, wären die genannten Prozentzahlen lediglich ein Beweis dafür, daß die Plahziffern weit unter dem Bedarf liegen bzw. lagen.

f) Landwirtschaft

Über die Tätigkeit der MTS waren im Bericht folgende Angaben enthalten:

"Der Plan der Feldarbeiten ist mit 91 %, der Plan der Traktoren-Transportarbeiten dagegen mit 121 % erfüllt worden. Von den in der gesamten Landwirtschaft notwendigen Feldarbeiten im Jahre 1954 wurden von der MTS durchgeführt:

beim Pflügen	46 %
beim Drillen	29 %
bei der Halmfruchtmahd	48 %
beim Kartoffellegen	9 %
bei der Kartoffelernte	18 %
bei der Rübenerte	11 %

Bei der Frühjahrsbestellung wurden 28 %, bei der Erntekampagne 45 % und bei den Herbstarbeiten 40 % der gesamten Leistungen der MTS bei den Einzelbauern durchgeführt."

Für die Herbstbestellung wurde die Planerfüllung wie folgt angegeben:

"Winterroggen	100,6 %
Winterweizen	95,0 %
Wintergerste	89,0 %
Winterölrüchte	96,0 %"

Angeblich sind die Ernteerträge im Vergleich zu 1953 in folgender Weise gestiegen:

	Gesamterträge	Hektarerträge
	% auf	% auf
Getreide- und Hülsenfrüchte	98	100,4
Zuckerrüben	119	117
Kartoffeln	120	120

- 90 -

Der Landwirtschaft wurden angeblich gegenüber dem Vorjahr 10 % Stickstoff, 18 % Phosphorsäure und 9 % Kali mehr zur Verfügung gestellt.

Über die VE-Güter wurden im Bericht nur die nachstehenden Angaben gemacht:

Die volkseigenen Güter haben zur Steigerung der Hektarerträge 31 % der Getreideflächen im Eng- und Kreuzdrillverfahren und 13 % der Kartoffelfläche im Quadratnestpflanzverfahren bestellt.

Der Absatzplan für Zucht- und Nutzvieh sowie die Erzeugung von hochwertigem Saat- und Pflanzgut wurde nicht erfüllt. Im Jahre 1954 haben die volkseigenen Güter die geplanten Kosten überschritten."

Die Zahl der LPG hat sich auf 5 120 erhöht, die 14,3 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche bearbeiten. Der Anteil der LPG nach Typ III hat sich im Laufe des Jahres 1954 von 41 % auf 60 % erhöht. Sie bearbeiten 80 % der "genossenschaftlichen" landwirtschaftlichen Nutzfläche.

Abschließend wurde im offiziellen Bericht über die Planerfüllung in der Landwirtschaft erklärt:

"In der gesamten Landwirtschaft ist die vorgesehene Erhöhung der Viehbestände nicht ganz erreicht worden. Der Plan der Schlachtviehproduktion wurde 1954 nicht voll erfüllt. Die gesamte Milcherzeugung stieg 1954 gegenüber 1953 um 10 %.

Die schlechte Anleitung und Kontrolle des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft bewirkte eine ungenügende Ausnutzung der landwirtschaftlichen Ressourcen und eine ungenügende Erfüllung der Investitionsbauvorhaben. Auch wurden viele Bauten begonnen, aber nur 80 % davon fertiggestellt."

g) Kultur- und Gesundheitswesen

Über die Leistungen auf dem Gebiete der Kultureinrichtungen und des Gesundheitswesens im Jahre 1954 enthielt der Bericht der Staatlichen Verwaltung für Statistik folgende Mitteilungen:

Acht wissenschaftliche Lehrstätten wurden neu eröffnet. Die Zahl der

Universitäten, Hochschulen und selbständigen Institute stieg damit auf 46.

Die Zahl der Studenten im Direktstudium ist von 46 844 auf 57 538 und im Fernstudium von 10 092 auf 13 138 angestiegen.

Die Zahl der Studierenden im Tages-, Abend- und Fernstudium an den Fachschulen ist von 72 173 am Ende des Vorjahres auf 79 525 gestiegen; der Anteil der Abend- und Fernstudenten an der Gesamtzahl der Fachschüler beträgt 34 %.

Die Zahl der Belegung von Lehrgängen der Volkshochschulen erreichte im Jahre 1954 1 277 000, das ist eine Steigerung von 39 % gegenüber 1953. Die Zahl der Schüler an den Volksmusikschulen ist 1954 von 25 329 auf 34 225 gestiegen.

Es bestehen 21 500 örtliche und betriebliche Volkskunstgruppen. Die Theater wurden in der Spielzeit 1953/54 von 16 630 000 Personen besucht,

In 75 % der ländlichen Gemeinden werden wöchentliche Filmveranstaltungen durchgeführt.

Im Jahre 1954 sind unter anderem folgende kulturelle Einrichtungen neu geschaffen worden:

25 Jugendklubhäuser, 1 200 Jugendzimmer, 85 Kultur- und Klubhäuser, 2 500 Kultur- und Klubräume, 1 000 Sporteinrichtungen, 444 öffentliche Bibliotheken einschließlich Zweigstellen.

In den Kindergärten, -horten, -wochenheimen und -krippen stehen 339 000 Plätze zur Verfügung. Das sind 24 % mehr als Ende 1953.

Die Zahl der Plätze in Dauerheimen für Säuglinge und Kleinstkinder wurde von 6 780 auf insgesamt 7 950 Plätze erhöht.

Die Zahl der öffentlichen Polikliniken wurde von 260 auf 284 und die der Landkliniken von 230 auf 273 erhöht. Die Zahl der Betten in Krankenhäusern stieg von 197 100 auf 200 000. Die Neuerkrankungen an Tbc sind im Jahre 1954 gegenüber 1953 um 13 % zurückgegangen.

2. Leipziger Frühjahrsmesse

Am 26. Februar wurde die Leipziger Frühjahrsmesse 1955 eröffnet. Seit 1951 hatte keine Frühjahrsmesse mehr stattgefunden. Die Wiedereinführung wurde mit der angeblichen Notwendigkeit begründet, neben

- 92 -

der Herbstmesse wieder eine zweite Messe durchzuführen, um der Aufgabe als Messe des Sowjetblocks besser gerecht zu werden.

Bei der Eröffnung waren Regierungsdelegationen aus allen Ländern des Sowjetblocks in Leipzig. Die Delegation der UdSSR bestand aus dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, A.I. MIKOJAN, dem Stellvertreter des Ministers für Außenhandel, S.A. BORISSOW und dem Minister für Örtliche Industrie der UdSSR, N.J. TSCHESNOKOW. Die Delegation aus China leitete der Minister für Textilindustrie, die polnische und die tschechoslowakische Delegation jeweils die Minister für Hüttenwesen. Die Delegationen aus den anderen Ländern des Sowjetblocks wurden ebenfalls von Industrie- und Handelsministern geführt.

Aus Finnland war ebenfalls eine offizielle Delegation unter Leitung des Minister für Handel anwesend. Auch Burma hatte eine Regierungsdelegation unter Leitung eines Ministers entsandt. Indien und Ägypten waren durch Botschafter vertreten, Frankreich und Argentinien durch Handelsräte.

Frankreich war erstmalig seit 1945 mit einer im Auftrag des Wirtschaftsministerium zusammengestellten Kollektivausstellung vertreten. Unter den britischen Ausstellern waren zum erstenmal die großen Firmen Standard-Motors und Armstrong-Witworth. Die westdeutsche Industrie belegte eine Ausstellungsfläche von 24 000 qm, das entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr auf 210 %. Die westdeutsche Eisen- und Stahlindustrie ist mit 58 führenden Unternehmen vertreten gewesen, der Maschinenbau mit 100 Ausstellern, ebenso tritt die chemische Industrie stark in Erscheinung.

Nach offiziellen Angaben soll der Umsatz während der Frühjahrsmesse in Abschlüssen mit nichtsovietischen Ländern und Westdeutschland im- und exportseitig maximal 450 Millionen Ostmark erreichen. Der Sowjetzonenminister für Maschinenbau, RAU, hielt die Eröffnungsansprache. Über die wirtschaftspolitische Bedeutung der Messe, wie sie von kommunistischer Seite betrachtet wird, machte RAU folgende Ausführungen:

"Von jeher hat die Leipziger Messe eine hervorragende Mittlerrolle gespielt. Diese Bedeutung wird unter den gegenwärtigen Bedingungen der internationalen Situation noch verstärkt, indem sie sich mehr und mehr zu einem Angelpunkt der Verbindung zwischen den beiden Weltmärkten, für die Entfaltung des Ost-West-Handels entwickelte und entwickelt.

Die Leipziger Messe wird mehr und mehr zu einem Anziehungspunkt des demokratischen Weltmarkts für all die Länder des kapitalistischen Weltmarkts, die auf dem Wege sind, sich von der amerikanischen wirtschaftlichen Bevormundung und Blockpolitik zu befreien.

Die Haupthindernisse für den gesamten Ost-West-Handel werden vor allem von den USA-Imperialisten bereitet. Sie sind die tatsächlichen Störenfriede im gegenwärtigen internationalen Handel. Sie setzen und setzen die Regierungen der kapitalistischen Länder sowie die kapitalistischen Handelskreise ständig unter Druck, mischen sich durch Aufstellung von Verbots- und Embargolisten in die inneren Angelegenheiten dieser Staaten ein und verhindern die Entfaltung eines gleichberechtigten, gegenseitigen Warenaustauschs.

Die Regierung der DDR sieht die Vertiefung und Festigung der wirtschaftlichen Verbindungen als ein wichtiges Mittel für die Verbesserung des Lebens der Völker und ihrer friedlichen Beziehungen an. Daher werden seitens der DDR alle Möglichkeiten des Ausbaus der wirtschaftlichen und besonders der Handelsbeziehungen zwischen den Ländern verschiedener Gesellschaftsordnungen genutzt.

Wir stimmen voll und ganz den Worten des Außenministers der UdSSR, W. M. Molotow, zu, der sagte: 'Wir sind für die Entwicklung eines normalen internationalen Handels und für die gesunde wirtschaftliche Zusammenarbeit. Ist es denn schlecht, wenn sich ein ehrlicher, wirtschaftlicher Wettbewerb zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen System entwickelt?'

Diese Losung steht auch nach wie vor über der Leipziger Messe. Sie behält auch weiterhin ihre große Mittlerrolle, ja, es ist notwendig, der weiteren Entfaltung des Handels entsprechend, auch die Messe von Jahr zu Jahr auszuweiten."

- 94 -

RAU behauptete, der Warenaustausch mit Frankreich habe sich 1954 gegenüber 1953 um 40 % erhöht. Der Warenaustausch mit Großbritannien und Irland sei in der gleichen Zeit um 50 % gestiegen. Der Warenaustausch mit schwach entwickelten Ländern soll ebenfalls um 50 % gestiegen sein. Zum letzteren Punkt sagte RAU:

"Wir sind bereit, diesen Ländern die notwendige und gewünschte technische Hilfe zu leisten. Es sei dabei besonders darauf hingewiesen, dass der Maschinenbau der DDR in der Lage ist, die Durchführung von Gesamtprojekten und kompletten Anlagen, wie z.B. Zuckerfabriken, Kraftwerkanlagen, Grossindustrieanlagen, Textilfabriken usw. zu übernehmen."

Weiter erwähnte RAU die vor kurzem vereinbarte Erhöhung des Warenaustausches mit Westdeutschland auf eine Milliarde, fügte jedoch hinzu:

"Die Durchführung des innerdeutschen Handels in der vertraglich festgelegten Höhe ist nur möglich, wenn sofort mit dem Warenaustausch begonnen und die Abwicklung der Geschäfte mehr gefördert wird, d.h. wenn die umständlichen und komplizierten Ausschreibe- und Genehmigungsverfahren in der Bundesrepublik beseitigt werden."

Ausserdem sagte RAU, der Handel der Sowjetzone habe sich seit 1950 um 150 % erhöht, der Austausch mit der UdSSR verdreifacht. Dann fuhr er fort:

"Im innerdeutschen Handel allerdings - und das wird von uns besonders bedauert - ist dabei im gleichen Zeitraum nur eine Zunahme von etwa 12 % zu verzeichnen. Wie gering der Handel Westdeutschlands mit den Ländern des demokratischen Weltmarktes ist, geht daraus hervor, dass vom gesamten Maschinenexport Westdeutschlands nur 1 % in diese Länder geht."

Über die Struktur des Aussenhandels der Sowjetzone hatte der ZK-Sekretär ZILLER in verschiedenen Artikeln vor der Messe folgendes ausgeführt:

"Die DDR exportiert etwa 80 % Fertigerzeugnisse, 18 % Rohstoffe und Halbfabrikate und den Rest Nahrungs- und Genussmittel. Importiert werden 40 % Rohstoffe und Halbfabrikate, 40 % Nahrungs- und Genussmittel und 20 % Fertigerzeugnisse."

Nach dem ersten Eindruck an den beiden ersten Messtagen bis zum Abschluss dieses Berichtes kann gesagt werden, dass diese Frühjahrsmesse auf jeden Fall eine Demonstration der von östlicher Seite betonten Absicht zur Ausweitung des Handels bedeutet, wobei die Sowjetzone jedoch nach wie vor noch keine hohe Lieferfähigkeit erlangt hat, wie die Nichterfüllung der vorjährigen Exportpläne und die Begrenzung des Messeumsatzes auf 450 Millionen Ostmark beweist.

3) Konferenz der Planungsfunktionäre

Anfang Februar fand in Ostberlin eine Konferenz der Planungsfunktionäre aus den Ministerien, den Verwaltungen und den Betrieben statt. Es referierten die ZK-Mitglieder LEUSCHNER, Leiter der Staatlichen Plankommission und ZILLER, der ZK-Sekretär für Wirtschaft.

LEUSCHNER nannte im Hauptreferat eine Reihe von Engpässen, die überwunden werden müssten, um den Plan für 1955 zu erfüllen.

Er sagte u.a.

"Im Kohlenbergbau muss es gelingen, die Arbeiten zum Neuaufschluß der Tagebaue schneller durchzuführen. Sehr ernsthaft ist zu beachten, wie die Brikettkapazitäten ausgenutzt werden.

Der große Bedarf an Perlonseide, Perlonstapelfaser, Wollorylon, Stickstoffdünger, Benzol und Dieselmotorkraftstoff, Kraftfahrzeugdecke und anderen wichtigen Produkten, kann nur durch die optimale Auslastung aller Kapazitäten besser befriedigt werden.

Die Hauptaufgabe im Maschinenbau besteht darin, die Produktion für den Export sowie die Ausrüstungen für die eigenen Investitionen termingemäß und in hoher Qualität entsprechend auszuliefern und die Konsumgütererzeugung weiter zu steigern.

Es müssen alle Maßnahmen getroffen werden, um das Fahrzeugbau- und Schiffsbauprogramm in vollem Umfang zu sichern.

Die Verluste bei Zement, die auf etwa 125 000 Tonnen jährlich geschätzt werden, sind 1955 zu verringern.

Die Erfüllung des Planes 1955 hat zur Voraussetzung, daß der Materialverbrauch im Durchschnitt gegenüber dem Vorjahr für

- 96 -

eine gleiche Produktionsleistung um fünf Prozent gesenkt wird. Unsere Untersuchungen haben ergeben, daß in der Landwirtschaft örtlich noch große Reserven vorhanden sind.

So wird im Bezirk Rostock der Plan für den Zwischenfruchtanbau seit Jahren nicht erfüllt, was zur Folge hat, daß die Schweinebestände und die Zahl der Säuenbedeckungen nicht die im Plan vorgesehene Zahl erreicht.

Allgemein ist bei uns eine sinkende Tendenz der Neulandgewinnung zu verzeichnen. Es gibt sogar Bestrebungen, heruntergewirtschaftetes Ackerland aufzuforsten oder als Ödland zu erklären.

Maßnahmen, die die Erträge steigern können, müssen auch durch die MTS, durch Einhaltung der Termine für die agrotechnischen Arbeiten erreicht werden. Aufgabe der Betriebsplaner bei den MTS ist es, daß durch Ausschöpfung der Arbeitskräfteeserven alle Arbeiten zum richtigen Zeitpunkt durchgeführt werden können. Im Jahre 1954 wurde das nicht erreicht, so daß der Plan der Feldarbeiten nur zu 91 % erfüllt wurde. "

Den Planungsfunktionären wurde die Aufgabe gestellt, die weitverbreiteten Erscheinungen des Bürokratismus zu bekämpfen und sich für die Durchführung des "Sparsamkeitsregimes" einzusetzen.

4. Verkehrskonferenz im Zeichen der Transportschwierigkeiten

Vom 4. bis 6. Februar tagte in Leipzig eine Verkehrskonferenz der Sowjetzone, an der die Funktionäre der Eisenbahn, der Schifffahrt und des Kraftverkehrs teilnahmen. Im Mittelpunkt stand die Durchführung des "Sparsamkeitsregimes" im Verkehrswesen und die Anwendung von "Neuerermethoden". In einer EntschlieÙung wurden u. a. folgende Aufgaben gestellt:

Verringerung des Verwaltungsapparates, obligatorische Einführung der Neuerermethoden, Senkung der Kosten, Vermeidung von Verlusten, Durchführung des Sparsamkeitsregimes, Einsparung von mindestens 20 Millionen DM/Ost im Jahre 1955.

Der Sowjetzonen-Minister für Verkehr erklärte auf der Konferenz u.a.:

"Es kommt vor allem darauf an, im Transportwesen und besonders bei der Deutschen Reichsbahn eine straffe, bewußte Disziplin herzustellen, die die Grundlage aller weiteren politischen und ökonomischen Erfolge bildet.

Die gegenwärtig noch sehr zahlreichen Zugverspätungen, die bei näherer Untersuchung in erster Linie auf eine mangelhafte Disziplin zurückzuführen sind, bilden eine Hauptverlustquelle der Deutschen Reichsbahn und fügen auch der übrigen Volkswirtschaft beträchtliche Schäden zu.

Deshalb ist sofort eine breite Bewegung für den Kampf um die Hebung der Disziplin und die schnellste Herstellung der Pünktlichkeit zu organisieren.

Die Verkehrsträger können nicht länger dulden, daß der geplante Transportraum nicht kontinuierlich an allen Tagen ausgenutzt wird, daß die Transportmittel nicht voll ausgelastet werden und durch schlechte Arbeit der Planungs- und Handelsorgane zahlreiche unwirtschaftliche Transporte durchgeführt werden, die der gesamten Volkswirtschaft beträchtliche Verluste verursachen."

- 98 -

III. Die Flüchtlingsbewegung aus der Sowjetzone

Im Monat Februar war wiederum ein Nachlassen der Flüchtlingsbewegung aus der Sowjetzone zu verzeichnen. Während im Januar noch 14 350 Personen Antrag auf Notaufnahme stellten, waren es im Februar 12 474. Die Zahl der Antragstellungen verteilt sich auf die Notaufnahmelager wie folgt:

Berlin	5.323	gegenüber	5.705)	
Giessen	3.163	"	3.430)	im Januar
Uelzen	3.988	"	5.215)	

insges. 12.474 gegenüber 14.350 im Januar

6.910 Flüchtlinge reisten im Zuge des Interzonenverkehrs nach Westdeutschland ein, das sind 55,4 % aller Antragsteller. In letzter Zeit macht sich immer deutlicher ein ansteigen gerade dieser Personengruppe bemerkbar.

12.656 Flüchtlinge wurden im Februar durch die Aufnahme- und Beschwerdeausschüsse in den Notaufnahmelagern aufgenommen. Davon erhielten 6,6 % = 828 die Notaufnahme, weil sie die SBZ wegen einer besonderen Zwangslage im Sinne des § 3 des BVFG verlassen mussten. In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass sich in der Praxis allerdings gezeigt hat, dass die Landesflüchtlingsverwaltungen und die ihnen untergeordneten Flüchtlingsdienststellen die Beschlüsse des Notaufnahmeverfahrens bei der Entscheidung über die Ausstellung des Flüchtlingsausweises C nicht immer als bindend betrachten. Das bedeutet, dass z.B. Flüchtlinge, die die Notaufnahme nicht "wegen einer besonderen Zwangslage" erhielten, trotzdem den Flüchtlingsausweis C ausgestellt bekommen. Umgekehrt kann es in besonders gelagerten - allerdings seltenen - Fällen vorkommen, dass Flüchtlinge, die die Notaufnahme "wegen einer besonderen Zwangslage" erhielten, den Flüchtlingsausweis - zu mindestens in der ersten Instanz - verweigert bekommen.

Im Februar beantragten 84 Volkspolizisten, das sind 0,7 % aller Antragsteller die Notaufnahme. Im gleichen Zeitraum wurden 4.055 anerkannte Flüchtlinge, darunter 1.032 Jugendliche bis zu 24 Jahren, aus Berlin ausgeflogen.

Der Abflug der anerkannten Flüchtlinge aus Berlin hat auch die

- 99 -

Arbeitsgemeinschaft der Berliner Flüchtlingsverbände beschäftigt. Die Arbeitsgemeinschaft wandte sich mit der Bitte an den Berliner Senat und die Bundesregierung, in Zukunft 90 % aller aus der Sowjetzone neueintreffenden Flüchtlinge innerhalb eines Monats nach dem Bundesgebiet auszufliegen. Ausserdem sollen nach einem Vorschlag der genannten Arbeitsgemeinschaft 90 % der vielfach schon lange Zeit in Westberlin lebenden Flüchtlinge, soweit diese immer noch nicht anerkannt sind, im Laufe des Jahres 1955 nach Westdeutschland übersiedelt werden.

Wie im Februar mitgeteilt wurde, ist das Flüchtlingslager Wentorf bei Hamburg zurzeit mit rund 10 000 Personen und das Lager Dlanensee bei Lübeck mit rund 4.200 Flüchtlingen belegt. Die Unterhaltung der Lager koste rund 24 Millionen Mark. Der Aufenthalt in den Lagern beträgt für die Flüchtlinge zurzeit im Durchschnitt etwa 5 Monate. Wie aus einer vorliegenden Statistik hervorgeht, wurde in den beiden oben genannten Lagern bisher 120 Ehen geschlossen, ca. 500 Kinder geboren, während 100 Flüchtlinge in den beiden Lagern bisher verstorben und 430 in die SBZ zurückgekehrt sind.

Im Februar besuchte der Unterstaatssekretär im pakistanischen Flüchtlingsministerium, Motohar HUSSAIN, mehrere Flüchtlingslager und Flüchtlingsbetriebe im Bundesgebiet. HUSSAIN hatte die Absicht, westdeutsche Methoden bei der Flüchtlingsunterbringung und Eingliederung zu studieren.

Die SED versuchte, das Paulskirchenmanifest u.a. auch für ihre Infiltrationsversuche unter den in Westdeutschland lebenden Flüchtlingen auszunutzen. Der "Westdeutsche Flüchtlingskongress" - eine kommunistische Tarnorganisation - verschickte an Flüchtlinge Auszüge aus dem "Deutschen Manifest" und knüpfte daran versteckte Propaganda im Sinne der SED-Politik.

Im Februar wurde erstmalig eine Statistik über die Verteilung und Unterbringung der in den Notaufnahmelagern Uelzen und Giessen aufgenommenen alleinstehenden Personen bis zu 24 Jahren veröffentlicht. Danach wurde der grösste Teil dieser Jugendlichen

in Gemeinschaftswerken und der kleinste Teil in Erzbergbau untergebracht. Von den im Februar aufgenommenen alleinstehenden Jugendlichen bis zu 24 Jahren - insgesamt 2.563 - wurden untergebracht:

In der Landwirtschaft	179	7,0 %
im Erzbergbau	39	1,5 %
im Haushalt	241	9,4 %
im Daruf	668	26,1 %
bei Verwandten	538	21,0 %
in Gemeinschaftswerken	898	35,0 %

Auch im Februar wurde wieder der grösste Teil der Flüchtlinge im Wege des Ermessens aufgenommen. Im einzelnen erhielten die Flüchtlinge die Notaufnahme

aufgrund eines Rechtsanspruches	1.390
wegen ausreichender Lebensgrundlage	2.775
im Wege des Ermessens	7.459

Ergebnisse des Notaufnahmeverfahrens Berlin im Februar 1955

I .	Anlauf in der Flüchtlingsstelle des Berliner Senats (Untersuchungen in der Arztstelle)	6 512
II.	Antragsteller im Notaufnahmeverfahren	5 323
III.	Im Verfahren abschließend behandelt:	
	1. In den Aufnahmeausschüssen	5 811
	a) aufgenommen	3 468
	b) abgelehnt	2 219
	c) auf sonstige Weise erledigt	<u>124</u>
	2. In den Beschwerdeausschüssen	1 846
	a) aufgenommen	664
	b) abgelehnt	1 148
	c) auf sonstige Weise erledigt	34
	Eingewiesen durch die Ländervertreter insgesamt	3 362
	abzüglich Einweisungen Berlin	<u>713</u>
	Eingewiesen in die Länder der Bundesrepublik	2 649
	Zuzüglich in Jugendlager Eingewiesene	<u>1 020</u>
	Zum Abflug zur Verfügung gestellt	3 669
	Noch im Aufnahmeverfahren	1 144

- 102 -

Verteilung der aufgenommenen Flüchtlinge auf die Länder
(Februar 1955)

<u>Einweisungsland</u>	<u>Anzahl</u>
Schleswig-Holstein	200
Hamburg	348
Niedersachsen	755
Bremen	147
Nordrhein-Westfalen	3 827
Hessen	620
Rheinland-Pfalz	565
Baden-Württemberg	1 350
B ayern	324
<hr/>	
Bundesgebiet	8 136
B erlin	713
<hr/>	
INSGESAMT	8 849
=====	

Die gesamten Antragsteller in Berlin, Uelzen und Gießen nach
Altersgruppen (Februar 1955)

<u>Altersgruppe</u>	<u>Anzahl</u>	<u>%</u>
unter 6 Jahren	983	7,9
6 bis unter 14 Jahren	1 372	11,0
14 " " 18 "	1 589	12,7
18 " " 21 "	1 328	10,6
21 " " 25 "	985	7,9
25 " " 45 "	3 508	28,1
45 " " 65 "	2 089	16,8
65 Jahre und älter	620	5,0
<hr/>		
insgesamt	12 474	
davon männlich:	6 228	100,0 49,9
=====		

- 103 -

Die gesamten Antragsteller in Berlin, Gießen und Uelzen nach der beruflichen Gliederung

(Februar 1955)

<u>Berufsgruppen</u>	<u>Anzahl</u>	<u>%</u>
1. Berufe des Pflanzenbaues u.d. Tierwirtschaft	893	7,2
2. Industrie und Handwerk	2 365	19,0
3. Technische Berufe	200	1,6
4. Handels- und Verkehrsberufe	1 471	11,8
5. Haushalt, Gesundheitsdienst- und Volkspflegeberufe	725	5,8
6. Verwaltungs- und Rechtswesen	296	2,4
7. Berufe des Geistes- und Kunstlebens	192	1,5
8. Berufstätige mit unbestimmten Berufen	1 463	11,7
<hr/>		
Erwerbspersonen insgesamt (1 - 8) einschl. arbeitslose	7 605	61,0
9. Pensions- und Renteneempfänger	714	5,7
10. Hausfrauen ohne Berufe	1 552	12,4
11. Kinder und Schüler	2 509	20,1
12. Studenten	94	0,1
<hr/>		
Zusammen:	12 474	100,0

=====

25X1

Page Denied